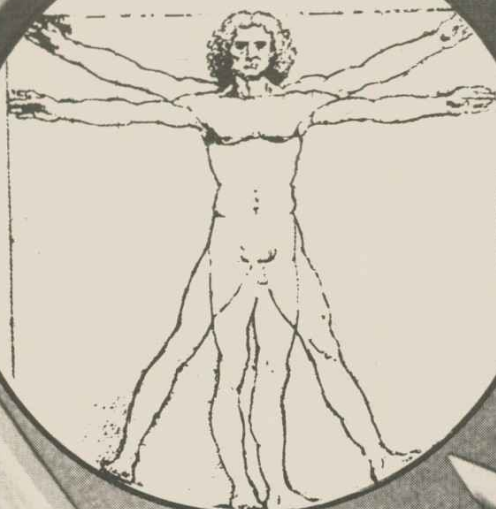


NEUE ZEIT

Institut der Zeitgeschichte der DDR
„HENRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

auf-
genommen



MENSCHENRECHTE



Mit Index „N“

Eine Diskussion
über neue Modelle

Wie kann man den Weg einer Ware von der Fabrik zum Käufer abkürzen? Diese Frage soll ein Experiment in der Leichtindustrie und im Handel der Litauischen SSR beantworten. Die Fabriken setzen ihre Erzeugnisse ohne „Zwischenstationen“, nach Direktverträgen mit den Geschäften, ab.

Wo kann man sich ein

schönes Kostüm oder Kleid kaufen, das jeweils den Launen der Mode entspricht? In dem kürzlich in Kaunas eröffneten Geschäft „Reda“. Dort wird genau beobachtet, ob die Erzeugnisse aller 32 Fabriken der litauischen Leichtindustrie guten Absatz finden. Mit vielen hat das Geschäft

Direktverträge geschlossen. Außer dem Verkauf besonders gefragter Waren werden hier auch fast alle Erzeugnisse mit dem Index „N“ („Neuheit“) auf die Probe gestellt. Die Angaben über den Absatz, regelmäßige Umfragen bei der Kundschaft und die Vorführung neuer Modelle sind in diesem Geschäft gang und gäbe.



Die
Bekleidungsvereinigung
„Baltia“ in Kaunas
steht in direktem
Vertragsverhältnis
zu „Reda“

Bei „Reda“
ist Alltagskleidung
sehr gefragt



Fotos:
TASS

Die Deklaration von Delhi

über die Prinzipien einer Welt ohne Kernwaffen und Gewalt

Die Menschheit befindet sich heute in einer entscheidenden Etappe der Wende ihrer Geschichte. Die Kernwaffen drohen nicht nur alles zu vernichten, was der Mensch im Laufe von Jahrhunderten geschaffen hat, sondern auch den Menschen selbst, ja das Leben auf der Erde. Im nuklearen Zeitalter muß die Menschheit ein neues politisches Denken, eine neue Konzeption des Friedens entwickeln, die zuverlässige Garantien für das Überleben der Menschheit geben würde. Die Menschen wollen in einer sichereren und gerechteren Welt leben. Die Menschheit ist eines besseren Schicksals würdig, als Geisel des nuklearen Grauens und der Verzweiflung zu sein. Es gilt, die bestehende Situation in der Welt zu verändern und eine Welt aufzubauen, die von Kernwaffen, von Gewalt und Haß, von Angst und Mißtrauen frei ist.

Die Welt, die uns vererbt wurde, gehört den heutigen und den kommenden Generationen. Und das erfordert, das den gesamt menschlichen Werten der Vorrang eingeräumt wird. Das Recht eines jeden Volkes und eines jeden Menschen auf Leben, Freiheit, Frieden und Glück muß anerkannt werden. Es ist notwendig, auf Gewaltanwendung und die Androhung von Gewaltanwendung zu verzichten. Das Recht eines jeden Volkes auf eigene Wahl der Gesellschaft, der Politik und Ideologie muß respektiert werden. Eine Politik, die auf Überlegenheit über andere angelegt ist, muß abgelehnt werden. Die Aufstockung der nuklearen Arsenale, die Entwicklung von Weltraumwaffen untergraben die allgemein verbreitete Überzeugung, daß ein Nuklearkrieg nie entfesselt werden darf und es in diesem Krieg keine Sieger geben kann.

Im Namen von mehr als einer Milliarde Männer, Frauen und Kinder unserer zwei befreundeten Länder, die ein Fünftel der gesamten Menschheit ausmachen, wenden wir uns an die Völker und die führenden Repräsentanten aller Länder mit dem Appell, unverzügliche Handlungen zu unternehmen, die uns in eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen und ohne Kriege führen müssen.

Eingedenk unserer gemeinsamen Verantwortung für die Geschichte unserer Länder und der ganzen Menschheit, schlagen wir folgende Prinzipien des Aufbaus einer Welt ohne Kernwaffen und Gewalt vor.

1. Die friedliche Koexistenz muß zur universellen Norm der internationalen Beziehungen werden:

Im nuklearen Zeitalter ist es notwendig, die internationalen Beziehungen so umzugestalten, daß die Konfrontation einer Zusammenarbeit weicht und die Konfliktsituationen mit friedlichen politischen und nicht mit militärischen Mitteln beigelegt werden.

2. Das Menschenleben muß als das wertvollste Gut gelten:

Fortschritt und Entwicklung der Zivilisation werden unter Bedingungen des Friedens nur durch den schöpferischen Genius des Menschen gewährleistet.

3. Gewaltverzicht muß die Grundlage des Lebens der Menschengemeinschaft sein:

Philosophie und Politik, die auf Gewalt und Abschreckung, Ungleichheit und Unterdrückung, Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der Religion oder der Hautfarbe basieren, sind amoralisch und unzulässig. Sie setzen den Geist von Unversöhnlichkeit durch, wirken sich vernichtend auf die

hohen Bestrebungen des Menschen aus und lehnen alle menschlichen Werte ab.

4. Angst und Argwohn müssen gegenseitigem Verständnis und Vertrauen weichen:

Mißtrauen, Angst und Argwohn zwischen Ländern und Völkern verzerren die Wahrnehmung der realen Welt. Sie bringen Spannungen hervor und fügen letzten Endes der gesamten Weltgemeinschaft Schaden zu.

5. Das Recht jedes Staates auf politische und ökonomische Unabhängigkeit muß anerkannt und geachtet werden:

Es gilt, eine neue Weltordnung herzustellen, in der wirtschaftliche Gerechtigkeit und gleiche politische Sicherheit für alle Staaten garantiert sind. Eine unerläßliche Voraussetzung für die Schaffung einer solchen Ordnung ist die Einstellung des Rüstungswettlaufs.

6. Mittel, die für Rüstungen ausgegeben werden, müssen für die Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt werden:

Nur Abrüstung kann gewaltige zusätzliche Ressourcen freisetzen, die zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der Armut notwendig sind.

7. Es müssen Bedingungen für eine harmonische Entwicklung der Persönlichkeit garantiert werden:

Alle Länder müssen gemeinsam dafür wirken, die spruchreif gewordenen humanitären Probleme zu lösen, und im Bereich der Kultur, Kunst, Wissenschaft, Bildung und Medizin und im Interesse der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit zusammenarbeiten. Eine Welt ohne Kernwaffen und Gewalt wird sehr große Perspektiven dafür bieten.

8. Das materielle und geistige Potential der Menschheit muß der Lösung globaler Probleme dienen:

Einer Lösung müssen unter anderem solche globalen Probleme zugeführt werden, wie es das Ernährungsproblem ist, das demographische Problem, die Beseitigung des Analphabetentums und die Erhaltung der Umwelt durch die sinnvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen der Erde. Das Weltmeer und der Meeresgrund wie auch der Weltraum sind Gemeingut der Menschheit. Die Einstellung des Rüstungswettlaufs wird bessere Bedingungen zur Erreichung dieses Ziels bieten.

9. An die Stelle des "Gleichgewichts des Schreckens" muß eine umfassende internationale Sicherheit treten:

Die Welt ist eine Einheit. Und ihre Sicherheit ist unteilbar. West und Ost, Nord und Süd, unabhängig von Gesellschaftssystemen, Ideologien, Religionen und Rassen, müssen sich vereinen im gemeinsamen Bekenntnis zu Abrüstung und Entwicklung.

Die internationale Sicherheit kann durch komplexe Maßnahmen auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung unter Einsatz aller erreichbaren und aufeinander abgestimmten Mittel der Kontrolle und vertrauensbildenden Maßnahmen gewährleistet werden, durch gerechte politische Regelung der regionalen Konflikte auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und der Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet.

10. Eine Welt ohne Kernwaffen und Gewalt erfordert konkrete und unverzügliche Abrüstungsmaßnahmen:

Schluß s. S. 4

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

49

DEZEMBER

1986

Gründungsjahr 1943

1

Die Deklaration von Delhi
über die Prinzipien einer
Welt
ohne Kernwaffen und Ge-
walt

3

Der Dialog in Indien

5

Die USA verletzen SALT 2

10

Perez de Cuellar über das
Internationale Friedensjahr

16

Interview mit einem
sowjetischen Seismiker

17

"Round Table" sowje-
tischer
und japanischer Journa-
listen

18

10. Dezember — Tag der
Menschenrechte

27

Unsere Information

28

Auf der 91. IOC-Tagung

PANORAMA (6),
INFORMATION, NOTIZEN,
GLOSSEN (16),
PERSONALIEN (31),
DISKUSSION MIT DEM
LESER(32)

Titelbild: N. Stscherba-
kow

2

DIE SAGA ÜBER EINEN MYTHOS

Kalkulationen und Fehlkalkula-
tionen von Anhängern des
"Sternenkriegs"-Programms.

S. 11



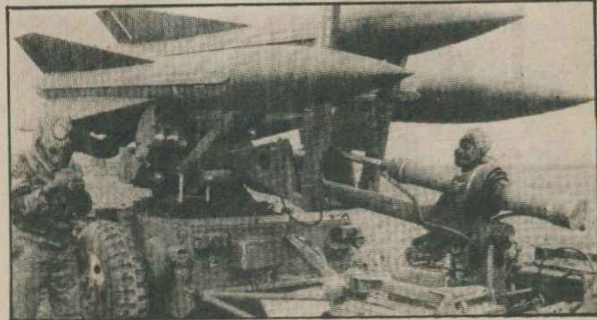
NACH EINEM NEUEN SYSTEM

wird in die Landesver-
sammlung und die Selbstver-
waltungsorgane in Ungarn ge-
wählt.

S. 14

KANN DER MILITÄR- INDUSTRIE- KOMPLEX ALLES?

Gratisbeilage für NZ-
Abonnenten.



WASHINGTONS GEHEIMES SPIEL

Politischer Skandal um die
geheimen Waffenlieferungen
des Weißen Hauses an Iran
und die nikaraguanischen
Contras.

S. 9



DIE SCHWARZE LIGA

Die "NZ" über die Tätigkeit
der Antikommunistischen
Weltliga (WACL)

S. 20

ALS ERSTER IN AFRIKA

erhielt der Nigerianer Wole
Soyinka den Literatur-No-
belpreis

S. 30



Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
(Verantw. Sekretär), A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW



NEUES DENKEN UND KÜHNHEIT IN DER POLITIK

Das Protokoll hatte das nicht vorgesehen. Auf dem Weg zum Flughafen bat Michail Gorbatschow anzuhalten und ging unter dem Jubel der Delhieser auf sie zu. Weder der Generalsekretär des ZK der KPdSU noch sein Dolmetscher hatten den Namen des Jungen, der ein Spruchband in Russisch "Russische Freunde — wir sind heute und immer zusammen!" hielt, verstehen können. Er war in den Sprechchören der vielen Tausenden, die den Generalsekretär aufforderten, wieder ihr Land zu besuchen, untergegangen.

In den vier Besuchstagen waren die Rosen ganz aufgeblüht, aus denen zur Begrüßung des hohen Gastes riesige Bilder in Delhi gelegt worden waren. Und die Tausenden von Rosenknospen, aus denen die Gastgeber auf einem Platz zwei Flaggen — die indische und die sowjetische — gelegt hatten, waren so weit geöffnet, daß die Fahnenstangen eine Einheit bildeten.

Die Quintessenz der Gespräche und Verhandlungen zwischen Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi über einen weiten Fragenkreis fand Niederschlag in der Deklaration von Delhi und in der Gemeinsamen Erklärung. Es läßt sich konstatieren, daß in diesen Dokumenten viel von dem zum Ausdruck gekommen ist, was man als neues politisches Denken bezeichnen kann.

Nach der festen Überzeugung der Sowjetunion und Indiens ist es heute die wichtigste Aufgabe für die gesamte Menschheit, den Frieden zu festigen und die Nuklearkriegsgefahr abzuwenden. Die Sowjetunion und Indien, die sich

von dieser Überzeugung leiten lassen, unterzeichneten die Deklaration von Delhi, die an alle Länder und Völker, an die ganze Welt gerichtet ist. Sie wird bereits in vielen Hauptstädten aufmerksam geprüft. Die in ihr enthaltenen zehn Prinzipien sind eine wahre Charta des Friedens. Sie ist darauf gerichtet, das Verständnis für den Frieden als höchstem Menschheitswert weltweit durchzusetzen. Sowohl die Sowjetunion als auch Indien hatten und haben das moralische Recht, einen solchen Appell an die ganze Menschheit zu richten. Die Thesen der Deklaration, ihre Prinzipien sind keine frommen Wünsche. Von der Deklaration und ihren Prinzipien lassen sich die Sowjetunion und Indien bereits in ihren außenpolitischen Aktionen leiten.

Die Deklaration von Delhi ist das Ergebnis der Konsultationen beider Länder, wie sie im sowjetisch-indischen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit von 1971 vorgesehen sind. Dieser Vertrag ist nicht nur das Fundament unserer Beziehungen. Er ist die lebendige Praxis unserer Zeit, ein anschauliches und lehrreiches Beispiel dafür, wie die Beziehungen im gesamten asiatisch-pazifischen Raum gestaltet werden könnten!

Das große gegenseitige Verständnis und Vertrauen ist charakteristisch für die indisch-sowjetischen Beziehungen. Durch die Kraft ihres Beispiels tragen sie zur Behauptung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz bei, bahnen einen Weg zur internationalen Zusammenarbeit, demonstrieren die reale

Möglichkeit, imperialen Ambitionen und neoglobalistischen Plänen Widerstand zu leisten. Im Delhi Dialog teilte Rajiv Gandhi voll und ganz die Auffassung der Sowjetunion, daß gerade SDI die Erreichung von Vereinbarungen in Reykjavik blockierte. Er unterstrich, daß sich Indien entschieden gegen eine Militarisierung des Weltraums wendet. Nicht "Sternenkriege", sondern "Sternenfrieden" — eben das wollen die UdSSR und Indien.

In seiner Rede vor dem indischen Parlament schlug Michail Gorbatschow vor, die Entwicklungsländer an der friedlichen Erschließung des Weltraums teilnehmen zu lassen. Er unterbreitete den Vorschlag, zu diesem Zweck in Indien ein internationales Raumforschungszentrum mit einer Kosmonautenschule und einer Startrampe für friedliche kosmische Objekte zu schaffen. Als Rajiv Gandhi am nächsten Tag auf einer Pressekonferenz gefragt wurde, wie er zu dieser Idee stehe, antwortete er: "Ich meine, das ist eine großartige Idee... Ich glaube, daß sie realisierbar ist."

Für jedes Volk beginnt der Weltfrieden an der Schwelle seines Hauses, für Indien ist Asien dieses Haus — und auch für die Sowjetunion. Befindet sich ja ein Drittel dieses riesigen Kontinents auf UdSSR-Territorium.

Deshalb galt dem asiatisch-pazifischen Raum große Aufmerksamkeit bei dem Dialog von Delhi. Rajiv Gandhi betonte, daß die Wladiwostoker Vorschläge Michail Gorbatschows der Suche nach

Die Deklaration von Delhi

über die Prinzipien einer Welt ohne Kernwaffen und Gewalt

Das kann durch den Abschluß von Abkommen über folgendes erreicht werden:

- über die vollständige Vernichtung der nuklearen Arsenale bis Ende dieses Jahrhunderts;
- über die Verhinderung der Beförderung jeglicher Waffen in den Weltraum, der Gemeingut der Menschheit ist;
- über das vollständige Verbot der Kernwaffentests;
- über das Verbot der Entwicklung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen;
- über das Verbot der chemischen Waffen und die Vernichtung ihrer Bestände;
- über die Senkung des Niveaus der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen.

Solange die Kernwaffen nicht vernichtet sind, schlagen die Sowjetunion und Indien vor, unverzüglich eine **internationale Konvention abzuschließen, die den Einsatz von Kernwaffen oder die Androhung ihres Einsatzes verbietet**. Das wäre ein großer konkreter Schritt auf dem Weg zur vollständigen nuklearen Abrüstung.

Der Aufbau einer Welt, die frei von Kernwaffen und Gewalt ist, setzt ein revolutionäres Umdenken der Menschen,

eine Erziehung der Völker im Geiste des Friedens, der gegenseitigen Achtung und Toleranz voraus. Zu ächten sind die Propaganda des Krieges, des Hasses und der Gewalt. Es gilt, auf die Schaffung von Feindbildern gegenüber anderen Ländern und Völkern zu verzichten.

Die Weisheit besteht darin, eine Anhäufung und Verschärfung globaler Probleme zu verhindern, die, sollten sie heute nicht gelöst werden, morgen noch größere Opfer fordern werden.

Die Gefahr, die die Menschheit bedroht, ist groß. Aber die Menschheit verfügt über große Kräfte, um eine Katastrophe abzuwenden und den Weg zu einer Zivilisation ohne Kernwaffen weiterzugehen. Die an Kraft gewinnende Koalition des Friedens, die die Anstrengungen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, der Sechs-Staaten-Gruppe, aller friedliebenden Länder, politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen vereint, gibt uns allen Grund zu Hoffnung und Optimismus. Es ist Zeit für entschlossenes und sofortiges Handeln.

M. GORBATSCHOW

Generalsekretär des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei
der Sowjetunion

R. GANDHI

Premierminister
der Republik Indien

New-Delhi, 27. November 1986

Wegen für die Gewährleistung von Frieden und Stabilität in diesem Weltteil einen wichtigen Impuls gegeben haben. Seinerseits rief Rajiv Gandhi dazu auf, den Meinungsaustausch zwischen den Staaten zu aktivieren, um die Grundlagen für die Zusammenarbeit der asiatisch-pazifischen Länder zu erarbeiten. Schritt um Schritt, sagte der Ministerpräsident, können wir uns unserem Ziel, der Schaffung harmonischer Beziehungen in der Region nähern.

Die bei den Gesprächen deutlich gewordene Ähnlichkeit der Ansichten der UdSSR und Indiens über Wege zur Gesundung der Lage im asiatisch-pazifischen Raum schafft die Grundlage für die Zusammenarbeit beider Länder hierbei. Treten ja die UdSSR und Indien dafür ein, daß der Indik zu einer Zone des Friedens wird. Delhi ist ein aktiver Anhänger der Entspannung in Südostasien und der Schaffung einer Zone des Friedens, der Zusammenarbeit und der Stabilität in der Region. Indiens Kurs auf die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zu den südasiatischen Staaten trägt gleichfalls zum Abbau von Spannungen bei.

In Delhi brachte Michail Gorbatschow konkrete Vorschläge ein, deren Zweck es ist, die militärpolitische Stabilität im Indikraum zu festigen und die Lage dort zu verbessern. Wie er vor dem indischen Parlament erklärte, ist die UdSSR bereit,

mit den USA und den anderen Küstenstaaten jederzeit über einen wesentlichen Abbau der Seestreitkräfte in diesem Raum und die Einschränkung ihrer Aktivitäten zu verhandeln. Die UdSSR schlägt ferner vor, mit den USA und den interessierten asiatischen Ländern Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen in Asien und den anliegenden Teilen des Indik und des Pazifik durchzuführen, damit die Seiten einander über Truppenverlegungen und Militärübungen benachrichtigen. Ferner wurde der Bereitschaft der UdSSR Ausdruck gegeben, an einer mehrseitigen Formulierung der Sicherheitsgarantien auf den See- und Luftstraßen im Indischen Ozean sowie an der Ausarbeitung einer internationalen Konvention über die Bekämpfung des Terrorismus auf diesen Straßen teilzunehmen.

Das Treffen von Delhi verlieh den sowjetisch-indischen Beziehungen eine besondere Dynamik. Während des Besuchs wurde ein neues Abkommen über ökonomische und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Abkommen ist das größte in der ganzen Geschichte unserer Geschäftskontakte. Es umfaßt die Unterstützung Indiens durch die UdSSR bei der Verwirklichung neuer Probleme, darunter bei Kohle und Erdöl. Das Hüttenwerk in Bokaro soll modernisiert werden. So wird die Zahl der "neuen Tempel" des alten Indiens, wie Jawaharlal Nehru einst die Objekte der indisch-

sowjetischen Zusammenarbeit nannte, durch Betriebe mit fortgeschrittenste Technologie ergänzt werden. Vorgesehen ist eine Steigerung des sowjetisch-indischen Warenaustausches bis 1992 auf das 2,5fache.

Der Kulturaustausch wurde spürbar erweitert. Ein Protokoll über die Durchführung nationaler Festivals in beiden Ländern wurde unterzeichnet. Ihr Programm wird im Laufe eines Jahres verwirklicht werden. Sie sind dem 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und dem 40. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens gewidmet.

"Der Kurs auf die unaufhaltsame Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zu Indien hatte, hat und wird auch in Zukunft Priorität haben", erklärt Michail Gorbatschow. Und die regelmäßigen sowjetisch-indischen Gipfeltreffen sind ein führender Faktor unsere Beziehungen."

Die beiden großen Länder schlugen in ihren Beschlüssen von Delhi ein neues Denken, eine kühne Politik vor — und untermauerten das mit wichtigen Tatsachen. Eben darin besteht die langwährende und, das steht fest, außerordentlich Bedeutung des sowjetisch-indischen Dialogs.

Leonid SHEGALOV
Alexander USWATOV
NZ-Sonderkorrespondent

Delhi—Moskau

Die USA wollen SALT II aufkündigen

Verantwortungsloser Schritt

Um 11.59 Uhr des 28. November 1986 startete der 131. B-52-Bomber vom Fliegerhorst Kelly (San Antonio), wo er umgebaut worden war. Somit "fliegen" die USA über die im sowjetisch-amerikanischen SALT-2-Vertrag festgelegte Höchstgrenze hinaus. Der Bomber nahm Kurs auf den Stützpunkt der US-Luftwaffe Carswell (Texas), wo er mit nuklearen Marschflugkörpern ausgerüstet werden soll. Die US-Regierung ihrerseits steuert den Kurs auf die Unterminierung der

Seitdem geben die Feinde der Abrüstung in Washington Versuche nicht auf, den Geist und Buchstaben des ihnen verhassten SALT 2 auszumerzen. Zuerst verweigerte der Senat die Ratifizierung, dann begann der Kampf dafür, den Vertrag, an den sich beide Seiten zu halten beabsichtigten, zu Grabe zu tragen.

Im Juni 1985 wurde auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates der USA die Frage erörtert, ob SALT 2, das die

mehr." Das Zurücklegen der letzten Meile vollzog sich in den letzten Novembertagen. Das fand eine turbulente Aufnahme. Die inzwischen recht strapazierten Berufungen auf "sowjetische Verstöße" überzeugten den Kongreß nicht, viele seiner Mitglieder waren über den eigenmächtigen Beschluß des Weißen Hauses empört. Der Senat wie auch das Repräsentantenhaus forderten die Regierung in diesem Zusammenhang auf, den SALT-2-Vertrag, der ihres Erachtens "den Sicherheitsinteressen der USA entspricht", weiterhin einzuhalten. Ebenso wie früher sprachen sich für diesen Vertrag viele NATO-Partner der USA aus.

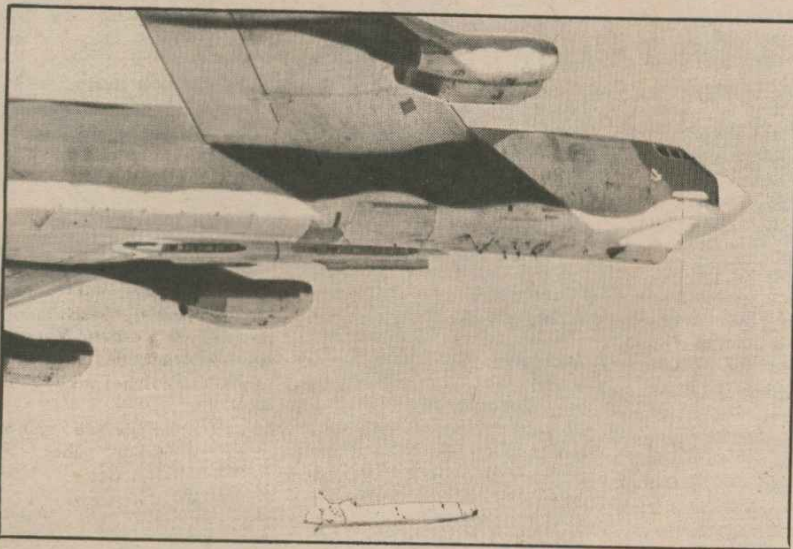
Warum bricht Washington den Vertrag? Fest steht zumindest eins: Jetzt, da sich in Reykjavik Chancen, das Problem der nuklearen Abrüstung über den toten Punkt hinauszuführen, andeuteten und die sowjetischen Initiativen breite Anerkennung finden, wollen die USA die Möglichkeit eines Abkommens aus der Welt schaffen. Sie fordern die UdSSR unverhohlen heraus, provozieren uns zum weiteren Wettrüsten und hoffen, so der UdSSR Zugeständnisse abzurufen. Schließlich ist das Ganze eine Reaktion auf "Irangate". Es handelt sich nicht so sehr um den Präsidenten selbst wie vielmehr um diejenigen, deren Interessen er vertritt. Diese Kräfte spielen ein gewagtes Spiel, dessen Einsatz die internationale Stabilität ist, ohne an die gefährlichen Folgen, auch für das amerikanische Volk, zu denken.

Wir bitten Generalleutnant Viktor PAWLOW, den Beschluß der US-Führung zu kommentieren:

Die USA haben einen neuen Schritt bei der Realisierung ihrer Politik der Stärke getan, einen verantwortungslosen Schritt. Meiner Meinung nach ist er von den Interessen des Militär-Industrie-Komplexes diktiert, den schon die Aussicht auf eine Vereinbarung, wie sie sich in Reykjavik abzeichnen begann, alarmiert hat. Unmißverständlich zeigten die USA, daß sie bereit sind, alles Positive, was auf dem Gebiet der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen in den 70er Jahren erzielt wurde, aufzugeben und das in der isländischen Hauptstadt Erreichte ungeschehen zu machen.

Es erhebt sich die berechtigte Frage, wie sie neue Vereinbarungen zu erzielen gedenken, wenn sie zugleich alte verletzen. Die US-Führung müßte einsehen: SALT 2 bringt Amerika nicht weniger Nutzen als der Sowjetunion. Absolut unhaltbar sind Versuche, den abenteuerlichen Schritt mit Berufung auf angebliche "Verstöße" der UdSSR gegen den Vertrag zu rechtfertigen. Washington sollte sich keinen Illusionen hingeben, es könnte durch ein solches Vorgehen militärische Überlegenheit erlangen. Selbstverständlich wird die UdSSR nicht zulassen, daß die militärstrategische Parität unterminiert wird. Besonders möchte ich betonen, daß das Weiße Haus sich durch Zerstörung des SALT-Vertragswerks für alle negativen Folgen verantwortlich macht.

Foto: "U. S. News & World Report"



gegenwärtigen strategischen Stabilität weiter.

Kehren wir in das Wien des Jahres 1979 zurück. Die UdSSR und die USA "streben nicht nach militärischer Überlegenheit und werden es auch künftig nicht tun, da dies nur zu einer gefährlichen Instabilität führen, ein noch höheres Rüstungsniveau bewirken und die Sicherheit keiner der Seiten fördern würde". Dieses feierliche Versprechen gaben die führenden Repräsentanten beider Staaten in der österreichischen Hauptstadt bei der Unterzeichnung von SALT 2. Erstmals im Rahmen der Rüstungsbegrenzung legte der Vertrag Höchstgrenzen für beide Seiten fest. Bei den Starttrampen für interkontinentale ballistische Raketen und ballistische U-Boot-Raketen, bei schweren Bombern mit Marschflugkörpern an Bord und bei ballistischen Luft-Boden-Raketen mit einer Reichweite von mehr als 6000 km wurde ein Limit von 2400 Einheiten vorgesehen.

Aufnahme neuester Rüstungen in den Bestand behinderte, weiterbestehen sollte oder nicht. Verteidigungsminister Weinberger, eigentlich ein Zivilist, war dagegen. Der Grund: "Der Vertrag ist sinnlos." Selbst die Mitglieder der Vereinigten Stabschefs fühlten sich peinlich berührt. Die Generale waren vorsichtiger und erforderten folgende Empfehlung für den Präsidenten: Die USA seien für die Einhaltung des Vertrages, aber unter einigen Verstößen gegen seine Bestimmungen.

Ein Jahr später, beim Beginn der Erprobung eines weiteren U-Bootes vom Typ "Ohio", erhob sich die Frage nach Einhaltung oder Nichteinhaltung des Vertrages wieder. Damals wagte es das Weiße Haus doch nicht, die im SALT-2-Vertrag festgelegten Höchstgrenzen zu durchbrechen, drohte jedoch, das bei der Ausrüstung der nächsten B-52 mit Marschflugkörpern zu tun. Weinberger prophezeite: "Der Präsident hat die letzte Meile schon zurückgelegt. Dieser verfluchte Vertrag bindet uns nicht

UdSSR--BENIN

„Wenn man die Kräfte vereint...“

• DIE SOWJETISCH-BENINISCHEN GESPRÄCHE AUF HÖCHSTER EBENE IN MOSKAU UMFASSTEN EINEN WEITEN KREIS VON FRAGEN: INTERNATIONALE UND AFRIKANISCHE PROBLEME, DIE BILATERALE BEZIEHUNGEN.

Der offizielle Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden des ZK der Partei der Volksrevolution Benins (PRPB), des Präsidenten und Regierungschefs der VR Benin, Mathieu Kerekou, in der UdSSR (21. bis 27. November d. J.) fand große Aufmerksamkeit, besonders in Afrika. Das erklärt sich dadurch, daß bei seiner Begegnung mit Michail Gorbatschow und bei den Gesprächen mit der sowjetischen Delegation unter Leitung Andrej Gromykos Schlüsselfragen der Weltlage, des Kampfes für Frieden und Abrüstung, des Vorschreitens der jungen Nationalstaaten auf dem Weg des nationalen und sozialen Fortschritts erörtert wurden.

Mathieu Kerekou ist der höchste Repräsentant eines nichtpaktgebundenen Landes mit einer Bevölkerung von 3,7 Millionen Menschen, das unter Führung der PRPB progressive Umgestaltungen zum Aufbau einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit verwirklicht. Benin ist schon lange nicht mehr jene "Skavenküste", wie die Kolonialherren einst das Land nannten. Sein Ansehen gründet sich auf das zuverlässige Fundament realer Errungenschaften beim nationalen Aufbau, auf den prinzipiellen Kurs zur Verteidigung von Frieden, Freiheit und Fortschritt.

"Das anhaltende Wettrüsten, besonders das nukleare, die zunehmende Gefahr seiner Ausdehnung auf den Weltraum sowie die Zuspitzung

der Krisensituationen in verschiedenen Teilen der Erde verlangen entschiedene und beharrliche Anstrengungen aller — großen und kleinen — Staaten zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit, zur Abwendung der Nuklearkriegsgefahr und zum Verzicht auf eine Politik der Konfrontation", heißt es in der sowjetisch-beninischen Erklärung über Freundschaft und Zusammenarbeit.

In Afrika heißt es: "Wenn man die Kräfte vereint, kann man sogar einen Löwen stoppen." Und weiter: "Einen Löwen kann man auch mit Fäden festbinden, wenn man diese aneinanderknüpft." Die Gespräche in Moskau machten deutlich, wie Vertreter großer und kleiner Länder, die im Geiste der Gleichberechtigung und verantwortungsvoll handeln, einen gemeinsamen Beitrag zur internationalen Sicherheit leisten können. "Die Verwirklichung der sowjetischen Friedensinitiativen", erklärte Mathieu Kerekou, "würde es erlauben, ein allumfassendes System der internationalen Sicherheit zu schaffen, die Nuklear- und die anderen Massenvernichtungswaffen zu beseitigen und eine qualitativ neue Weltlage zu erreichen."

Die "Stimme der Revolution", der nationale Rundfunksender Benins, betonte unter Hinweis auf die große Bedeutung der Moskauer Gespräche: Die "UdSSR und Benin sind davon überzeugt, daß die militaristische Lösung 'Rüstung statt Entwicklung' durch 'Abrüstung für die Entwicklung' abgelöst werden muß." Ziel der imperialistischen Kräfte ist es, die progressive Entwicklung in den jungen Nationalstaaten zu bremsen, ja rückgängig zu machen. Die Beispiele bieten sich an: Gegen Volksbenin wurde bereits einmal eine aggressive Provokation von Agenten des Imperialismus verübt. Die Teilnehmer der Moskauer Gespräche bekundeten ihre Solidarität mit allen Fortschrittskräften, die die imperialistische Aggressionspolitik ablehnen. Beide Seiten meinen übereinstimmend, daß das schändliche

Apartheidsystem ausgemerzt werden und Namibia schnellstmöglich die Unabhängigkeit gesichert werden muß.

Die UdSSR und die VR Benin vereinbarten, ihre bilateralen Konsultationen zu internationalen Problemen und Fragen der beiderseitigen Beziehungen regelmäßig durchzuführen. Die sowjetisch-beninischen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit sollen auch in Zukunft weiter vertieft und entwickelt werden.

W. KOROTSCHANZEW

POLEN

Gewerkschaften erneuert

• ENDE NOVEMBER FAND IN WARSCHAU DER KONGRESS DER ERNEUERTEN POLNISCHEN GEWERKSCHAFTEN STATT.

Unter genau dieser Bezeichnung hatten die Delegierten der 2. Versammlung der Gesamtpolnischen Verständigung der Gewerkschaften (OPZZ) schon am ersten Sitzungstag beschlossen, dieses Forum der stärksten polnischen Massenorganisation fortzusetzen. Das ist die Realität von heute: 1480 Delegierte repräsentierten alle 133 Gewerkschaftsföderationen, in denen 26 000 Betriebsgewerkschaftsorganisationen zusammengefaßt sind. Das ist der sichtbare Beweis für den komplizierten Wiederbelebungsvorgang der polnischen Gewerkschaften nach der Krise 1980-81, die durch Aktivitäten antisozialistischer Kräfte hervorgerufen wurde.

1982, kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Gewerkschaften durch den Sejm der VR Polen, zählten sie weniger als eine Million Mitglieder. Heute sind fast 7 Mio Polen wieder gewerkschaftlich organisiert.

Die ersten Arbeiteraktivisten, die die neuen Gewerkschaften aufbauten, hatten es nicht leicht. Das Land hatte eine schwere Krise hinter sich.

Bei massiver propagandistischer Unterstützung durch westliche Diversionen versuchte der antisozialistische Untergrund eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Verwirrung zu schaffen. Die Arbeiterklasse erinnerte sich noch recht gut der gewerkschaftseigenen Fehler und der Versuche sozialismusfeindlicher Kräfte, den Charakter der Gewerkschaftsarbeit zu verfälschen, sie für anarchistische Umtriebe zu mißbrauchen, Unordnung zu schaffen und die Wirtschaft zu untergraben. Wojciech Jaruzelski sprach deshalb auf dem Kongreß der polnischen erneuerten Gewerkschaften "den kühnen und weitsichtigen Pionieren, die die Gewerkschaftsbewegung mit großartigem Einsatz wieder ins Leben gerufen haben" seine herzliche Anerkennung aus.

Die Delegierten verabschiedeten das Programm der polnischen erneuerten Gewerkschaften, ihr Aktionsprogramm. Darin heißt es eindeutig, daß die Gesamtpolnische Verständigung der Gewerkschaften die stärkste Massenorganisation der polnischen Werktätigen ist. Hier organisieren sich Menschen verschiedener Weltanschauung und Herkunft. Eins eint sie: die Anerkennung der verfassungsmäßigen Prinzipien des sozialistischen Staates und der Führungsrolle der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die Sorge um die Zukunft des Landes und das Wohl der Werktätigen.

Im Programm werden strategische Ziele und konkrete Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit markiert: also aktive Teilnahme an der Umsetzung der Beschlüsse des X. Parteitags der PVAP zu Anhebung der Wirtschaft, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien, Entwicklung des Wohnungsbaus, Garantie der sozialistischen Gerechtigkeit, Sorgum die Arbeitsveteranen um Rentner, Umweltschutz und Gesundheitspflege. Zu all diesen Fragen, die die meisten Werktätigen beschäftigen, hat der Kongreß Sonderresolutionen verabschiedet.

Sachlichkeit und Kritikbereitschaft kennzeichneten d

Arbeit des Kongresses in den Plenarsitzungen, in den Kommissionen und Arbeitsgruppen. 487 Delegierte ergriffen das Wort und weitere 120 reichten ihre Wortmeldungen beim Präsidium ein. Die Redner warteten die dringendsten Fragen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens auf, kritisierten führende Gewerkschaftsmitglieder, Sejm-Abgeordnete und Repräsentanten der Staatsführung und regten konkrete Lösungen für die Verbesserung der Lage im Land an.

In vielen Redebeiträgen wurde die Notwendigkeit angesprochen, alles für die Verteidigung des Friedens zu tun. "Unsere internationalen Aktivitäten kennzeichnen der gemeinsame Kampf für die Erhaltung des Lebens auf unserem Planeten, für Frieden und allgemeine Abrüstung, für die Rechte aller Werktätigen und sozialen Fortschritt", heißt es im Programm der polnischen erneuerten Gewerkschaften. In vielen Referaten dankte man der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern, die dem polnischen Volk zu Hilfe kamen, als es in Not war, und die polnischen Gewerkschaften unterstützten, als sie sich neu formierten. Die Gewerkschafter sprachen sich für eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und einen Erfahrungsaustausch mit Gewerkschaftsorganisationen der sozialistischen Bruderländer aus.

Man nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die polnischen erneuerten Gewerkschaften den ihnen gebührenden Platz im Weltgewerkschaftsbund und den internationalen Branchenverbänden wieder einnehmen. Hier ließ sich die Stimme echter Repräsentanten der viele Millionen Menschen umfassenden Arbeiterklasse des Landes vernehmen, als man jeden Zweifel daran ausräumte, daß Bemühungen westlicher Propaganda und einheimischer antisozialistischer Elemente, die sich von imperialistischen Wühlorganisationen aushalten lassen, vergeblich sein werden, wenn sie versuchen, die Gewerkschaftsbewegung des Landes zu spalten und den Stabilisierungsprozeß rückgängig zu machen. Wojciech aruzelski sagte in seiner An-

sprache: "Eine Wiederholung politischen Abenteuerismus in Polen unter gewerkschaftlichem Aushängeschild kann und wird es nicht geben."

Die Gewerkschafter waren sich natürlich im klaren darüber, daß die Realisierung der im Programmtext fixierten Aufgaben nicht leicht sein wird. Eine zügige Erholung der Wirtschaft und Verbesserung der Lebensbedingungen für die Werktätigen wird erschwert infolge der negativen Auswirkungen der Zeit von 1980-81, die hohe Auslandsverschuldung und den Schaden durch diskriminierende Maßnahmen, die die USA und einige ihrer Verbündeten gegen Polen eingeleitet haben.

Sowohl in den programmatischen Kongreßmaterialien als auch in den Redebeiträgen kam jedoch die feste Überzeugung der Werktätigen zum Ausdruck, alle Kräfte für die Entwicklung des Landes und den Aufbau einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit einzusetzen. Den heftigen Beifall der Gewerkschafter kassierte der Bergmann Ryszard Zagorski aus Walbrzych, als er sagte: "Über Polen geredet haben wir genug. Laßt uns jetzt alle zusammen für Polen arbeiten! Wir rufen alle, die noch nicht mit uns mitziehen, auf, sich uns anzuschließen!"

Warschau

V. WOLKOW

KUBA

Programm der Kommunisten

● AM 2. DEZEMBER GING IN HAVANNA EINE SONDERTAGUNG DES III. PARTEITAGES DER KP KUBAS ZU ENDE.

Die Delegierten der Tagung bestätigten das Parteiprogramm, dessen Entwurf nach der Tagung im Februar in einer Volksaussprache diskutiert worden war.

Eingehend und engagiert erörterten die Kommunisten, alle Werktätigen der Insel der Freiheit die Thesen dieses

überaus bedeutsamen Dokuments. Über 8000 Vorschläge wurden unterbreitet. Das Politbüro und das Sekretariat des ZK der KP Kubas hielten es nach aufmerksamer Analyse für angebracht, Veränderungen an 114 Punkten des Programm-entwurfs vorzunehmen und zusätzlich 16 neue Punkte in den Entwurf aufzunehmen.

Die neun Monate seit der Februartagung des III. Parteitages haben viel Neues im Leben des Landes gebracht. Überall spürt man die großen Veränderungen, die Kühnheit der schöpferischen Pläne der Kubaner. Immer mehr setzen sich Transparenz, Sachlichkeit, die offene Erörterung der akutesten Probleme, Fehler und Mängel durch, die in letzter Zeit in der Leitung der Volkswirtschaft und in einigen anderen Lebensbereichen von der kubanischen Führung selbst und der Presse der Republik aufgedeckt wurden. Die gründliche, prinzipielle Aussprache über die Lage in der Partei und im Land, über die Beseitigung der Unzulänglichkeiten und die Aufgaben für die Zukunft bestimmten den Inhalt auch der Schlußtagung des Parteitages. Jetzt verfügen die kubanischen Kommunisten über ein klares Aktionsprogramm, das die kollektiven Erfahrungen und den politischen Willen der Vorhut der kubanischen Werktätigen umfaßt, das Programm bei der Lösung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus.

Das Programm ist ein Plan für die Vervollkommnung der kubanischen Gesellschaft, für ihren Vormarsch auf dem Weg des sozialistischen Aufbaus auf der Grundlage intensiver sozialökonomischer Entwicklung.

Es spricht vom Kampf des kubanischen Volkes für die Unabhängigkeit, von den Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau in unmittelbarer Nähe des größten kapitalistischen Landes. Ein besonders wichtiges Kapitel des Programms ist der Wirtschaftsstrategie der Partei gewidmet. Ihr Hauptziel ist es, bis Ende des Jahrhunderts den Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialis-

mus auf kubanischem Boden abzuschließen. Den Schwerpunkt bilden dabei die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik, die maximale Nutzung der nationalen Ressourcen und der Vorzüge der sozialistischen ökonomischen Integration und der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung. Als entscheidenden Faktor für die Entwicklung des Landes auf einer qualitativ höheren Grundlage nennt das Programm die Vertiefung und Ausweitung der ökonomischen Integration mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, die aktive Teilnahme Kubas an der Arbeit des RGW. Besondere Bedeutung wird der Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung des Landes beigemessen.

In der Außenpolitik unterstützt die KP Kubas, wie es im Programm heißt, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, tritt für die Einheit der sozialistischen Gemeinschaft, die Solidarität der revolutionären Weltbewegung ein. Eine Hauptaufgabe der Außenpolitik des Landes ist es, zur Stärkung der Errungenschaften der kubanischen Revolution, zur Verteidigung und Festigung der internationalen Positionen Kubas beizutragen.

A. WOROPAJEW

Havanna

SURINAME

Im Geiste des Neogloba-lismus

● IM FERNEN SURINAME HAT SICH DIE INNENPOLITISCHE LAGE ERNEUT JÄH ZUGESPITZT.

Dieses südamerikanische Land an der Atlantikküste, eine ehemalige holländische Kolonie, wurde vor 11 Jahren unabhängig. Bezeichnend für

die 360 000 Einwohner ist die überaus bunte ethnische Zusammensetzung. Inder, Indonesier, Indianer, Kreolen und Neger leben hier.

Die surinamischen Sicherheitskräfte und Armee-Einheiten kämpfen jetzt gegen bewaffnete regierungsfeindliche Gruppierungen, deren Aktionsraum in letzter Zeit spürbar größer geworden ist. Der Anführer der Aufrührer, Ronny Brunswijk, vor zwei Jahren aus der Armee des Landes desertiert, will die Regierung von Generalleutnant Desire Bouterse stürzen — eine Regierung, die den USA und Holland "mißfällt".

Warum ist das Regime, das im Februar 1980 von patriotischen Militärs errichtet wurde, nicht nach ihrem Gusto? Weil es die traditionellen bürgerlichen Parteien, die die Unterstützung Den Haags und Washingtons besaßen, von der Teilnahme an der Leitung des Landes entfernte, Kurs auf eine unabhängige Innen- und Außenpolitik nahm sowie ein Programm für progressive sozialökonomische Umgestaltungen vorsah.

Die USA aber, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Surinames, ein Erbe der Kolonialzeit, verschärfen wollten, begannen Druck auf die Regierung der Nachbarländer Kolumbien, Venezuela und Brasilien auszuüben, damit jene die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Suriname einschränkten. Ganz im Sinne seiner neoglobalistischen Konzeption stellte das Weiße Haus für die "surinamischen Operationen", genauer gesagt für subversive Tätigkeit, 12 Mio Dollar bereit. Diverse Abenteurer europäischer Abstammung und Amerikaner, Veteranen des schmutzigen Krieges in Vietnam, tauchten im Lande auf. Gerade sie bildeten den Kern der jetzt in Suriname operierenden Söldnertruppen. Sie werden UPI zufolge "von reichen Surinamern unterstützt, die in den Niederlanden in der Emigration leben und die Macht in Suriname übernehmen wollen".

A. BARYSCHEW

USA--SÜDKOREA

Auf wen zielen die „Lance“

• IN WASHINGTON WURDE BESCHLOSSEN, LANCE-RAKETEN NACH SÜDKOREA ZU VERLEGEN

Kann man die Verlegung einer Lance-Batterie aus den USA nach Südkorea als Routineangelegenheit betrachten, die nur die amerikanische Armee etwas angeht? Die im

weiteren folgen wird: Mittelstreckenraketen nach Südkorea zu verlegen. Vor einigen Jahren wurde diese Frage bereits in Washington erörtert, doch ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Es besteht Anlaß zu der Vermutung, daß nun auch Pershings stationiert werden sollen. Nicht von ungefähr hatten Officials zu der Lance-Verlegung verlauten lassen: "Die kommenden Jahre können zu einer überaus kritischen Periode auf der koreanischen Halbinsel werden."

Was ist geschehen? Natürlich ist man in Washington besorgt über die Entwicklung in Südkorea, wo in den Vorwochen ein beispielloser Aufschwung der Volksbewe-

zweckt. Diese Kraftmeierei soll erneut die ausgeprägt negative Haltung der USA zu den jüngsten Initiativen der KDVR, deren Ziel eine Friedensregelung auf der Halbinsel und ihre Verwandlung in eine kernwaffenfreie Zone ist, demonstrieren. Für das koreanische Volk bedeutet die Stationierung neuer Raketen im Süden des Landes eine weitere Vertiefung seiner Spaltung, die Anhäufung neuer Hindernisse für eine friedliche Wiedervereinigung der Heimat und den gesellschaftlichen Fortschritt. Davon war die Rede in der TASS-Erklärung, die nach dem neuen Schritt des Pentagon veröffentlicht wurde.



Tausende bewaffneter Polizisten lösten brutal eine Demonstration der Söuler Studenten auf. Sie hatten den Rücktritt von Diktator Chun Doo Hwan, freie Wahlen und die Beseitigung der US-Militärstützpunkte verlangt

Foto: Reuter—TASS

Süden des Landes stationierten US-Truppen verfügen bereits über 1000 Nuklearladungen verschiedener Bestimmung: von Minen bis zu Raketen Sprengköpfen. Doch Waffen einer solchen Klasse gab es hier früher nicht: Die operativ-taktische Lance-Rakete ist für einen Nuklearschlag tief im Hinterland des Gegners bestimmt. Sie kann auch einen Neutronsprengkopf tragen.

Nicht ausgeschlossen ist, daß auf diesen Beschluß ein

gung, die eine Demokratisierung des politischen Lebens, den Abzug der US-Truppen und die Schließung der ausländischen Stützpunkte verlangt, erfolgte. Der Söuler Diktator Chun Doo Hwan fühlt sich verunsichert und setzt deshalb ganz auf die Polizei, die Sicherheitskräfte und den amerikanischen Verbündeten.

In dieser Lage sollen die Lance-Raketen zweifelsohne das ins Wanken geratene Söuler Regime stützen. Doch offenbar wird damit mehr be-

Dieser provozierende Schritt erfolgte gerade zu einer Zeit, da der asiatisch-pazifische Raum eine komplizierte Etappe seiner Entwicklung durchmacht. Die neuen Initiativen der sozialistischen Länder lassen es durchaus real werden, daß die Region zu einer Zone des Friedens und der Stabilität wird. Nicht neue Lance-Raketen werden in Asien gebraucht, sondern die Schaffung eines dauerhaften Sicherheitssystems.

L. MICHAJLOW

Wußte man vorher Bescheid?

Juri GUDKOW

...Als die Affäre bekannt wurde, gab sich Präsident Reagan wie gewohnt selbstsicher und erzürnt über einschlägige Pressemeldungen: "Eine solche Verbreitung von Falschmeldungen habe ich, seit ich auf diesem Platz stehe, noch nicht erlebt!" In seiner Rede an die Amerikaner vom 13. November versprach er, die Falschmelder zur Raison zu bringen: "Jetzt erhalten Sie Fakten aus erster Hand, nämlich aus dem Weißen Haus."

Es kam ganz anders. "Aus dem Weißen Haus" erfuhr die Welt wenig, dafür mehr über das Weiße Haus.

Die Tatsache der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans, ein Zynismus-sondergleichen, hinterließ in den USA einen wirklich starken Eindruck. Allerdings sah man in den Motiven, die sich in der Präsidentenansprache als Bestrebung ausnahmen, "dem iranisch-irakischen Krieg ein Ende zu machen" und "zu erreichen, daß die amerikanischen Geiseln gesund und wohlbehalten aus dem Libanon zurückkehren", den ungeschickten Versuch, den wahren Sachverhalt zu verbergen. James Reston von der "New York Times" bemerkte treffend: "Diese heimlichen Spiele trieb er seit sechs Jahren. Der einzige Unterschied ist, daß man ihn jetzt in flagranti erwischte hat."

Nicht von ungefähr mußte der Präsident eine Woche später auf einer Pressekonferenz zugeben, "daß unsere Entscheidung tiefe Meinungsverschiedenheiten hervorruft und einige absolut nicht einverstanden sind mit dem, was wir da gemacht haben". Er versicherte, daß "die Verantwortung für diese Entscheidung und diese Operation einzig und allein bei mir liegt". Letzteres ist sein beliebtester Zug, wenn er jede Diskussion abwürgen will. Doch der Skandal wuchert fort.

Auch erste Rausschmisses halfen wenig, etwa der John Poindexters, des Sicherheitsberaters des Präsidenten, und seines Mitarbeiters Oliver North. Das heimliche Spiel war zu weit fortgeschritten, als daß mit Bauernopfern noch Offiziere zu retten gewesen wären. Das wurde klar, als die Sache einen neuen Verlauf nahm und herauskam, daß mit dem Erlös aus den Waffenverkäufen an den Iran die Ausrüstung der gegen Nicaragua kämpfenden Contras finanziert wurde. In diesem Zusammenhang werden auch Afghanistan und Angola genannt.

Die Absicht, lieutenant-colonel North als Superman hinzustellen, der alles unter Kontrolle hat, und Poindexter als liberalen Vorgesetzten, der North volle Handlungsfreiheit gewährt, schlug in ihr Gegenteil um. Jetzt ließen sich führende Kabinettsmitglieder im Epizentrum der Krise blicken.

Vizepräsident Bush mußte das Schweigen brechen, das er seit Ausbruch der Krise so hartnäckig gewahrt hatte. Er lehne es ab, sich "in Einzelheiten zu verlieren" (eine Position, die wir schon kennen!), lehne es aber nicht ab, den Präsidenten zu unterstützen. Der Vize steckt in einer schwierigen Lage. Als Mitglied einer Regierung, deren Mandat in 2 Jahren abläuft, spekuliert er darauf, seinen jetzigen Posten als Trampolin für die Präsidentenwahlen 1988 nutzen zu können. Andererseits weiß man von seiner persönlichen Bekanntschaft mit einem gewissen Max Gomez, unter dessen Management die Waffenlieferungen an die Contras ablaufen.

Donald Regan, 2. Mann im Weißen Haus und engster Berater des Präsidenten, streitet alles ab, bis auf "die edlen Ziele" der Einmischung in Iran und Nicaragua. "Regan wurde von Anfang an auf dem laufenden gehalten", so ein namentlich nicht genannter Mitarbeiter des Weißen Hauses, "jedesmal, wenn irgend etwas passierte, bekam er Nachricht." Es wird berichtet, daß sich Regan den Zorn "der mächtigen First Lady, Nancy Reagan" und einer Clique von "kalifornischen Freunden" des Präsidenten zuzog, weil er sich "als miserabler Berater erwiesen" habe. Er läßt jetzt

lieber selbst durchblicken, daß er nicht bis Ende der Legislaturperiode der jetzigen Regierung im Weißen Haus zu bleiben gedenkt.

Staatssekretär Shultz verblüffte viele durch sein Verhalten. Obwohl er von Reagans "diplomatischer Initiative" wußte, die dann auch in der Tat zu Waffenlieferungen führte, sprach er sich gegen diese Lieferungen aus und distanzierte sich unmittelbar zu Beginn des Skandals öffentlich vom Weißen Haus. Insgesamt scheint er weniger als andere in die Geheimoperation verwickelt zu sein. Der amerikanischen Presse zufolge kann sich das Weiße Haus zum gegebenen Zeitpunkt nicht leisten, Shultz in den Ruhestand zu versetzen, ohne ein Vakuum in der außenpolitischen Führung zu hinterlassen.

CIA-Direktor William Casey scheint eher jener "lieutenant-colonel North" zu sein, wenn auch im Ministerrang, bei dem alle Fäden der praktischen Durchführung dieser geheimen und gesetzwidrigen Operation zusammenliefen. Er stellte Kontakte zu Drittländern her und richtete ein Schweizer Nummernkonto ein, von dem die Mittel für die Bewaffnung der Contras eintrafen. Er hatte "großen Anteil" am Verkauf der Waffen im Iran und unterstützte eine iranische Emigrantenvereinigung, die gegen das jetzige Regime kämpft.

So steht es, wenn nicht um die ganze Präsidentenriege, so doch um ihre ranghöchsten Kämpen. Jetzt, da er die ganze Verantwortung übernommen hat, nimmt der Präsident Unkenntnis "in Detailfragen" für sich in Anspruch und beschuldigt die Presse, "die ganze Sache erst ins Rollen gebracht zu haben". Er ruft: "Ich habe noch nie so viele Haie in blutigem Wasser herumschwimmen sehen, wie jetzt!"

Hier lohnt es, einen Moment zu verweilen. Der Vergleich nämlich, der hier dem Präsidenten eingefallen ist, weist auf einen anderen Gedanken, der aus Urteilen vieler Beobachter herauszuhören ist. Es gibt mehrere Anzeichen dafür, daß die Einmischung im Iran, ähnlich wie die Geheimoperationen der US-Regierung in Nicaragua, nicht im Januar 1986 einsetzten, als der Präsident die "diplomatische Initiative" sanktionierte, sondern viel früher. Alles in allem hat James Reston vollkommen recht. Dabei muß man sich fragen, wie es möglich ist, daß bis jetzt Operationen geheimgehalten werden konnten, in die, wie sich herausstellt, mehrere Regierungen verwickelt waren? Wann wurden die Millionen Dollars und so viele Tonnen Waffen verschoben? Die Antwort drängt sich auf, daß **man früher Bescheid wußte**, jedoch der Öffentlichkeit vorzeitig nichts bekanntzugeben wünschte. Heute sind die "Haie" wirklich frei.

Aus seiner fünftägigen Klausur auf seiner Ranch in Kalifornien zurückgekehrt, erklärte der Präsident lieutenant-colonel North zum "Helden der Nation". Er klammert sich also hartnäckig an seine alte Politik. Die Prinzipien dieser Politik, oder besser, die Prinzipienlosigkeit dieser Politik jedoch wirft ein Licht darauf, wie man insgesamt in Washington an internationale Fragen herangeht. Zwischen den Worten und den Taten des regierungsoffiziellen Washington klappt ein Abgrund. Das beweisen nicht nur Geheimverträge. Versuche, sich aus Verpflichtungen herauszuziehen, die man in Reykjavik eingegangen war, die erst dieser Tage vollzogene Verletzung des SALT-II-Vertrages und weitere Beispiele ließen sich anführen, um das zu belegen. Daß erstmalig in seiner Präsidentschaftsperiode Ronald Reagan mit einer landesweiten Woge der Kritik und der Ablehnung, in seinem engsten Umfeld gar, konfrontiert ist, deutet auf einen Vertrauensverlust nicht nur in Washington hin, sondern in der ganzen Welt. Dabei scheint der Skandal sich erst entzündet zu haben.

Gemeinsam für den Frieden



In New York findet die 41. UNO-Vollversammlung statt. Eine Sitzung widmete die Vollversammlung den Ergebnissen des Internationalen Jahres des Friedens. Die Versammlung vermerkte den Beitrag der nichtstaatlichen Organisationen bei der Gestaltung des Friedensjahres und hob die Bedeutung ihrer weiteren Zusammenarbeit mit der UNO bei der Errichtung eines stabilen Friedens hervor.

Wir veröffentlichen mit wesentlichen Kürzungen die vor der UNO gehaltene Ansprache des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar zum Internationalen Jahr des Friedens

Seit 1981, als die Vorbereitungen zum Internationalen Jahr des Friedens begannen, setzten sich 300 regierungsunabhängige Organisationen und Lehreinrichtungen mit dem Sekretariat des Friedensjahres in Verbindung. Viele haben Beiratsstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO, den Status eines beigeordneten Mitglieds des Büros für öffentliche Information oder beteiligten sich an der weltweiten Abrüstungskampagne.

Die regierungsunabhängigen Organisationen zeigten die weiten Möglichkeiten auf, die Zielstellung des Friedensjahres über konkrete Projekte und Aktivitäten zu verwirklichen. Sie sind wichtige Kanäle der Zusammenarbeit auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene und eine Fundgrube für Ideen und Erfahrungen. Außerdem sind die regierungsunabhängigen Organisationen ein wichtiges Verbindungsglied zwischen den Vereinten Nationen, den Regierungen und den Massen.

Die am Internationalen Jahr des Friedens beteiligten Organisationen und Gruppen repräsentieren einen weiten Interessenkreis: Frauen- und Jugendorganisationen, Wissenschaftler, Pädagogen, Geistliche, Sportverbände, Rentner und Künstlervereinigungen. Auch Organisationen, die sich zum Ziel gesetzt haben, für Abrüstung, sozialökonomische Entwicklung, Menschenrechte und Umweltschutz zu kämpfen, sind im UNO-Friedensjahr aktiv.

Die unterschiedlichen Ansätze der regierungsunabhängigen Organisationen zwingen uns, den Friedensbegriff umfassender zu definieren. Die Teilnahme der regierungsunabhängigen Organisationen am Jahr des Friedens zeigt, daß Frieden für die 80er Jahre mehr ist, als nur eine Alternative zum Krieg. Weltfrieden muß das beharrliche Streben nach Gerechtigkeit und Lebensqualität zum Ausdruck

bringen und den aktiven und kontinuierlichen Kommunikationsprozeß zwischen den Menschen, tieferes Verständnis und Toleranz entwickeln. Hier einige Beispiele für die Tätigkeit der regierungsunabhängigen Organisationen aus Anlaß des Friedensjahres, die ihren wichtigen Beitrag veranschaulichen sollen.

Vom 20. bis 24. Januar 1986 versammelten sich die Vertreter der regierungsunabhängigen Organisationen zur Konferenz "Gemeinsam für den Frieden" in Genf und leiteten das Internationale Jahr des Friedens ein. An dieser Konferenz nahmen über 300 Vertreter nationaler, regionaler und internationaler regierungsunabhängiger Organisationen teil, die verschiedenen philosophischen, politischen und religiösen Richtungen angehören.

Einige regierungsunabhängige Organisationen veranstalten im Jahr des Friedens Diskussionsrunden zu Fragen der Vereinten Nationen, der Abrüstung und Sicherheit, von denen die besondere Rolle der UNO und ihrer gegenwärtigen Tätigkeit für Frieden und internationale Sicherheit anerkannt wird. Das Sowjetische Friedenskomitee organisierte öffentliche Zusammenkünfte mit verantwortlichen UNO-Persönlichkeiten in der Sowjetunion. Das griechische Komitee für internationale Entspannung und Frieden veranstaltete ähnliche Treffen in Griechenland.

Städte der ganzen Welt nahmen aktiv am Friedensjahr teil und organisierten besondere Festspiele, Treffen und Vorlesungsreihen zu Friedensfragen. Bürgermeister und Stadträte wandten sich mit Aufrufen an die Öffentlichkeit und starteten wichtige Initiativen für die Erweiterung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den Städten. Die Weltföderation der Partnerstädte und der Weltverband der Kriegsoferstädte nahmen an der Unterstützung der UNO und

der Zielsetzungen des Friedensjahres aktiven Anteil.

Auf Sonderkonferenzen wurden verschiedene Friedensfragen diskutiert und ein tieferes Verständnis geschaffen für den engen Zusammenhang zwischen Fragen der Friedenssicherung und anderen Aspekten des Lebens. Auf solchen Foren wurde auch die Frage behandelt, wie Menschen, die in bestimmten Bereichen arbeiten, ihren Beitrag zur Friedenssicherung leisten können. Seminare, Konferenzen und Symposien organisierten: Nationalrat für Jugendfragen Bangladesch, Interparlamentarische Union, Internationale Kommission für Irrigation und Melioration, Internationales Komitee der Kinder- und Jugendorganisationen, "Die Falken", Internationale Föderation der Altenvereine, Internationaler Studentenbund, "Ärzte gegen den Atomkrieg", Sozialistische Internationale, Sowjetisches Frauenkomitee, Lehrer für den Frieden, Esperanto-Weltbund, Weltföderation der Wissenschaftler und Weltfriedensrat. In Kopenhagen fand ein Weltkongreß zum Internationalen Jahr des Friedens statt.

Viele regierungsunabhängige Organisationen führen im Jahr des Friedens Musik-, Literatur-, Malwettbewerbe und Schachturniere für Kinder und Jugendliche durch. Dazu gehört u. a. auch ein weltweiter Aufsatzwettbewerb für Schüler zwischen 13 und 16 Jahren, den die Internationale Schulföderation zu Problemen der Erziehung im Geist der UNO-Prinzipien organisiert hat, "Aufsätze für den Frieden", ein internationaler Aufsatzwettbewerb für Jugendliche, den der Internationale Rotaryclubverband initiiert hat, und ein internationales Schachfestival für sie, das der Weltschachbund durchführt. Neben speziellen Jugendprogrammen und -aktivitäten motivieren solche Wettbewerbe die Jugendlichen, sich über die Bedeutung des Friedens für ihr eigenes Leben Gedanken zu machen und wie sie dazu beitragen können, dieses Ziel zu erreichen.

Ein wichtiger Bestandteil des Jahres des Friedens sind die Sportveranstaltungen. Viele Gruppen und Organisationen legen besonderen Wert auf die Bedeutung friedlichen Wettstreits für ein tieferes Verständnis füreinander. Zu den besonderen Aktivitäten des Jahres des Friedens zählen das "Friedensradrennen" und der "1. Weltstaffellauf". Mehrere Sportverbände meldeten sich mit Statements über Sport und Frieden zu Wort, und die Veranstalter der Fußballweltmeisterschaft und der "Spiele des guten Willens" koordinierten ihre Aktivitäten mit dem Friedensjahr.

Viele regierungsunabhängige Organisationen gaben den Wunsch bekannt, das im Internationalen Jahr des Friedens Erreichte fortzusetzen. Sie sind der Meinung, daß das Internationale Jahr des Friedens eine gute Basis geschaffen hat, um die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen, regierungsunabhängigen Organisationen und UNO-Einrichtungen auszubauen.

Was in den Sternen steht oder die Saga von einem Mythos

Alexander PUMPJANSKI

Ist ein Journalist in Island, so muß er an eine Saga denken. Warum sollte ich nicht?..

In Europa gilt der Mönch Berthold Schwarz aus Freiburg im Breisgau als Erfinder des Pulvers (1296). Dabei begab es sich 29 Jahre früher, 1267, daß der Franziskaner Roger Bacon, um die Gerüchte über seine Beschäftigung mit schwarzer Magie zu widerlegen, dem Papst ein eigenes Werk über die Nichtigkeit der Magie ("De nullitate magia") sandte, worin er schrieb: "Ihr könnt Donner und Blitz auslösen, wenn ihr Schwefel, Salpeter und Kohlen nehmt, miteinander mischt und in ein zugepropftes Rohr steckt." Das war ja Pulver!

Mir geht es hier nicht um Roger Bacons Priorität. Sieben Jahrhunderte später interessieren einen nicht so sehr Tatsachen wie vielmehr Motivationen. Ein Professor in Oxford, Philosoph und Naturforscher in der Franziskanerkutte kämpfte gegen die Magie und verteidigte seinen guten Namen nach Methoden und in der Sprache seiner Zeit. Er machte das unter Heranziehung von Donner und Blitzen, Himmelschem und Irdischem, eines legitimen und eines zur Ketzerei erniedrigten Glaubens. Wie viel kommt da zusammen! Und doch fehlt das Wichtigste: die Erkenntnis, daß die Welt wieder einmal vor einer tragischen Wende stand; daß die Menschen dieses Experiment bald massiert betreiben, Schwefel, Salpeter und Kohlen sehr wohl vermischen und in zugepropfte Rohre stecken würden; daß von da an zumindest sieben Jahrhunderte der menschlichen Geschichte nach Pulver riechen würden.

Klios vielleicht wichtigstes Gebot: Menschen, denkt mehr über die Folgen eurer Entscheidungen nach! Im Wust leidenschaftlicher Versicherungen, flammender Erklärungen und der Befeuerungen, man habe nur das beste im Auge, müßt ihr Irrtümer, beabsichtigte Abschwefelungen und Köder unterscheiden, um zur wahren Entwicklungslogik der Ereignisse vorzustoßen.

Wir haben einen durchaus aktuellen Anlaß, über die Nichtigkeit, aber auch

die Gefährlichkeit der Magie nachzudenken.

Magische Idee!

Präsident Reagan versichert urbi et orbi, er habe eine sichere Methode gefunden, die Menschheit glücklich zu machen. Die magische Idee hört auf den wohlklingenden Namen "Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI). Seit März 1983 redet er den Amerikanern ein: Stellt euch doch vor, daß über euren Köpfen eine für Raketen undurchdringliche Glocke (bzw. ein ebensolcher Schirm oder Schild) schwebt; habt ihr dann nicht einen ruhigeren Schlaf?

Eine glänzende Idee, wer wollte denn Einwände gegen Sicherheit erheben?

Ein kosmischer Schild würde, so Reagan, die Nuklearraketen "kraftlos und überholt" machen. Wie verlockend!

Man stellt einem Wundertäter keine Fragen. Das Wunder ist eine Frage des Glaubens und nicht der Ratio. Wehe dem Zweifler, denn der Zweifel tötet den Glauben. Und doch: Jetzt, Ende des 2. Jahrtausends nach Christi Geburt, Billionen Dollar als Vorschub hinblättern und keine einzige Frage stellen dürfen? Gewisse bange Fragen steigen in einem doch auf.

Was soll der SDI-Schild eigentlich schützen: Städte und Dörfer, anders gesagt das ganze Territorium des Landes? Selbst Anhänger dieser Idee behaupten nicht, dies sei realisierbar. Kein noch so perfektes technisches System aus des Menschen Hand ist perfekt genug, das absolute Resultat zu garantieren. Bei den heutigen Raketen-vorräten ist es auch theoretisch unmöglich, 100 Prozent der das Ziel anfliegenden Raketen zu vernichten. Aber selbst wenn ein paar Prozent das Ziel treffen, bedeutet das die Katastrophe.

Reagan streitet das nicht ab. Er steht über konkreten Dingen, ist ja schließlich kein Wissenschaftler. Er hatte eben eine Erleuchtung und bot seinen Amerikanern eine Zukunftsvision an. Heute fürchten die Menschen nukleare Raketen, und mit

einem einzigen Federstrich befreit er sie von dieser Furcht. Mag es ein Wunder sein — lobet den Wundertäter!

Merken wir uns trotzdem: SDI-1, d. h. die absolute Raketenabwehr für das ganze Territorium, ist unmöglich. Konkreter denkende SDI-Anhänger, darunter Generalleutnant James Abrahamson, Direktor der SDIO (Organisation für die Realisierung des Projekts), sprechen mehr oder weniger artikuliert von einem begrenzten Ziel. SDI-2, wie das neuerdings genannt wird, ist ein Schild für die Raketen und nicht mehr ein Schirm für die Bevölkerung. Immerhin ein Unterschied.

Auf der Ebene der Idee wird SDI-1 durch SDI-2 widerlegt.

Die Idee eines Schirms für alle bietet die Möglichkeit zu behaupten, der Akzent in der Sicherheitsstrategie werde verschoben — von Offensiv- auf Defensivwaffen, von der Vergeltungsmöglichkeit nach dem Untergang auf die Überlebensmöglichkeit, vom Prinzip der "gegenseitig zugesicherten Vernichtung" auf die Garantie vor der Vernichtung. Rein menschlich eine unbedingt ansprechende Position.

Ein Schild für die Raketen aber ist lediglich die Stärkung des Angriffspotentials, die Sorge für dessen Überleben und die Stärke des Schläges. Von der moralischen Existenzberechtigung bleibt nichts übrig.

Präsident Reagan und sein treuer Waffenträger, Verteidigungsminister Weinberger, schwören hoch und heilig, es interessiere sie nicht, was ihre Generale interessieren. ICBM-Silos verteidigen? Aber nie! Nur Menschen, und zwar die ganze Bevölkerung. Mögen die Gesetze der Physik, Mechanik und Statistik dagegen sein, es geht ums Prinzip. Mag das Ganze ein Traum sein, aber Träume bringen die Menschheit voran.

Man versteht schon, warum eine im voraus unrealisierbare Idee so eifrig verteidigt wird. Menschen zu schützen ist hochsinnig. Solange Menschen und nicht Raketen abstimmen und Steuern zahlen, muß man selbst Antiraketen mit dem Aufkleber "human" verkaufen.

SDI-2 ist nichts anderes als ein neues Waffensystem.

SDI-1 ist ein Traum.

Handelt es sich um ein Waffensystem, haben Kritiker das Recht, alles genau wissen zu wollen: Was dieses System verspreche, wie effektiv es sein, wie es sich auf das Kräftegleichgewicht auswirken, welche Gegenmaßnahmen es provozieren, was es schließlich kosten werde? Das "Manhattan"-Projekt etwa (das atomare Projekt der 40er Jahre) kostete 15 Md. Dollar (in den Preisen von 1985), das "Shuttle"-Projekt kostete 10 Md.

Ein Traum steht außerhalb der Kritik, erst recht der Große-Traumdes-Präsidenten-von-der-Sicherheit-für-Alle. Es gibt keinen Preis, den man nicht für einen solchen Traum zu zahlen bereit wäre. SDI allein kommt mindestens 70 "Manhattan"- bzw. 100 "Shuttle"-Projekten

oder 250 Panamakanälen gleich. Ein solches Geld läßt sich nur für einen Traum aufbringen — Träume sind Goldes wert.

Es gibt nichts Profitableres als Angst und im Nuklearzeitalter keine größere Angst als vor einem Raketenhagel aus dem zürnenden Himmel. Der Große-Traum-von-der-Sicherheit gibt die Möglichkeit, künftige Generationen schon heute zu rufen.

Man muß es Präsident Reagan lassen: SDI ist die größte Mystifikation des 20. Jahrhunderts, der geschickteste Kundenfang in der Geschichte des Rüstungsgeschäftes und des Geschäftes schlechthin.

Der Bluff

Ich weiß, solche Anschuldigungen wollen bewiesen sein. Abwarten, was aus dem Wunder wird, und dann die Arme stolz hochzuwerfen: Haben wir's denn nicht gesagt?.. Nein, nicht so. Es geht ja nicht einmal darum, was aus SDI wird, sondern darum, ob die Menschheit diese geschickt eingewickelte Ware abnimmt, ob sie sich dadurch einwickeln läßt.

Anzeichen eines Bluffs sind schon jetzt nicht zu übersehen. Hat die US-Regierung ihre weitgehenden Pläne der "Modernisierung" und Entwicklung der eigenen Raketenkernwaffen denn aufgegeben? Nein. Dabei ist das zumindest unlogisch. Wenn der Präsident eine Zukunftsvision hatte, die die Raketen "überholt" mache — wozu dann heute so viel Pulver verschießen, um ihr Arsenal zu erneuern? Ein Hellseher, der darauf setzt, was unausweichlich kraftlos werden muß, ist wohl etwas kurzsichtig. Oder aber es ist keine Prophezie, sondern Scharlatanerie.

Manche mögen diese Worte zu hart finden: Präsident Reagan, dessen Zeit im Weißen Haus ja ablaufe, sei so offener gewesen und habe in Reykjavik der UdSSR angeboten, mit ihr in Zukunft SDI-Technologien zu teilen.

Ebenso wie sich selbst ein gewiefter Pokerspieler bisweilen durch zu viel Gleichmut oder gespielte Sorglosigkeit verrät, zeigt dieser sentimentale, phantastische, absurde Vorschlag, daß die gegenwärtige amerikanische Position zur SDI-Frage Bluff ist. Der Präsident kann beliebige verbale Wechsel ausstellen, wer wird sie aber decken, wenn sich an seinen Namen, von den Versprechungen ganz zu schweigen, höchstens amerikanische Geschichtsstudenten erinnern werden?

Erst glauben, dann prüfen! Eine originelle Methode des Ratengeschäfts: Erst her mit dem Geld, die Ware bitte in ein paar Jahrzehnten anfordern. Bloß bei wem? Und fliegt das Geschäft bis dahin auch bestimmt nicht auf?

In Reykjavik antwortete Michail Gorbatschow: "... ich nehme diese Ihre Idee nicht ernst... Sie wollen uns nicht einmal Erdölanlagen oder Molkereiausrüstungen liefern, und dabei rechnen Sie darauf, daß wir Ihrem Versprechen Glauben schenken, Sie würden uns über die

SDI-Entwicklungen informieren. Das wäre eine Art 'zweite amerikanische Revolution'... Wir wollen uns wie Realisten und Pragmatiker verhalten. Das ist sicherer."

Es ist peinlich, daran zu erinnern, aber unter den für den Export in die UdSSR verbotenen "strategischen Waren" — das war wohl die vorausgehende amerikanische "Strategische Verteidigungsinitiative" — befanden sich zu verschiedenen Zeiten Kaugummi, Friedhofsgitter, Knöpfe und Büroklammern. Weil sie so außerordentlich gefährlich sind. Und nun verspricht man mir nichts dir nichts, dem "Reich des Bösen" das Wesentlichste von den Forschungen der geheimsten Labors auf dem Servierbrett zu präsentieren.

Alles dürfte ohne zusätzliche Erläuterungen klar sein. Da schaltete sich aber Admiral Poindexter, damals noch Sicherheitsberater des Präsidenten, ein. Um jene zu beruhigen, die die Versprechungen des Präsidenten für bare Münze nahmen und bereits befürchteten, der Präsident sei drauf und dran, strengste Staatsgeheimnisse preiszugeben, schraubte er die großspurigen Deklarationen seines Chefs herunter. Nichts da mit Informationen "über die technischen Dokumentationen". Das höchste der Gefühle wäre "der Zutritt zu einem Kommando- und Führungssystem, das über Geber verfügt". Es ist, wie wenn der Chefpilot eines Jets seine Passagiere beeindrucken möchte: Er fordert einige von ihnen zu einem Besuch in seinem Cockpit auf, wo sie das geheimnisvolle Flimmer von Hunderten Lämpchen beobachten dürfen. Das erlegt ihnen aber keinerlei Verantwortung für den Kurs des Flugzeugs auf.

SDI ist auch deshalb Bluff, weil das System für ein As ausgegeben wird, vor dem die Russen angeblich Angst haben und das sie angeblich an den Verhandlungstisch gezwungen hat. Als technische Struktur kann das Raketenabwehrsystem mit raumgestützten Komponenten, also SDI, genauer: ein SDI-Produkt, kaum jemanden erschrecken. Das ist ein Monstrum, enorm groß, enorm kompliziert und sehr verwundbar. Zu kämpfen hätte es nicht nur gegen die Unvollkommenheit der eigenen Konstruktion, für die nur eine einzige Prüfung unter realen Bedingungen, nämlich ein Raketenanschlag, möglich ist, denn danach wäre es reichlich spät, die Effektivität zu messen. Aber die andere Seite würde ja nicht tatenlos zusehen oder voller Elan bestaunen, wie die raumgestützte Raketenabwehr so schön funktioniere. Sie besitzt kein geringeres technisches Genie und wird es sich angelegen sein lassen, dieses System außer Gefecht zu setzen. Übrigens ist es immer noch leichter und billiger, ein raffiniert angelegtes System zu zerstören, als es aufzubauen.

Die SDI-Anhänger werden gern pathetisch: Können man denn so skeptisch sein und die menschliche Vernunft, ihre Allmacht, ihre grenzenlose Fähigkeit zur Schaffung früher von Neuem, Undenkbarem nicht glauben? Nun, es gab schon Skeptiker, die selbst eine Landung auf dem Mond für unmöglich hielten. Als

Antwort bekamen sie zu hören: "Der Versuch, den Mond zu erreichen, wurde durch die Präsenz eines Gegners nicht erschwert. Schon ein Zug feindseliger Mondbesitzer könnte, auch wenn nur mit Äxten bewaffnet, das Ganze in einer Katastrophe gipfeln lassen." Die Replik kam von McGeorge Bundy, George Kennan, Robert McNamara und Gerard Smith, von Menschen also, die Erfahrung und eine gewisse Einbildungskraft haben.

Ein ABM-System mit raumgestützten Komponenten wird die "kosmische Maginot-Linie" genannt. Gemeint ist, daß sie genauso einfach zu umgehen wäre wie die "undurchdringliche" französische Verteidigung, die die Wehrmachttruppen 1940 in der Flanke angriffen. Der ausgezeichnete sowjetische Wissenschaftsjournalist Jaroslaw Golowanow fand ein anderes Bild: "Das ist wie ein Panzerzug aus der Zeit des Bürgerkriegs in Rußland. Riesengroß, eisern, von Kanonen strotzend, rast er dahin. Inzwischen kommt ein bärtiger Partisan aus dem Wald heraus, stochert mit einem Brecheisen an den Schienensträngen herum, und der Zug bleibt stehen. Von Meisterwerken der Laser-, optischen und sonstigen Technik gespickt, werden Raumstationen auf genau fixierten Bahnen kreisen, die man an einem Computer in wenigen Sekunden berechnen kann, aber diese ganze Herrlichkeit kann in einem einzigen Augenblick durch eine einfache, senkrecht steigende Rakete vernichtet werden."

SDI ist ferner deshalb Bluff, weil es als "Trumpf" bei Verhandlungen und der "beste Stimulus" für einen Abbau der strategischen Rüstungen hochgespielt wird. In Reykjavik bot sich die Gelegenheit, diesen Trumpf für die beste Übereinkunft in der Geschichte der Verhandlungen über die Rüstungskontrolle auszugeben. Der Präsident unterließ das, ja er tat das Gegenteil: Er bezahlte seine Idee mit der Möglichkeit eines Abkommens über einen 50prozentigen und noch höheren Abbau der strategischen Systeme.

Nach Reykjavik wurde klar: SDI ist kein Trumpf, kein Stimulus, kein Mittel, vielmehr das ZIEL! Worin besteht es?

Geheimnis einer Billion

Billionenbeträge rechtfertigen dieses Ziel zwar nicht, erklären aber, wer es sich gesetzt hat: der Militär-Industrie-Komplex der USA. Die 70 "Manhattan"- bzw. 100 "Shuttle"-Projekte bzw. 250 Panamakanäle sind ein weites Tätigkeitsfeld und der fetteste Braten in der Geschichte, um dessentwillen der MIK alle Hebel in Bewegung zu setzen, alle sozialen Prioritäten zu verzerren und ein für dieses Superabenteuer günstiges Weltklima herbeizuführen versuchen wird.

Den Löwenanteil der Aufträge für den SDI-Schild bekommen mit 100prozentiger Garantie jene Firmen, die das Raketenarsenal schmieden. Sie werden sich doch nicht ums Brot bringen! Die Hauptauftragnehmer des Pentagon reagieren auf ihre Weise auf die Übersätti-

gung des Marktes mit strategischen Rüstungen. Der Erdball ist schließlich nicht aus Gummi und leider, leider nicht ewig, er kann nicht eine unendlich wachsende Anzahl der Megatode tragen. Die MIK-Haie wittern einen neuen Markt, den Markt des 21. Jahrhunderts, der, wenn man so will, postnuklearen Epoche. SDI ist nicht ein beliebiges strategisches Verteidigungssystem von zweifelhafter Effektivität. Das ist der Einsatz der Waffenschmiede des 21. Jahrhunderts, die Quintessenz des Militarismus der Zukunft.

Die Profitgier ist enorm, jedoch noch nicht alles. Die Waffen der Zukunft haben die Präntationen der Vergangenheit wiedererweckt. Das amerikanische Imperium hat das alte, nukleare Wettrüsten verloren, in dem Sinne, daß es dieses Wettrüsten nicht gewonnen und nicht die herbeigesehnte militärische Überlegenheit erlangt hat, die 1945 nach Hiroshima so nah schien. Statt der Überlegenheit winkt die "zugesicherte gegenseitige Vernichtung", und selbst der ehemaligen Sicherheit muß ade gesagt werden. Die Parität ist eine Patissituation. SDI dagegen ruft die Hoffnung wach auf einen Ausweg aus der strategischen Sackgasse, auf einen neuen Start des alten Wettrüstens, das Amerika mit seinem technischen Genie unbedingt gewinnen wird! Warum muß es das postnukleare Stadium gewinnen, wenn es das nukleare verloren hat? Auf eine vernünftige Antwort würde man vergeblich warten. Der technologische Chauvinismus berauscht die hitzigsten Köpfe.

Übrigens nicht nur der technologische. Im Weißen Haus scheint man allen Ernstes zu glauben, die UdSSR werde das Wettrüsten wegen ihres "ineffektiven", "schwerfälligen", "zurückgebliebenen" Wirtschaftsmodells nicht aushalten und, total erschöpft, um Gnade bitten — da haben sich die Herrschaften aber um Epochen verrechnet, bedenkt man, wie das Sowjetsystem seine Kräfte auf die jeweils lebenswichtige Richtung zu konzentrieren vermag. Das aber ändert nichts am Charakter des Einsatzes. Und all das ist SDI!

Das Gesicht von SDI ist, wenn Mythos und Bluff davon abblättern, das Gesicht der Gefahr. Eines dritten Weltkrieges? Soweit reichen die Projektionen nicht. Hoffentlich nicht. Aber schon das Wettrüsten an sich, mit seinen heutigen und erst recht künftigen Dimensionen und Einsätzen, ist gleichsam eine legitime, gesellschaftsfähige Form des dritten Weltkrieges. SDI ist die "Wunderwaffe" eines Krieges ohne Schüsse, durch den der Gegner in die Knie gezwungen werden soll.

Die Todesnummer

Indessen wird dem Publikum ein Schulbeispiel von Werbetrick vorgeführt und ein künftiger Alpdruck, sauber als allgemeinemenschliche Hoffnung verpackt, an den Mann gebracht. Kauft SDI! Garantierte Erfüllung aller Wünsche!

Die Amerikaner werden die Sicherheit

erhalten. Die Pazifisten und Friedensanhänger die Befreiung vom todbringenden Atom und die langersehnte Abrüstung. Die Japaner und Westeuropäer die Technologie von morgen. Natürlich nur dann, wenn sie sich heute zu benehmen wissen und nicht allzu sehr brummig sind. Schließlich ist SDI die Hauptstraße des menschlichen Fortschritts!

Von allen phantastischen Argumenten zugunsten von "Sternenkriegen" ist dieses wohl besonders raffiniert.

Die schrecklichsten Dinge werden im 20. Jahrhundert im Namen des Fortschritts begangen. Ach, wie effektiv, wie höllisch effektiv doch dieser Fortschritt ist!

Hiroshima eignete sich die tausendfache Überlegenheit einer Atombombe gegenüber dem herkömmlichen TNT in einem Augenblick an. Wenn die Londoner die Fortschrittlichkeit der faschistischen V-1 und V-2 nicht restlos bewunderten, so ausschließlich wegen des konservativen britischen Geistes. Raketen mit Mehrfachsprengköpfen sind Errungenschaft eines viel weiter fortgeschrittenen Denkens als Raketen mit bloß einem Gefechtskopf. Übrigens können Raketen mit nur einem Sprengkopf ein noch letzterer Schrei der Technik sein — siehe "Midgetman". Wahrlich, der Fortschritt ist unaufhaltsam, und den Menschen bleibt nur, seinem gedankenlosen Vormarsch Beifall zu klatschen, solange sie noch Kraft haben.

Nur hoffnungslose Rückschrittler können sich der "Sternenkriegs"-Technologie in den Weg stellen. Ihr westlichen Demokratien und Technokratien, beeilt euch, euch einen Platz im Schnellzug des Fortschritts zu reservieren! Solange es nicht zu spät ist!.. Es geht nicht darum, daß es ein Rüstungswettlauf ist, es geht um den Wettlauf in die Zukunft! Kurz, per aspera ad astra, usw. usw.

Und so nicken die weisen westlichen Staatsmänner tiefsinnig mit dem Kopf. Ja, man darf dem Fortschritt nicht hinterhinken, es hilft nichts, man muß am "Forschungsstadium" von SDI wohl oder übel teilnehmen.

Worauf konkret rechnen sie? Bestenfalls darauf, daß bei der wissenschaftlich-industriellen Realisierung der "Strategischen Verteidigungsinitiative" gewisse Nebenprodukte — wirtschaftswirksame Novitäten der Technik und Technologie — abfallen werden. Ja, der MIK bringt jede produktive Idee unverzüglich in Serie. Nur daß vom Fließband immer Waffen kommen müssen. Der amerikanische Röntgenlaser-Erfinder, der von der medizinischen Bestimmung seiner Entdeckung geträumt hatte, jedoch nach Livermore geriet, wo man sich für Kriege Sterne vom Himmel holt, und von dort in Panik flüchtete, ist nur einer von denen, die das Leben zu einem Versuchsgegenstand ohne Varianten gemacht hat.

Wie dem auch sei — sind denn Abfälle vom feudalen MIK-Tisch tatsächlich ein ausreichender Preis für die Botsmäßigkeit, das Manna für die Junioren in der westlichen Allianz und Washingtons Partner?

Wir wollen von Moral mal absehen. Wie soll man aber vom Preis absehen! Von den Billionen US-Dollar, andere Währungen nicht mitgerechnet. Militarisierter Weltraum. Zusammenbruch der Verhandlungen. Uferloser Rüstungswettlauf ... Ja, das Wort eines Genflemans kostet viel, wenn die Reagan-Administration hofft, nur auf dieses Wort bauend, ohne andere Garantie oder Deckung, so viel zu ergattern.

Die Billionen werden in die Safes des MIK wandern. Alles Übrige, einschließlich der möglichen radioaktiven Fall Outs, wird bei der endgültigen Verrechnung der Menschheit zufallen.

Nur eine kranke Gesellschaft kann eine solche Vergeudung auf Jahrzehnte hinaus planen und das eine Wohltat nennen. Nur eine sehr kranke Gesellschaft kann das Schicksal der Erde um der Profite willen, und seien sie noch so schwindelerregend, aufs Spiel setzen. SDI ist eine kosmische Metastase des US-Militarismus.

Geschäftsreisende produzieren keine Waren, sie werben lediglich dafür. Nicht Ronald Reagan erfand dieses kosmische Pulver. Der Präsident gab seinen Namen gern als Werbungsetikett für die Idee der "Sternenkriege". Doch die graue Eminenz und der uneingeschränkte Herr ist der Militär-Industrie-Komplex.

Erstaunlich, mit welchem Gehabe das amerikanische Rüstungsgeschäft seine Gelüste und Ansprüche für gesammenschliche Erfordernisse ausgibt. Muß man, um das Rad zu erfinden, zuerst unbedingt einen Streitwagen bauen? Hätte die Menschheit ohne die abermaligen militaristischen Abenteuer wirklich keine Ziele, auf die sie ihren Intellekt und ihr Geld anwenden könnte? Doch, natürlich. Die Vervollkommenung der Kriegführungsmittel kann unter bestimmten Bedingungen erzwungene Notwendigkeit, schwere Last, Angstgeld sein, doch wäre eine helle Begeisterung über die äußerste Fortschrittlichkeit solcher Mittel für das Menschengeschlecht zumindest fehl am Platze. Mit diesem tödlich gefährlichen Fortschritt hat man ohnehin übers Ziel geschossen. Es ist Zeit, endlich zu vereinbaren, wie man haltmacht, und nach einer Atempause den Rückweg anzutreten, ehe es zu spät ist.

Der Weltraum ist ein weites Feld für die Zusammenarbeit der Erdbewohner (und für die Lösung vieler technischer und technologischer Probleme). Aber muß der Weg in den Weltraum unbedingt über "Sternenkriege" führen? Der Fortschritt hat wohl auch geradere, friedlichere Wege.

Eine andere Haltung wäre Wahnsinn, selbst wenn er sich wissenschaftlich gibt. Und keine Angst um die Wissenschaftler! Ohne SDI werden sie bestimmt nicht Hungers sterben. Ende des 20. Jahrhunderts müssen der vernunftbegabte Mensch, die vernunftbegabte Gesellschaft sich die Binsenwahrheit vergegenwärtigen: Fortschritt ist nur dann einer, wenn er ein normales, lies: humanes Ziel verfolgt.

Die Siege und Niederlagen des György Weisz

Von unserem Sonderkorrespondenten Lew BESYMENSKI

Dr. Lajos Molnar, Mitglied des Exekutivkomitees des Deputiertenrats von Vac, machte eine bedauernde Handbewegung: "Ja. Diesmal haben wir eine Niederlage erlitten. Unser Projekt erhielt nicht die notwendige Mehrheit..."

"Schon wieder die TEHO", fügte die ihm zur Seite sitzende niedliche junge Frau hinzu. Sie stellte sich vor:

"Böröcz Peterne, Mitglied des Exekutivkomitees..."

Ich habe mich daran gewöhnt, daß sich die Ungarn zuerst mit dem Familiennamen und dann mit dem Vornamen vorstellen. Und doch verwunderte mich der merkwürdige "männliche" Vorname meiner Gesprächspartnerin. Lächelnd erklärt sie:

"Bis vor kurzem nahm die Frau in Ungarn nicht nur den Familiennamen, sondern auch den Vornamen ihres Ehemannes an. Mein Geburtsname lautet Gill Maria. Mein Mann heißt Böröcz Peter. Also heiße ich Böröcz Peterne. Jetzt gibt ein neues Gesetz der Ehefrau das Recht, ihren Vor- und Geburtsnamen weiter zu führen. Ich nenne mich noch aus Gewohnheit nach der alten Methode. Sie wollen wahrscheinlich gerne wissen, was TEHO bedeutet?"

TEHO ist die Abkürzung für ein Programm, das über Ergänzungsabgaben zur Entwicklung der Wohngebiete beitragen soll und stellt ein Novum im Leben der ungarischen Städte dar. Es entstand in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, als der Staat nicht über ausreichende Mittel verfügte, die Bedürfnisse seiner Bürger, zumal was Wohnraum angeht, zu befriedigen. Deshalb wollte man ein Zusatzprogramm schaffen, das die Bewohner selbst finanzieren.

"Das soll keine staatliche Steuer sein", erläutert Dr. Molnar, "sondern eine freiwillige Eigenbesteuerung. Der Stadtrat hat ein detailliertes Bauprogramm ausgearbeitet, zu dessen Finanzierung jede Familie, die schon eine Wohnung hat, jährlich 800 Forint beitragen soll. Der Programmtext wurde vervielfältigt und gleich mit Stimmzetteln an die Wähler verteilt. Ende 1985 wurde

abgestimmt und... das Programm war den Bach runter."

"Warum?"

"Um TEHO durchzusetzen, hätten wir mindestens die Hälfte aller abgegebenen Stimmen gebraucht. Obwohl wir unter den Einwohnern von Vac Überzeugungsarbeit geleistet hatten, fehlten uns 300 Stimmen. Offenbar haben wir sie nicht gut genug überzeugt."

"Unser Fehler", stimmte Böröcz ihrem Kollegen zu, "aber wir lassen uns im Stadtrat nicht kleinkriegen. Wir müssen einfach besser arbeiten."

Einiges über Vac

Bevor er sich mit seinen Kollegen abgesprochen hatte, begann Ratsvorsitzender György Weisz über seine Arbeit zu sprechen:

"Wir sind trotzdem nicht zufrieden..."

Zunächst natürlich etwas über Vac selbst. Die Stadt liegt am sanft abfallenden Ufer der Donau unweit von Budapest und gehört noch zum Bezirk Pest. Vac blickt auf eine alte Geschichte zurück: auf einer alten slawischen Siedlung erbaut, wo schon im 11. Jh. König Istvan I. das Episkopat Vac gründete, blieb die Stadt lange Zeit hindurch Zentrum des religiösen Lebens. Auch die Stürme des irdischen Lebens blieben ihr nicht erspart: Türkenkriege, bürgerlich-demokratische Revolution 1848(2 große Schlachten), Verkündung der Ungarischen Räterepublik 1919 (am 26. März 1919 besuchte Bela Kun die Stadt), Kampf der Arbeiterklasse unter dem Horthy-Regime. Am 8. Dezember 1944 wurde die Stadt von der Roten Armee befreit. Daran erinnert ein Obelisk an zentraler Stelle.

Die Stadt ist zwar nicht groß, beherbergt aber einige wichtige Industriebetriebe, u. a. das einzige fotochemische Werk in Ungarn. Die Textilfabrik hat 3000 Beschäftigte.

Vac legte einen für das neue Ungarn bezeichnenden Weg der industriellen und sozialen Entwicklung zurück. 1943 lebten hier 22 000 Einwohner, heute 36 000. Die Zahl der in der

Industrie Beschäftigten wuchs noch schneller, von 4000 auf 20 000. Man ist stolz auf ein neues Krankenhaus mit 1000 Betten (das alte hatte 90) und ein modernes medizinisches Zentrum. In der Stadt gibt es 7 Oberschulen, ein großes Kulturzentrum und den Chor "Vox humana".

Die Sorgen des Stadtrats drehen sich zunächst einmal um Wohnungsbau und Renovierung der Wohnungen im alten Stadtkern und um die Entwicklung der Kommunalwirtschaft und des Dienstleistungssektors.

G. Weisz dazu: "Alle diese Probleme müssen wir jetzt unter neuen Bedingungen lösen, Bedingungen höherer Verantwortung vor den Wählern. In 10jähriger Stadtratsarbeit bin ich um einige Erfahrungen reicher. Aber jetzt, nachdem das neue Wahlgesetz in Kraft ist..."

Neues System

Ich bat meinen Gesprächspartner, mich eingehender mit dem Neuen vertraut zu machen, das die Stadt und ihre Bürger in letzter Zeit betrifft, besonders nach dem XIII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. In den Parteitagebeschlüssen hieß es: "Die Entfaltung und Vertiefung der sozialistischen Demokratie ist ein Teil des historischen Programms unserer Partei." Auf dem Parteitag wurden Entwicklungswege der sozialistischen Demokratie diskutiert und Methoden vorgeschlagen, wie sich die Volksmacht effektiver verwirklichen ließe.

"Das Wesentliche am neuen Gesetz", sagt Weisz, "ist, daß der Wähler jetzt auf seinem Wahlschein für die Wahlen in den Stadtrat nicht unter 2 Kandidaten für einen Abgeordnetenplatz findet. 1985 führten wir die Stadtratswahlen nach diesem Gesetz durch.

Grundlage des Wahlgesetzes ist nach wie vor die sozialistische Struktur Ungarns und die vor 30 Jahren gegründete Patriotische Volksfront (PVU). Die PVU formuliert nach wie vor das Wahlprogramm. Anders als früher jedoch schlägt sie dem Wähler nicht mehr einen, sondern mindestens zwei Kandidaten vor."

"Wie sieht das in der Praxis aus?"

"Im Stadtrat sitzen 57 Abgeordnete und in 57 Wahlbezirke ist die Stadt eingeteilt. Die Stadtorganisation der PVU schlug 120 Bürger vor, die sie der Kandidatur für würdig befand."

"Und sie erschienen auf den Wahlscheinen?"

"Nicht sofort. Das neue Gesetz sieht vor, daß die PVU in jedem Wahlbezirk einige Wahlversammlungen einberuft. Dafür werden rechtzeitig Ankündigungsskizzen geklebt. Außerdem wird an jeden Wähler per Post eine Benachrichtigung verschickt, aus der hervorgeht,

wen die Volksfront im einzelnen aufgestellt hat."

"Und die Versammlung..."

"Die Versammlung fängt mit dem Rechenschaftsbericht des vorigen Abgeordneten an. Dann macht der Versammlungsleiter die von der PVU aufgestellten Kandidaten bekannt und die Diskussion beginnt."

"Nur über die von der PVU vorge schlagenen Kandidaten?"

"Nein, nicht nur. Die Versammelten können eigene Kandidaten aufstellen, individuell oder im Namen ihrer Arbeitskollektive. Nach der Diskussion findet die offene Abstimmung statt. Wer auf allen Wahlversammlungen eines gegebenen Kreises nicht weniger als ein Drittel der Stimmen erhält, wird auf die Wählerliste gesetzt."

"Was hat sich auf den Versammlungen abgespielt?"

"Auf den Wahlversammlungen in Vac haben die Wähler im wesentlichen die PVU-Liste unterstützt. Aber eben nur im wesentlichen. Es gab 9 neue Kandidaten."

"Sind sie bei den Wahlen durchgekommen?"

"Acht sind durchgekommen. Es scheint, als hätten wir unsere eigenen Reserven unterschätzt. Im großen und ganzen sehe ich aber keinen Grund zur Panik, weil die Wähler sich nicht für alle PVU-Vorschläge entschieden haben."

"Wie sind diese Versammlungen abgelaufen?"

"Sie erinnern sich, wie ich anfangs sagte, daß ich nicht zufrieden sei. Genaugenommen idealisieren wir den Zustand nicht. Das neue Wahlsystem wurde zwar vom Volk gebilligt, wird aber noch unzureichend genutzt. Der wunde Punkt ist die geringe Beteiligung an den Wahlversammlungen. In den letzten Jahren wurden die Menschen des Wählens entwöhnt, und jetzt, da sie die Möglichkeit haben, nutzen sie diese nicht sogleich..."

"Wie viele Stimmen haben Sie selbst erhalten?"

"63 Prozent. Dazu folgende Anmerkung: Nach dem neuen System wird ein Kandidat, der zwar nicht durchkommt, aber auch nicht unter 25 Prozent der Stimmen erhält, Nachrücker. Wenn ein Abgeordneter ausgewechselt werden muß, entfallen Neuwahlen."

Allgemein läßt sich sagen", schloß György Weisz, daß ein Stadtrat gewählt wurde, dessen Abgeordnete ihre Verantwortung vor den Wählern weitaus deutlicher spüren!"

Das bestätigten auch meine Gesprächspartner Dr. Molnar und Frau Böröcz. Beiden sprachen die Wähler zum zweiten Mal ihr Vertrauen aus.

"Auf der Liste für meinen Wahlkreis standen 3 Kandidaten", sagt Dr. Molnar, "ich wurde von der Patriotischen Volksfront aufgestellt. Jetzt, wo ich gewählt bin, stehe ich für jedes Versprechen auf der Wahlversammlung

gerade. Eins habe ich schon gehalten: Die Schule in dem Neubauviertel, das ich im Stadtrat vertrete, erhält bis September 1987 zusätzliche Räume..."

Frau Böröcz: "Vertrauen ist eine wichtige Sache. Ich habe jetzt begriffen, daß Abgeordnetenarbeit mehr ist, als ein voller Terminkalender."

Die Meinung Janos Peters

Wenige Tage nach meinem Besuch in Vac spreche ich mit dem Mann, der mit Recht zu den Altvorden des Staates Ungarn zählt, Janos Peter, Mitglied des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, stellvertretender Staatsratsvorsitzender und einer der dienstältesten Parlamentarier (Abgeordneter seit 1953). Wir unterhielten uns über die Entwicklung sozialistischer Demokratie, denn auch die jetzige Zusammensetzung der Landesversammlung wurde nach



György Weisz im Stadtrat von Vac

dem neuen System gewählt. Einen Unterschied allerdings gibt es: Bei den Parlamentswahlen stellt die PVU neben Kandidatenlisten für die Kreise eine sogenannte "Allungarische Wählerliste" auf. Auf ihrer Grundlage werden etwa 10 Prozent aller Abgeordneten, also 30 bis 35 Personen, gewählt und sie umfaßt führende gesellschaftliche und staatliche Funktionäre. Sie werden in allen Kreisen, d. h. vom ganzen Land, gewählt.

"Wir widmen der Entwicklung unserer Demokratie, der Effektivität der Volksmacht große Aufmerksamkeit", sagt Janos Peter, "das sind keine einfachen Fragen, wenn man unsere konkreten Bedingungen berücksichtigt."

"Genosse Kadar sagte vor kurzem in einem Interview, daß Ungarn keine nennenswerten demokratischen Traditionen habe..."

"Urteilen Sie selbst: Ungarn gehörte bis 1918 zum Königreich Österreich-Ungarn. Danach die Diktatur Horthys. Das neue, sozialistische Kapitel des Landes mußte unter schwierigsten Bedingungen geschrieben werden. Deshalb sollten wir uns sehr aufmerksam und, ich möchte sagen, schöpferisch mit der Entwicklung der Volksmacht auseinandersetzen."

"Wie werden die Ergebnisse der Wahlen nach dem neuen Wahlsystem eingeschätzt?"

"Die Wahlen fanden unter großer Wahlbeteiligung statt und boten einiges Material für Überlegungen. Ich sage nicht, daß alles so lief, wie wir uns das gedacht hatten. Ein Ergebnis ist jedoch unbestreitbar: Die Arbeit des Parlaments hat sich verbessert und wurde aktiviert. Wir sind einen Schritt weiter gegangen und haben den sozialistischen Parlamentarismus gefestigt. Ich halte die Entstehung eines Abgeordneten neuen Typs für eine große Errungenschaft des Sozialismus. Das ist kein Berufsparlamentarier, wie ihn die bürgerliche Demokratie hervorgebracht hat, sondern ein echter Gesandter seines Volkes, eng mit ihm verbunden."

Ich hatte vor kurzem eine Diskussion mit Schweizer Parlamentariern. Sie warfen uns vor, daß unsere Abgeordneten keine Politiker seien. Der Vorwurf ist teilweise berechtigt. Natürlich treiben unsere Abgeordneten nicht dauernd hohe Politik im westlichen Sinne. Statt dessen machen sie die tägliche und wirklich hohe Politik, die nur jemand zu spüren vermag, der auch im Schoß des Volkes lebt."

Unsere Abgeordneten in der Landesversammlung und in den Bezirksräten sind Politiker des Volkes und für das Volk. Das neue Wahlsystem schützt gute Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser wichtigen Funktion. Einige Wahlergebnisse haben uns allerdings auch überrascht..."

"Welche?"

"Merkwürdig, aber das Parlament wurde älter. Früher betrug das Durchschnittsalter der Abgeordneten 30, jetzt 35 Jahre. Von zwei Kandidaten wurde normalerweise der ältere gewählt. Es wurden weniger Frauen gewählt: statt wie bisher 100 nur noch 78. Das Parlament hat sich überhaupt stark erneuert, etwa zu zwei Dritteln. Bis zu den Wahlen 1990 haben wir genug Zeit zu denken und zu arbeiten. Aber ich möchte nichts vorwegnehmen..."

Ich erzählte meinem Gesprächspartner von meinen Eindrücken aus Vac. Genosse Peter meint:

"Ich weiß, daß die Arbeit der lokalen Räte viel Neues und Lobenswertes beinhaltet. Sie haben mehr Rechte und können mehr machen als früher. Hier liegt noch ein weites Feld für die Realisierung der Volksmacht. Die sozialistische Demokratie hält noch große Möglichkeiten und Reserven bereit. Wir bemühen uns, sie maximal zu nutzen..."

Wer behindert die Seismologen?

Eine Gruppe sowjetischer Seismologen, die zusammen mit Kollegen vom amerikanischen Rat zum Schutz der natürlichen Ressourcen im Rahmen des jetzt laufenden gemeinsamen Experiments an der Auswahl der Standplätze für die Überwachungsmeßgeräte im Raum des Nuklearversuchsgeländes im US-Bundesstaat Nevada hatten teilnehmen sollen, ist aus den USA zurückgekehrt. Auf Fragen der NZ antwortete Igor Nersessow, Leiter der Gruppe, korrespondierendes Mitglied der AdW der Armenischen SSR und Chef der Abteilung für Seismologie des Instituts für die Physik der Erde der AdW der UdSSR.

NZ. Konnten Sie sich im Raum des Nuklearversuchsgeländes aufhalten?

Nersessow. Nein, die US-Behörden erteilten uns keine Visa, die den Besuch der Umgebung des Versuchsgeländes erlaubten. Deshalb hatten unsere amerikanischen Kollegen zuvor acht Punkte angeboten, von denen wir uns nach Gesteinsarten, Dias und anderem wissenschaftlichen Material drei auswählten: Nelson 1, Troy Canyon (beide im Bundesstaat Nevada) und Deep Springs (Bundesstaat Kalifornien).

Ebenso wie bei Semipalatinsk ist zunächst vorgesehen,

Geräte auf dem Boden und dann empfindlichere Apparaturen unterirdisch aufzustellen. Alle Informationen sollen per Telefon an die Universitäten in San Diego (Kalifornien) und in Reno (Nevada) zur Aufschlüsselung und Verarbeitung übertragen werden.

NZ. Und die Kontrollpunkte?

Nersessow. Die Überwachung werden unsere amerikanischen Kollegen übernehmen müssen, da den sowjetischen Wissenschaftlern die Einreise in diese Regionen untersagt wurde. Und das, obwohl die Sowjetregierung bekanntlich US-Bürgern er-

laubte, die Überwachungsmeßgeräte im Raum unseres Versuchsgeländes bei Semipalatinsk zu überwachen.

Das ist nicht die einzige Schwierigkeit unter den von der US-Administration geschaffenen Problemen. Die Kollegen vom Rat zum Schutz der natürlichen Ressourcen hatten uns gewarnt: Da sich die ausgewählten Kontrollpunkte auf Gelände befinden, das dem Staat gehört, kann die US-Regierung die Durchführung des Experiments dort verbieten. Deshalb versuchen unsere Kollegen gegenwärtig, unweit davon Privatgrundstücke zu finden, deren Besitzer der Aufstellung der Überwachungsmeßgeräte zustimmen würden.

NZ. Welche Fragen wurden noch bei Ihrem Besuch erörtert?

Nersessow. Zusammen mit den Professoren der Universität in San Diego, James Brune und Jonathan Berger, erörterten wir die Vorbereitung auf die zweite Phase des Experiments in Kasachstan, machten uns mit den Prototypen der Rechenanlagen und den

Meßgeräten bekannt, die unsere Kollegen dort aufstellen wollen. Wir beteiligten uns ferner an wissenschaftlichen Diskussionen über die Möglichkeit einer Kontrolle über einen Nuklearteststopp, trafen mit Pressevertretern zusammen.

NZ. Ihre Reise fand bald nach Beendigung des Treffens in Reykjavik statt. Wie werden seine Ergebnisse von den amerikanischen Wissenschaftlern, mit denen Sie zusammentrafen, eingeschätzt?

Nersessow. Unsere Kollegen sind sich praktisch darin einig: Reagan beging in Reykjavik einen Fehler, als er reale Abrüstungsschritte für die Fortsetzung der Entwicklungen des "Sternenkriegs"-Programms opferte. Unterdes erkennen alle, daß ein Fortschritt erzielt wurde. Die sowjetische Seite formulierte klare und konkrete Vorschläge. All das schafft die Grundlage für weitere Arbeit im Bereich der Abrüstung.

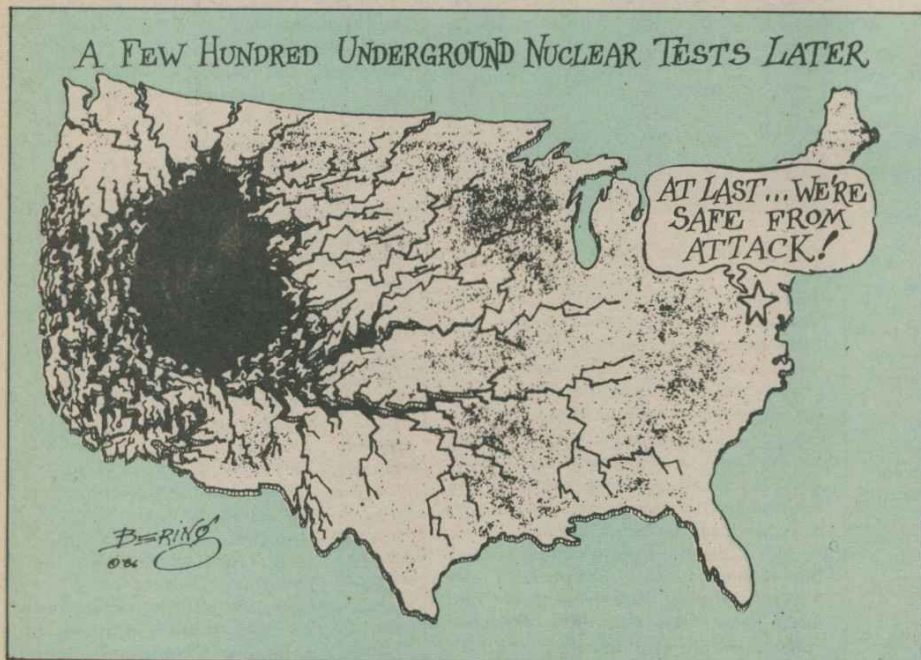
NZ. Viele US-Kongreßabgeordnete schlagen vor, die Stärke von unterirdischen Tests auf 1 Kilotonne zu beschränken. Ist das Ihrer Meinung nach die Grenze, unter der Nukleartests zu militärischen Zwecken nicht durchgeführt werden?

Nersessow. Genauer wäre es zu sagen, daß die militärische Bedeutung solcher Explosionen spürbar geringer wäre. Doch wichtig ist etwas anderes. Selbst derartige Erklärungen — und die werden in den USA mit zunehmender Häufigkeit abgegeben — sind ein Symptom dafür, daß immer mehr Amerikaner zu begreifen beginnen: Die bestehende Lage kann nicht endlos bestehenbleiben. Mit den Tests muß unbedingt aufgehört werden. Und eines der Argumente dafür sind das einseitige sowjetische Moratorium und die erfolgreiche Kontrolle seiner Einhaltung, gewährleistet durch das gemeinsame Experiment sowjetischer und amerikanischer Seismologen.

Abschließend sei bemerkt, daß die US-Behörden wiederholt sowjetische Wissenschaftler zur "Teilnahme" an Kernwaffentests in Nevada einluden. Auch wir erhielten eine solche Einladung.

Darauf antworten wir: Ziel unseres Experiments ist es, die Möglichkeit einer Kontrolle nicht über die Durchführung, sondern über die Einstellung von Kernwaffentests zu beweisen. Doch Komplizen jener, die neue Waffensysteme für das Pentagon entwickeln, wollen wir keinesfalls werden.

Das Gespräch führte
J. ANDRIANOW



"Noch einige hundert unterirdische Tests... Endlich sind wir vor einem Nuklearangriff sicher!"
Zeichnung aus: "Daily World" (USA)

Order hnen

Jahrhundert befähigte
ninalinspektor Alfred
D) mit der Unter-
Verbrechen, die die
im zweiten
gangen hatten. Und
er unlängst im
Magazin "Der Spie-

22. Polizeibataillon
g Juli 1941 nach
verlegt. Seine Auf-
darin, im Hinterland
n Truppen "Befrie-
hern". Der Befehl
zu tun, um vor allem
Elemente, angefan-
nunisten und Juden,
n. Über 130 Aus-
zierten die Unifor-
ersknechte, darunter
kommandeure Major
ines Adjutanten

Oberleutnant Uhl, des Kompa-
niechefs Riebel und des Zugfüh-
rers Hüselmann. Ihre "Heldenfa-
ten" waren die Ermordung von
11 000 friedlichen Einwohnern.

Nach dem Krieg ging Nagel —
im Rang eines Obersten — in
Pension. Uhl wurde Polizeirat,
leitete die Personalabteilung. Rie-
bel kroch als Steuerinspektor
unter, und Hüselmann diente wei-
ter bei der Polizei. Erst 1958 beim
Prozeß gegen SS-General Erich
von dem Bach-Salewski wurden
Verdächtigungen laut, daß sich
ehemalige Angehörige des 322.
Bataillons an Massenezekutionen
der Zivilbevölkerung beteiligt
hatten. Es begann eine Unter-
suchung. Daraufhin stellte die
Staatsanwaltschaft Stuttgart einen
Haftbefehl gegen Nagel und Uhl
aus.

Doch die gerechte Strafe sollte
beide nicht ereilen. Bei Polizei
und Staatsanwaltschaft fanden sie
einflußreiche Beschützer. Als Na-
gels Anwalt im Mai 1962 ein
Attest über den schlechten Ge-
sundheitszustand seines Klienten

präsentierte, wurde das Verfahren
ganz eingestellt. Der arme Nagel
lebte danach noch 15 Jahre bei
guter Gesundheit und starb mit
86 Jahren.



Die Staatsanwaltschaft Freiburg
führte die Ermittlungen gegen
Uhl, Riebel und Hüselmann fort.
Die Anklageschrift lag im Februar
1963 vor. Doch erneut folgten
diverse Verzögerungen, und nach
7 Prozeßwochen wurden die Mör-
der freigesprochen: Ihnen wurde
"Befehlsnotstand" zuerkannt.

Der letzte Versuch, die Schuld-
igen zu bestrafen, wurde 1966 un-
ternommen — nachdem man das
Kriegstagebuch des Bataillons
entdeckt hatte. Darin waren die
Massenezekutionen in Rußland in
allen Einzelheiten systematisch
festgehalten. Jegliche Zweifel an
den Unfaten des Bataillons auf
sowjetischem Boden waren ausge-
räumt. Doch auch das sollte
unzureichend sein! Erneut folgten
Überprüfungen und nochmalige
Überprüfungen des Tatbestandes,
diverse juristische Formalitäten.
Letztendlich beschloß das
Landgericht Darmstadt, den Pro-
zeß endgültig einzustellen.

A. KOWRIGIN

Das Bataillon bei der Arbeit
Aus: "Der Spiegel" (BRD)

eiligter chter?

Moskauer
bräch sow-
japanischer
den die Er-
Meier
Zeitung
öffentlich.
Einstellung
UdSSR. Am
war, daß
panern für
ungen zu
ausge-
Zugleich
ürger be-
gten, daß
chen Volk
d gegen-

trauensbildenden Maßnah-
men auf den Fernen Osten
auszudehnen sowie zu ga-
rantieren, daß die UdSSR
gegen Japan keine
Kernwaffen einsetzen wird,
vorausgesetzt, daß dieses
die "drei nichtnuklearen
Prinzipien" strikt einhalten
und ein Regierungsabkom-
men über Handel und
Wirtschaftsbeziehungen mit
der UdSSR schließen wird.

Noch weniger Ursache
liegt zu der Annahme vor,
daß die UdSSR ihre Partner
nur nach ihrer Militärmacht
bewertet. Obigen hält
man Japan in Moskau nicht
für militärisch ohnmächtig.
Im Gegenteil, man be-
obachtet aufmerksam die
Verstärkung der
"Selbstverteidigungskräfte",
und man zieht ent-
sprechende Schlüsse dar-
aus. Mit Rücksicht darauf,
daß in dem Weißbuch des
Nationalen Sicherheitsamts
als einziger "potentieller
Gegner" die UdSSR ge-
nannt ist, nimmt die Frage,
wer sich zu wem wie

verhält, heutzutage beson-
dere Tragweite an. In den
japanisch-sowjetischen Be-
ziehungen tritt eine Zeit
konkreter und praktischer
Schritte ein. Moskau ist zu
einem sachlichen politi-
schen Dialog bereit. Die
sowjetische Öffentlichkeit
pflichtet einem solchen
Dialog bei und hat gegen
Japan keinerlei Vorurteile.
Selbst ungünstige
Abschnitte in unseren Be-
ziehungen werden bei uns
nie zu einer antijapani-
schen Stimmungsmache
benutzt.

Der japanisch-sowje-
tische Dialog, ein unab-
dingbarer Bestandteil der
allgemeinen internationa-
len Beziehungen, ist zum
großen Teil auch dadurch
in Stocken geraten, daß in
Tokio viele nach wie vor
sagen, die globalen
Probleme und die nukleare
Abrüstung seien Sache der
UdSSR und der USA.
Selbst Reykjavik, ein The-
ma, das bei dem Treffen
eingehend besprochen
wurde, interessierte unsere
japanischen Ge-
sprächspartner nur ganz
abstrakt.

T. Aoka von der "Asahi"
bestätigte das: "Japan er-
hebt keinen Anspruch dar-

auf, an der Lösung der
Probleme von Krieg und
Frieden beteiligt zu sein,
und schaltet sich deshalb
selbst aus. Im Hinblick auf
die sowjetisch-amerika-
nischen Beziehungen sind
wir keine interessierte Par-
tei."

Wirklich? Besonders
nach dem Beschluß, an SDI
teilzunehmen? Wenn das
sogar stimmt, ist das kein
Grund, sich zu brüsten. Das
ist ja so, als wäre einer,
der interessiert zusieht, wie
sich ein Brand ausbreitet,
aber keinen Finger rührt,
um ihn zu löschen, ein
unbeteiligter Beobachter!
Die sowjetisch-amerika-
nischen Beziehungen sind
jetzt auf Schlüsselprobleme
konzentriert. Ist Japan an
ihrer Lösung uninter-
essiert? Was ist dann von
den am Runden Tisch ge-
sprochenen Worten zu hal-
ten, daß "die Japaner mehr
als die sowjetischen
Menschen eine Erlösung
der Welt von den Kernwaf-
fen herbeisehnen", wenn
Tokio nicht das geringste
dafür tut?

Die sowjetisch-japa-
nischen Beziehungen sind
nicht nur für die beiden
Länder wichtig. Von ihrer
Verbesserung hängt das

politische Klima einer gan-
zen Region ab, die so sehr
der Stabilität und Ruhe
entbehrt.

Was kann man tun? Auf
diese Frage der NZ-Re-
porter sagte der Kom-
mentator der NHK, M. Ka-
to, seiner Meinung nach
könne Japan in seinem
selbständigeren Verhalten
zur UdSSR nicht zu weit
gehen, weil man es dabei
in Asien nicht unterstützen
wird. Dennoch müßten sich
die Journalisten darum
bemühen, daß sich unsere
Völker gut zueinander ver-
halten.

Nun, ein ehrliches Ein-
geständnis ist viel wert.
Wir gestatten uns aber, der
Behauptung nicht zuzustim-
men, daß in Asien niemand
einem Kurs Japans auf
bessere Beziehungen zur
UdSSR beipflichten würde.
Die unselbständige Außen-
politik Japans trotz aller
Bemühungen seiner Spit-
zenpolitiker, an den Welt-
angelegenheiten gleichbe-
rechtigt teilzunehmen, hin-
dert es daran, in der
Weltgemeinschaft den
Platz einzunehmen, der
ihm zukommt.

L. MLETSCHIN
W. OWSJANNIKOW

Nur Taten zählen

Aus dem amtlichen Stenogramm der Pressekonferenz des US-Präsidenten Reagan vom 19. November 1986:

November 1986:

Frage: Herr Präsident, gestatten Sie mir eine Frage..., die keinen Aufschub duldet. Wir haben jetzt kaltes Wetter, und in allen unseren Städten nimmt die Zahl der hungernden und der erfrorenen Obdachlosen zu. Die Freiwilligen aber, die Sie zur Mitwirkung an Hilfsaktionen auffordern, haben nach ihren Untersuchungen im ganzen Lande nun erklärt, daß sie außerstande sind, aus ihren eigenen Mitteln die Hungerigen sattzumachen und zu versorgen. Sie brauchen Hilfe der Bundesbehörden. Soweit ich weiß, haben Sie im Weißen Haus keine

den, aber unter Heranziehung von Mitteln aus dem Bundesetat realisiert werden. Auf jeden Fall will ich mir Klarheit darüber verschaffen."

Die Millionen hungernden, frierenden, obdachlosen Amerikaner benötigen dringend Hilfe. Es gibt so viele Bedürftige, daß die Freiwilligen den Mut verlieren: Mit der Not in ihrem heutigen Ausmaß können sie nicht fertig werden. Der Präsident wird gebeten, unverzüglich einzugreifen. Und? Ein Aufschrei — und eine nichtssagende Floskel. Statt der christlichen Nächstenliebe nur unverhohlenes Pharisäertum: "Ich glaube...", "Ich nehme an..." Statt einer den Notleidenden hilfreich dargebotenen Hand nur

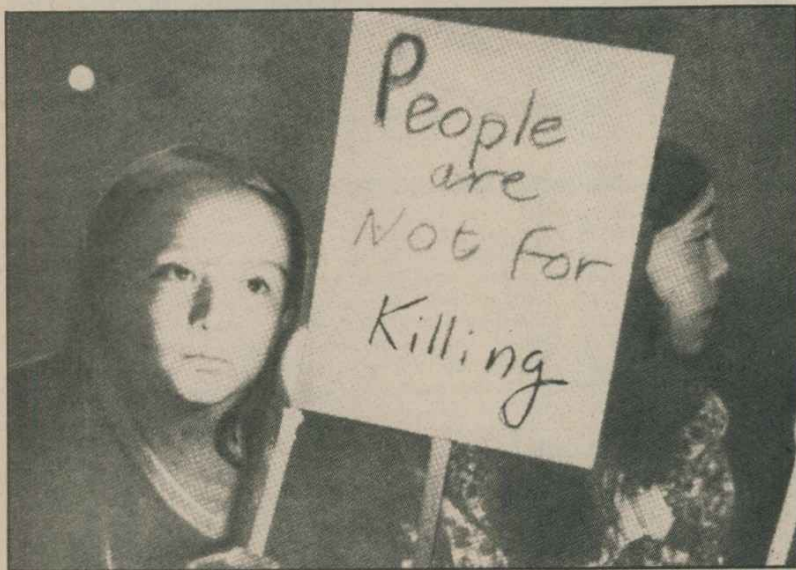
diesem Saal und um ihn erstaunliche Dinge ab.

"Ein Staat, der die Rechte seiner Bürger mißachtet, muß eine Bedrohung für seine Nachbarn sein." Sehr richtig. Aber wem gilt dieses Pathos? Jenem, der, taub für die Not der eigenen Bürger, vor kurzem öffentlich schwor, die bewaffnete Einmischung in Afghanistan, Angola und Nikaragua fortzusetzen? Jenen, die den Bombenangriff auf libysche Städte und den Beschuß des wehrlosen Beirut aus schweren Kalibern verfügten und das unabhängige Grenada zertreten haben?

Nein, das war auf das sozialistische Lager gemünzt. Diesen Stein warf kein geringerer als Warren Zimmermann, ein Profi des State Department, der gegenwärtig die amerikanische Delegation zum Wiener Treffen leitet. Ebenso wie seinem Chef im diplomatischen Amt mißfällt es Zimmermann, daß die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten ihre Auffassung vom Humanismus vor allem mit dem heiligsten und universellsten Recht der Menschen — dem Recht auf Frieden, auf Leben — verknüpfen. Denn nur wer lebt, kann von Rechten und Freiheiten Gebrauch machen. Im Westen lehnt man eine solche Fragestellung glatt ab. Den dortigen Vorstellungen von der Demokratie liegt eine globalere Sicht zugrunde. Die Menschen mögen arbeits- und obdachlos sein und ein Elendsdasein fristen. Dafür aber darf jeder Stadtstreicher, der auf dem Ventilationsgitter der New-Yorker U-Bahn übernachtet, seine Verwandten im Ausland besuchen und beliebige Zeitschriften und Zeitungen lesen. In den sozialistischen Ländern ist man noch nicht so weit, und darin sehen unsere westlichen Opponenten eine Bedrohung der Helsinki-Bestimmungen und wohl deshalb auch der uns benachbarten westlichen Demokratie.

Selbstverständlich ist das eine konstruierte Angst. An eine wirkliche Erweiterung der humanitären Zusammenarbeit zwischen Ost und West denkt man in Washington gar nicht. Eine solche Möglichkeit bot sich z. B. in Bern, auf der gesamteuropäischen Expertenberatung über zwischenmenschliche Kontakte. Leider konnte dort das von allen Teilnehmern gebilligte Schlußdokument nicht angenommen werden — die USA waren dagegen, wenn auch allein. Ähnlich sah es auf dem gesamteuropäischen Treffen über die Menschenrechte in Ottawa aus, wo sich die atlantische Sabotage erneut bemerkbar machte.

Das Thema Menschenrechte wird jedesmal hervorgeholt, wenn die Arbeit



"Menschen sind nicht zum Morden da", mahnen die Demonstranten die Washingtoner "Menschenrechtler", die gewöhnt sind, diese Rechte in den USA und anderen Ländern mit Füßen zu treten.

Aus dem Buch "Die UNO — immer noch die beste Hoffnung der Menschheit" (Großbritannien)

entsprechende Politik, und Sie überlassen das einfach den örtlichen Behörden und Organisationen. Diese aber sind der Aufgabe nicht gewachsen. Es wäre wünschenswert, wenn Sie gemeinsam mit der Bundesregierung ein entsprechendes Langzeitprogramm ausarbeiten könnten.

Antwort: Ich glaube, wir geben für diese Dinge noch immer mehr aus, als es jemand vor uns tat, um den Bedürftigen zu helfen. Ich werde sehr gern diesen konkreten Aspekt prüfen und feststellen, ob da nicht etwas durcheinandergebracht worden ist, obwohl ich das nicht denke. Ich nehme an, daß viele solcher Programme auf der Ebene der Bundesstaaten und der örtlichen Behör-

konfuses Gerede von Ebenen und Kompetenzen und leere Versprechungen.

Sicherlich wird der Leser anhand dieses Dialogs seine Schlüsse ziehen. Paradox ist allerdings, daß ein Regime, das seinen Bürgern auch die elementarsten Menschenrechte verweigert und ihnen nicht einmal ein menschenwürdiges Leben sichern kann, nicht müde wird, andere zu lehren, was Demokratie sei.

Für solche Belehrungen wollte man auch den Paradesaal der Wiener Hofburg benutzen, wo seit Anfang November ein abermaliges Treffen der KSZE-Staaten stattfindet. Bisweilen spielten sich in

eines gesamteuropäischen Forums erschwert, dieses zu Konfrontation und Anfeindungen ausgenutzt werden soll. Der sattem bekannte Zbigniew Brzezinski schreibt in seinen Memoiren, wie er Präsident Carter den Rat gab, das Belgrader Treffen mit Hilfe der demagogischen Behauptungen, in den sozialistischen Ländern würden die Menschenrechte verletzt, im Grunde zu torpedieren.

Für Wien schuf man etwas andere Pläne. Kurz vor Eröffnung des Treffens hielt es Zimmermann für angebracht, die atlantischen Partner erneut darauf hinzuweisen. Am 28. Oktober erklärte er in Bonn: "Wir wissen, der Warschauer Pakt wird" (in Wien) "einen auf dem Budapest Appell vom Juni beruhenden weitreichenden Vorschlag einbringen: über einen Abbau der konventionellen Rüstungen zu verhandeln." Die NATO habe vorläufig keine Antwort auf diese Initiative, aber schon jetzt müsse man, von der Meinung des Präsidenten ausgehend, sagte der US-Diplomat warnend, zumindest zwei Dinge verhindern. Erstens in keinem Fall den Teilnehmerkreis bei der Erörterung dieser Initiative auf 35 Länder zu erweitern, weil sonst die "NATO-Disziplin" nicht zu halten sei. Zweitens würde die Annahme der Budapest Vorschläge eine "Disbalance zu den Helsinki-Vereinbarungen" über die Sicherheitsmaßnahmen bewirken, und dies sei ebenfalls unzulässig. Nicht die Sicherheit, sondern "die Konzeption der Menschenrechte ist beim Herangehen des Westens an den gesamteuropäischen Prozeß grundlegend", schloß der US-Chefdelegierte seine Belehrung.

Nach den Stellungnahmen der ersten Redner aus den NATO-Ländern in der Hofburg zu urteilen, wurde der Wink verstanden. Die Tendenz zeigt sich, die Erörterung der humanitären Fragen in eine Sackgasse zu führen und dann, unter dem Vorwand einer "Disbalance" im gesamteuropäischen Prozeß den Weg zu den Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen und später auch der nuklearen Waffen zu blockieren. Deutlich zu erkennen war diese Tendenz in den Reden des britischen Außenministers Howe und seines amerikanischen Amtskollegen Shultz.

Doch die schwankende Konstruktion hielt sich nur wenige Stunden.

Der "Disbalance"-Trick erwies sich als fauler Zauber.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder bestätigten energisch ihre Bereitschaft, in Wien beliebige in der Schlußakte erwähnten Fragen zu erörtern. Für sie gibt es keine "verbotenen" Themen, auch nicht auf humanitärem Gebiet.

Darüber, welche Staatsordnung den Bedürfnissen des Menschen am besten genüge und seine Freiheit am sichersten gewährleiste, wird schon seit Platons, wenn nicht seit noch früheren Zeiten gestritten. Die sozialistischen Länder

haben ihre eigene Sicht auf dem humanitären Aspekt des gesamteuropäischen Prozesses. So sagte der polnische Außenminister Marian Orzechowski in der Hofburg: "Unseres Erachtens bedeutet das den Schutz der Menschenrechte, vor allem angesichts der Gefahr der nuklearen Vernichtung und eines Kernwaffenkrieges; das bedeutet vollen Zutritt zur Kultur und zu anderen geistigen Werten; das bedeutet die Möglichkeit, zu arbeiten, zu produzieren und Erzeugnisse der materiellen Produktion auszutauschen."

Die Begriffe Demokratie und Freiheit sind nicht statisch. Niemand hat auch das Monopol auf ihre Auslegung. Doch alle Diskussionen über die Vor- und die Nachteile einer Gesellschaftsordnung müssen nicht im Krieg, sondern im friedlichen Wettbewerb der sozialen, politischen und Wirtschaftssysteme gelöst werden. Das ist die grundsätzliche Position der sozialistischen Länder.

Außenminister Eduard Schewardnadse betonte: "Uns geht es nicht darum, jemanden zu unserem Glauben zu bekehren. Doch Ideen, die uns teuer sind, werden wir nach wie vor behaupten. Die mehr als anderthalb Milliarden Menschen in den Ländern, die den sozialistischen Entwicklungsweg gehen, sind berechtigt zu fordern, daß ihnen fremde Vorstellungen von den Grundwerten des Daseins nicht von außen aufgezwungen werden.

Wir werden auf eine Erweiterung solcher Kontakte zwischen den Menschen, solcher Austausche von Informationen und geistigen Werten hinarbeiten, die dem Humanismus und Frieden dienen."

Die humanitäre Zusammenarbeit weist in der Tat viele Probleme auf. Wie in Wien betont wurde, erfordern sie alle viel Aufmerksamkeit sowie ein großzügiges, von historisch neuem Denken geprägtes Herangehen. Eben damit begründete die UdSSR ihre Idee, eine gesamteuropäische Konferenz der KSZE-Staaten über sämtliche humanitären Probleme, darunter über zwischenmenschliche Kontakte, über Fragen der Information, Kultur und Bildung, abzuhalten. "Wir laden dieses Forum nach Moskau ein", sagte Eduard Schewardnadse in der Hofburg. "Was wir damit beabsichtigen, ist eine allseitige, auf praktisches Resultat orientierte Erörterung."

Aus der "Disbalance" wurde nichts. Die Aufforderung zu einer Moskauer Konferenz über humanitäre Fragen aber wurde von "Die Presse" (Wien) die beeindruckendste Initiative genannt. Am wichtigsten sei der Schluß, setzt "Die Presse" fort, daß das Tempo bei den Wiener Gesprächen zweifellos von der UdSSR vorgegeben worden sei. Die sozialistischen Länder haben bewiesen: Sie sind nicht gegen einen Streit, in dem die Wahrheit geboren wird. Sie sind gegen Streitereien, die die Wahrheit nur verdunkeln. Nur durch Taten kann die Aufrichtigkeit der Absichten bewiesen werden, jenen Prozeß zu festigen, dessen Wesen Michail Gorbatschow umriß: "Durch Befolgung der vernünftigen Normen der internationalen Kommunikation und Zusammenarbeit das eigene Haus zu bewahren, es besser und sicherer zu machen."

S. GOLJAKOW

Washington und die Menschenrechte

Im November 1986 beging die UNO-Vollversammlung das 20jährige Jubiläum wichtiger internationaler Pakte über die Menschenrechte auf wirtschaftlichem, sozialem, zivilem, politischem und kulturellem Gebiet.

Die USA stehen an der Spitze einer Gruppe von Ländern, die diese Urkunden nicht ratifiziert haben.

Die USA verweigern ihre Teilnahme an

- der Internationalen Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordverbrechens (1948);
- der Internationalen Konvention über die Abschaffung aller Formen der Rassendiskriminierung (1965);
- der Konvention über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit (1968);
- der Konvention über die Unterbindung des Apartheidverbrechens und dessen Ahndung (1973).

Die UNO arbeitet eine Konvention über den Schutz der Rechte der eingewanderten Werktätigen und ihrer Familienangehörigen aus. Schon im voraus gab Washington bekannt, daß eine US-Teilnahme daran "wenig Chancen" habe.

Von den 40 solchen internationalen Akten, die das System der modernen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten bilden, haben die USA 30 nicht ratifiziert.

Die Politik des Staatsterrorismus, die von den USA gegenüber "unbotmäßigen" Ländern betrieben wird (Besetzung Grenadas, Aggression gegen Libyen, Drohungen an die Adresse Syriens und Nikaraguas), bildet ebenfalls einen krassen Verstoß gegen die Rechte der Völker auf Leben sowie auf eine friedliche und von fremdländischem Diktat freie Entwicklung.

„DIE WACL IST GEFÄHRLICH“

Wir haben ein Schreiben von einem angesehenen Teilnehmer der internationalen Arbeiterbewegung, dem Vorsitzenden der KP Luxemburgs, Genossen Rene Urbany, erhalten. Er schreibt uns, daß gegen das Zentralorgan der KPL, die „Zeitung vom Letzeburger Vollek“, von zwei belgischen Senatoren wegen angeblicher Verleumdung Klage eingereicht worden ist. Warum! Genosse Urbany fährt fort: „Als die „WACL“ Anfang September dieses Jahres in Luxemburg ihren Jahreskongreß abhielt, hatte die kommunistische Presse in verschiedenen Beiträgen den faschistischen und rassistischen Charakter der Zusammensetzung und der Zielsetzung dieser internationalen Organisation entlarvt.“ Die Kommunisten, setzt Urbany fort, standen in diesem Vorgehen gegen die WACL-Konferenz nicht allein da. Gegen sie nahmen viele Blätter Stellung, und 17 Massenorganisationen riefen zur Demonstration gegen

die faschistische Zusammenrottung auf. Die Regierung mußte ablehnen, der WACL ein öffentliches Gebäude zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz tagte in einem Privathotel. Wie zu erwarten war, führte dort der militante Antikommunismus das Wort.

Am 5. Januar 1987 kommt die Sache vor das Polizeigericht Luxemburgs. Es hat zu entscheiden, ob die Klage der Senatoren, von denen einer Präsident der WACL ist, ans Gericht weitergeleitet wird. Wie man sieht, handelt es sich wieder um einen Versuch der antidemokratischen Kräfte, alle mundtot zu machen, die den Umtreiben der „Kreuzritter“ Widerstand leisten.“

Unsere Redaktion hat beschlossen, ihre Leser über die WACL, eine der vielen großen und weitverzweigten Organisationen der Internationalen antikommunistischen Front, aufzuklären.

Beginnen wir bei der Geschichte. Im März 1958 trat in Mexico City das Gründungskomitee der WACL zusammen. Die Delegierten waren aus 12 Ländern gekommen, außerdem Vertreter einiger Organisationen wie des Antifaschistischen Völkerblocks. Es verging aber noch 8 Jahre, bis (1966) die Gründung in Süß offiziell bekanntgegeben wurde. Für die Wahl dieser Stadt war bestimmend, daß die Liga auf der schon seit 1954 bestehenden Antikommunistischen Liga der Völker Asiens aufgebaut wurde (diese war mit direkter Beteiligung Chang Kaishis gebildet worden). An die Spitze der WACL trat Gu Cheng, ein Mitglied des ZK der auf Taiwan regierenden Guomindang, der jetzt ihr „Ehrenvorsitzender auf Lebzeiten“ ist. Auf der 1. WACL-Konferenz 1967 in Taiwan waren 64 Länder und 12 Weltorganisationen vertreten.

Als Ziel der WACL wurde „der Kampf für die restlose Vernichtung aller Formen des Totalitarismus, einschließlich des Kommunismus“, proklamiert. Die Wahl der Leitung entsprach dieser Zielsetzung. Jaroslaw Stezko, ein Rädelsführer der ukrainischen nationalistischen Emigrantenorganisation OUN und des Antifaschistischen Völkerblocks, trat der Liga bei und wurde bald darauf Mitglied ihres Exekutivrates. Während des Krieges richtete Stezko unterfälschte Gesuche an Hitler und war für die Ermordung der Sowjetbürger verantwortlich. Neben Stezko ist Taubert zu nennen. Bei Goebbels leitete Taubert

lange die „antibolschewistische Abteilung“, und im Krieg die Abteilung für die besetzten Ostgebiete, folglich hatte er wirklich bei Kriegsverbrechen seine Hand im Spiel.

Die Verbundenheit mit dem Dritten Reich sicherte der WACL einen raschen Erfolg in den Ländern Lateinamerikas, wo der Vergeltung entgangene Nazis Unterschlupf gefunden hatten. In Argentinien, Paraguay, Chile und Uruguay entstanden nacheinander Nationalkomitees der WACL. Einige lateinamerikanische Diktatoren traten ihr selbst bei, und Stroessner, der Präsident Paraguays, wurde noch ein „Ehrenvorsitzender auf Lebzeiten“. Zur Konsolidierung der Stellungen der WACL trugen auch die engen Verbindungen mit der „Vereinigungskirche“ des Südkoreaners Moon bei (das Sektenoberhaupt ruft zur „Vernichtung des roten Drachens“ auf). Diese Kirche etablierte sich in vielen Hauptstädten Lateinamerikas.

Schon die zweite und dritte Konferenz zeigten, daß die WACL weiter rechts als alle Rechten steht. Sie war dagegen, daß die USA die Bombenangriffe auf Nordvietnam einstellen; ebenso gegen beliebige Verhandlungen. An der Tagesordnung sind Anwürfe gegen die VR China und Forderungen, die UNO aufzulösen. Seit Mitte der 70er Jahre fordert die WACL nachdrücklich, daß man sich die militärische Überlegenheit über die UdSSR verschafft und in Asien außer der CENTO und SEATO neue Militärbündnisse schmiedet.

Die „Los Angeles Times“ schreibt, in der 20jährigen Geschichte der WACL habe sie sich „darauf konzentriert, die Verbindungen zwischen Rechtsgruppierungen Europas und anderer Erdteile fester zu knüpfen“. Hier ein typisches Beispiel: Im April 1978 entstand eine „eurorechte“ Vereinigung aus italienischen Faschisten unter Giorgio Almirante, einem ehemaligen Mitglied der Regierung Mussolini, aus der „Neuen Kraft“ des spanischen Franquisten Blas Pinar, der französischen „Partei Neuer Kräfte“ Jean-Louis Vignancours sowie der belgischen „Nationalfront“ und der griechischen „Generalvereinigung“. Im Mai repräsentierten Almirante und seine „Kollegen“ die „Eurorechten“ bereits auf einer WACL-Konferenz in Washington. Wie die spanische Zeitschrift „Interviu“ mitteilt, übt die CIA durch die WACL die Kontrolle über die zahllosen ultrarechten Organisationen des Westens aus. Schriftstücke, die die Verbindungen der WACL mit der CIA bloßlegen, sind von der Gruppe griechischer Juristen und Journalisten (EMAKE) in Archiven des griechischen Sicherheitsdienstes aus der Zeit der „schwarzen Obristen“ gefunden worden. Zu den Funktionären der WACL gehört Ray Cline, ein früherer Direktorenstellvertreter der CIA.

Die WACL hat zwar in Ländern, die mit den USA „befreundet“ sind, feste Positionen inne, in den USA selbst aber nahm sie bis Anfang der 80er Jahre einen ziemlich unscheinbaren Platz ein. Mit Reagans Regierungsantritt aber wurde das anders.

Die neue Einstellung zu solchen Organisationen wurde im Gesetz Nr. 12 333 verbrieft, das besagt, daß der US-Staat die terroristische Betätigung anderer Ländern gegenüber geheim betreiben und dafür die Dienste gesellschaftlicher und privater Organisationen in Anspruch nehmen soll. Da erinnerte man sich der WACL.

Auf deren Konferenzen erschienen die Senatoren Jesse Helms und Strom Thurmond sowie die Mitglieder des Repräsentantenhauses Robert Dornan, Jake Garn, Philip Crane und Edward Derwinski. Eine Zweigstelle der WACL ist der Amerikanische Rat für Weltfreiheit, und sein Führer, General a. D. John Singlaub, übernahm die Leitung der WACL. 1982 sandte Ronald Reagan als erster US-Präsident deren Konferenz ein Begrüßungsschreiben. Die Kardinalfrage auf der WACL-Konferenz von 1983 in Luxemburg war die Bekämpfung der Antikriegsaktionen der Westeuropäer gegen die amerikanischen "Euroraketen".

Auf der WACL-Konferenz von 1985 in Dallas (300 Delegierte aus 74 Ländern) rief Singlaub zu einer "umfangreicheren Geldsammlung für die Aufrührer nicht nur in Mittelamerika, sondern auch in Afghanistan, Mocambique, Äthiopien, Laos und Kampuchea" auf.

Als ihre wichtigste Zielscheibe bezeichnet die WACL Nicaragua. Tatsachen einer Einmischung der WACL in diesem Land teilte uns Juri KRJUTSCHKOW, Korrespondent der Presseagentur Nowosti in Managua, mit.

In der Liste der nichtstaatlichen Organisationen der USA, die den nikaraguanischen Contras Waffen und Munition liefern, steht die WACL an erster Stelle. Jeden Monat zahlt sie in den Fonds der Aggression gegen Nicaragua bis zu 500 000 Dollar "Privatspenden" ein. Zu den "Spendern" gehören der Bierbrauer Jeff Coors (Gründer der "Heritage Foundation", des Hirntrüsts des Weißen Hauses) und der texanische Multimillionär Hunt. Die "Spenden"-Kampagne organisiert General Singlaub und benutzt dafür seine guten Privatverbindungen. Laut in Managua vorliegenden Angaben hat er für die Contras 10 Mio Dollar zusammengebracht. Er sagte einmal in einem Interview, ein Teil des Geldes komme "von Auslandsfilialen". So ist es wohl auch. Singlaub hat ja Direktverbindungen zwischen der Führung der Contras und den Regimes von Israel, Südkorea und der RSA hergestellt.

Es sieht aber ganz danach aus, als sei das alles Tarnung für die Aktivitäten der CIA unter dem Aushängeschild der WACL. Das bewies im Oktober ein Skandal. Im Süden Nicaraguas wurde ein US-Flugzeug mit 55 MGs, 50 000 Schuß Munition und anderem Heeresgut abgeschossen. Zwei Staatsbürger der USA, darunter der Pilot, sowie ein Nikaraguaner fanden den Tod. Das vierte Mitglied der Besatzung, der US-Bürger Eugene

Hasenfus, blieb am Leben und gestand, einem Auftrag der CIA nachgekommen zu sein. Die Operation wurde aber angeblich von einer "Privatorganisation" ausgeführt. Welcher? Laut "New York Times" gehörte das abgeschossene Flugzeug der von John Singlaub geleiteten Privatorganisation.

Die Untersuchung der WACL-CIA-Kontakte hat der TASS-Korrespondent Wladislaw ORLOW in New York fortgesetzt.

Die Leute, die Washington offiziell mit dem Waffentransport beauftragte, die flüchtigen Kubaner Max Gomez (auch als Felix Rodriguez bekannt, ein Veteran der von der CIA angestifteten Invasion in der kubanischen Schweinebucht) und Ramon Medina, waren kleine Fische im großen politischen Spiel. Wie die "Los Angeles Times" mitteilte, wurde Gomez

William Casey, Oberstleutnant Oliver North vom Nationalen Sicherheitsrat und Elliot Abrams, Leiter im US-Außenministerium für interamerikanische Angelegenheiten. War Abrams für die "allgemeine Strategie" zuständig, so Casey und North für ihre direkte Realisierung. Jetzt ist dieser strenggeheime Plan weit und breit bekannt geworden und hat einen Skandal ausgelöst. Oliver North wurde von seinem Posten abgesetzt. Es hat sich herausgestellt, daß eine Art "Infrastruktur" illegaler Waffenlieferungen (an den Iran und an Nicaragua) bestanden hatte. Zwischen der Washingtoner Leitung und den ausführenden Kräften betätigt sich eine äußerst aktive Gruppe von Ex-Generalen. Die von ihnen geleiteten "gesellschaftlichen Organisationen" stellen das weitgespannte Netz dar, das die Missetaten am sandinistischen Regime



1985 sandte Präsident Reagan ein Begrüßungstelegramm an die WACL-Konferenz in Dallas. 1986 war auf der in Luxemburg Joseph Luns, ehemaliger Generalsekretär der NATO, einer der Hauptredner. [Siehe Foto.]

zu dieser Schmutzarbeit vom Sicherheitsberater des US-Vizepräsidenten George Bush herangezogen. Bei den Waffenlieferungen hatte auch Nestor Sanchez, Vizeassistent des Verteidigungsministers für interamerikanische Angelegenheiten und langjähriger CIA-Mann, seine Hand im Spiel.

Der gut unterrichtete Washingtoner Korrespondent der "New York Times" Leslie Gelb teilte unter Berufung auf Beamte der US-Administration mit, daß schon vor drei Jahren, als der US-Kongreß gegen eine unverhohlene militärische Hilfe für die Contras Stellung nahm, ein Geheimplan aufgestellt und vom Präsidenten bestätigt wurde, der militärische Hilfe für die Contras aus Privatmitteln vorsah. Führend bei diesen Aktivitäten waren der CIA-Direktor Wil-

verschuldet. Die Presse nennt in diesem Zusammenhang Generalmajor Richard Secord, ehemaliger Stellvertreter des Verteidigungsministers, Generalmajor der Luftstreitkräfte a. D. Harry Aderholt sowie andere Berufsmilitärs und Spione wie Cline.

Es ist also kein Zufall, daß mit den Operationen gegen Nicaragua ab 1984, als in den USA die Proteste gegen die unverhohlene Einmischung Washingtons in Mittelamerika einsetzten, die WACL beauftragt wurde. Auf ihrer nächsten Konferenz, die in San Diego (Kalifornien) tagte, wurde der jungen Republik der Krieg erklärt (typisch ist, daß Cline auf der Konferenz ein spezielles "Kolloquium" über Nicaragua abhielt). Das war der "Startschuß" zu der "privaten Operation" Waffentransport für die Contras. Von

"Die WACL ist gefährlich"

August an wurden ihnen über 500 t Waffen, Munition und allerlei anderes Heeresgut zugestellt. Die WACL hat dabei offenbar eine Hauptrolle gespielt.

Die Liga betätigt sich also als Waffe des Weißen Hauses und der CIA in nichterklärten Kriegen Amerikas, betreibt die Politik des Staatsterrorismus, aber nicht nur. In unserem Auftrag hat der Journalist JEWGENI KISSELOW die Verbindungen der WACL zu Organisationen untersucht, die individuellen Terror verüben.

Im Jahre 1966, einige wenige Monate nach der Gründung der WACL, entstand unter ihrer Ägide die Agentur Aginter Press. Dem dänischen Journalisten Henrik Krüger zufolge befaßte sie sich mit Sabotage, Wühlakten und Spionage

gegen alles, "was so unglücklich war, ein bißchen links zu stehen". Die Agentur wurde 1974 aufgelöst, es liegen jedoch Angaben darüber vor, daß sich ihre Mitglieder noch immer in der WACL betätigen. Ebenfalls 1974 wohnten einer WACL-Konferenz die Führer der französischen OAS bei, die wiederholt Attentate auf de Gaulle geplant hatte.

Auf der Exekutivratstagung von 1979 in Asuncion wurden die Verbindungen zwischen der WACL und den ultrarechten Terrorgruppen in Europa bestätigt (laut Aufzeichnungen des Schweizer Jean Ziegler, die in der spanischen Zeitschrift "Interviu" veröffentlicht wurden). Die europäische Zweigstelle der WACL — die EACL — betätigte sich von Anfang an terroristisch. 1981 veranstaltete sie in Paris ein geheimes Treffen von Delegierten aus Spanien, Frankreich, der BRD, Österreich, Belgien, Dänemark, Griechenland, Holland, Norwegen und Schweden. Das Pariser Treffen galt der Organi-

sierung einer bewaffneten illegalen Rechten in Spanien.

Mitglied der WACL ist die Weltunion der Nationalsozialisten (WUNS), deren Zentrale in Washington und deren europäische Leitung ihren Sitz in Aarhus (Dänemark) hat. Im Juni 1981 wurden in Brasilien an der bolivianischen Grenze 8 Staatsbürger Österreichs und der BRD festgenommen, die den bolivianischen Ultras Waffen zustellten. Bei einem fand man das Mitgliedsbuch der WUNS. Im September desselben Jahres wurden in Großbritannien wegen Mittäterschaft bei der Explosion auf dem Bahnhof von Bologna einige italienische Faschisten, ebenfalls Mitglieder des WUNS, verhaftet.

Eine besondere Einstellung hat die lateinamerikanische Zweigstelle der WACL zum Terrorismus. Zu dieser Zweigstelle gehörten oder gehören noch jetzt Mario Alarcon, der Gründer der paramilitärischen guatemalteckischen Gruppierung Weiße Hand, und d'Au-

Zum Vorsitzenden der Luxemburger WACL-Konferenz wurde der belgische Senator Jose Desmarests gewählt. Wir haben Wjatscheslaw Boikow, den Korrespondenten der Zeitung "Trud" in Brüssel, gebeten, Desmarests aufzusuchen, dieser war jedoch für längere Zeit in die USA gereist. Das Interview gab an seiner Stelle der für unsere Untersuchung nicht minder interessante Senator, General a. D. Robert Close, der in der NATO bekannt ist, wo er als Experte für die "sowjetische Bedrohung" hohe Posten bekleidet hat.

SENATOR CLOSE UND DER „SCHLEICHENDE

Herr Close, Sie sind nicht nur belgischer Senator und General a. D., sondern auch ein Leiter der WACL. 1983 und 1984 standen Sie dieser und jetzt stehen Sie ihrer belgischen Filiale vor. Wir würden von Ihnen gern eine Definition hören, was die WACL eigentlich darstellt.

Ich will ganz offen sein. Sie haben ein politisches System, wir ein anderes. Die WACL kämpft für Demokratie und Freiheit. Deshalb treten wir gegen Ihre Anschauungen und Ihre Gesellschaftsordnung auf.

Das von Ihnen entworfene Bild einer Kämpferin für Demokratie und Freiheit verträgt sich aber nicht mit der Tatsache, daß anrüchige Personen wie Stroessner und Pinochet der WACL angehören. Diese Diktatoren werden ja Würger der Demokratie und Freiheit genannt. Oder ist ihre Zugehörigkeit zur WACL etwa von der "kommunistischen Propaganda" frei erfunden?

Nein, das nicht. Die WACL ist eine Weltorganisation, der Repräsentanten von etwa 90 Ländern, neben demokratischen auch autoritären, angehören. Aber das sind nur vereinzelte, und ich glaube nicht, daß sie in der WACL viel Einfluß haben. Wir haben Differenzen mit Regimes wie dem chilenischen, sie teilen aber unseren Leitgedanken, daß die Bekämpfung des Kommunismus eine Notwendigkeit ist. Deshalb wußte ich nicht,

NEUTRALISMUS"

warum sie in unserer Liga nicht vertreten sein sollten. Bei Ihnen tritt man ja auch für Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ein. Warum sollten wir uns dann in die Angelegenheiten Chiles oder Paraguays einmischen?

Könnten Sie die Pressemeldungen über Verbindungen Ihrer Liga mit Terrororganisationen, auch mit den Todesschwadronen und der Alpha 66, kommentieren?

Ich verneine kategorisch jede Verbindung mit Terroristen. Ehrenwort, solche Kontakte haben wir nicht. Früher hatten wir sie, aber als ich der WACL vorstand, wurden solche Leute ausgeschlossen. Über uns werden viele Gerüchte verbreitet. So hat uns die Zeitung der luxemburgischen Kommunisten unlängst des Faschismus bezichtigt. Senator Jose Desmarests und ich haben das Blatt verklagt. Im zweiten Weltkrieg saß ich drei Jahre in einem Nazi-KZ und fasse so etwas als persönliche Beleidigung auf.

Fühlten Sie sich nicht dadurch beleidigt, daß in der Liga, der Sie angehören, bis unlängst Jaroslaw Stezko Mitglied war und leitende Posten bekleidete? Er leistete den Nazis ja im Krieg allerlei Dienste!

Soviel ich weiß, kämpften der unlängst verstorbene Stezko und Slawa, seine Frau, im Krieg für die Befreiung ihrer Heimat, für die Autonomie der Ukraine. Sie gingen auch gegen den Faschismus

vor. Ich finde, der Kampf für Unabhängigkeit ist ein legitimes Recht, ich habe nichts daran auszusetzen.

Wie kann man aber einen Menschen als Freiheitskämpfer bezeichnen, der sich mit dem Blut unschuldiger Menschen besudelt hat! Und von wem hat Stezko die Ukraine dadurch befreien wollen, daß er gemeinsam mit den Nazis Ukrainer mordete?

Das würde ich lieber Slawa Stezko fragen. Ich kenne nur ihre Erklärungen zur Verteidigung ihres Mannes. Ich kann schwer beurteilen, ob Sie recht haben oder nicht, denn ich weiß ja nicht, wie alles in Wirklichkeit war.

Von Zeit zu Zeit kommen Tatsachen ans Licht, die es als berechtigt erscheinen lassen, von einer Zusammenarbeit der WACL mit der CIA zu sprechen.

Das ist eine absolute Lüge. Es bestehen keine.

Wie erklärt es sich dann beispielsweise, daß Swarup, der Leiter ihrer Asienabteilung, in Indien als Agent der CIA verhaftet worden ist?

Das habe ich gehört. Ich kenne Swarup persönlich. Er ist ein stiller und, wie ich glaube, harmloser Mensch. Ich habe keinerlei Beweise für seine Verbindung mit der CIA zu Gesicht bekommen. Man kann einem Menschen, was man will, zur Last legen. Bei Ihnen hat man ja den amerikanischen Journalisten Daniloff der Zusammenarbeit mit der CIA beschuldigt...

Daniloff wurde auf frischer Tat ertappt. Das ist Tatsache. Selbst die US-Presse ist von ihrer ursprünglichen Behauptung abgerückt, daß der Kollege schuldlos sei. Sie hat die "Vermutung" geäußert, daß die CIA ihn benutzen konnte, ohne ihn in ihre Absichten einzuweißen.

Vielleicht. Darin sähe auch ich nichts zu Verurteilendes. Es ist normal, daß die Angehörigen eines Lagers genau darauf achten, was das andere tut und vorbereitet. Ich persönlich sehe in der Spionage eine Art Vertrauensbildung, sozusagen eine Kontrolle mit nationalen Mitteln,

buissou, der Chef der salvadorianischen "Todesschwadronen". Die WACL-Konferenz von 1975 wählte übrigens den Brasilianer Carlos Barbieri jun., Leiter der südamerikanischen Zweigstelle (der 1986 auf der Konferenz in Luxemburg anwesend war), zum Präsidenten der WACL. Er steht in Direktverbindung mit den brasilianischen und argentinischen Todesschwadronen. Laut "Washington Post" koordiniert die WACL die Aktivitäten vieler lateinamerikanischer Terrorgruppen von einer Zentrale in der mexikanischen Stadt Guadalajara aus.

Nach der Häufigkeit, mit der Paraguay in der Presse erwähnt wird, ist es aber wohl doch die Hauptzentrale. Von dort aus werden die WACL-Terroristen auch außerhalb Lateinamerikas geleitet. So unternahmen kroatische Terroristen in den 70er Jahren Attentate auf jugoslawische Vertretungen in den USA und in Westeuropa. Als Stützpunkt benutzten sie Paraguay. Zwei Terroristen — Miro Baresic und Ivan Vujicevic — reisten mit

Pässen Paraguays als Leibwache des paraguayischen Botschafters in den USA. 1971 ermordete Baresic den jugoslawischen Botschafter in Schweden, wurde festgenommen und verurteilt. 1972 besetzten Kumpare von ihm ein Flugzeug und zwangen die schwedische Regierung, den Mörder freizulassen. Später wurde bekannt, daß die kroatischen Terroristen vom lateinamerikanischen Flü-

gel der WACL rund 3,5 Mio Dollar bekommen hatten.

Ich möchte es mir versagen, noch ein gutes Dutzend mit der WACL liierter Terrororganisationen aufzuzählen. Vielmehr will ich mich damit begnügen, die antikubanische Alpha 66 mit dem Sitz in Miami zu nennen, die seit der WACL-Konferenz von 1977 als "offizieller Vertreter Kubas" bei der WACL anerkannt ist. Auf ihrem Konto stehen Mordanschläge auf Fidel Castro (wozu eine der jüngsten WACL-Konferenzen erneut aufrief) und die Explosion in einem kubanischen Flugzeug an der Küste von Barbados im Oktober 1976 (73 Tote). Die Alpha 66 ist mit der chilenischen Junta eng verbunden und wird von ihr finanziell unterstützt. Die Alpha 66 hat mindestens 15 Militärlager.

Der WACL stehen Dutzende professioneller Mörder und ein Heidengeld zur Verfügung. Da sie weit verzweigt ist, kann sie die Komplikationen vermeiden, mit denen es isolierte Terrorgruppen bei



General Stroessner, der paraguayische Diktator, ist nicht nur "Ehrenvorsitzender auf Lebzeiten" der WACL, sondern auch einer ihrer Hauptfinanziers.

Augen und Ohren nicht ausgeschlossen. In der Presse erscheinen Meldungen, daß sich Mitglieder ihrer Liga am Rauschgifthandel beteiligen und mit dem Erlös die Contras in Nicaragua und die Konterrevolutionäre in Afghanistan finanzieren.

Eine aus der Luft gegriffene Anschuldigung. Manche Leute neigen dazu, alles über einen Kamm zu scheren: Contras, Rauschgift, CIA... Es ist kein Geheimnis, daß die von General Singlaub geleitete Organisation den Contras in Nicaragua hilft. Ich kenne den General aber gut und bin sicher, daß er keine Verbindung mit Rauschgifthändlern hat. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß es Leute gibt, die die Contras durch Rauschgifthandel finanzieren, mit unserer Liga aber haben sie nichts gemein. Wir, die europäische Zweigstelle der WACL, möchten den Aufständischen in ihrem Kampf gegen die Sandinisten und gegen das afghanische Regime auch gern helfen, aber die westeuropäische Öffentlichkeit steht diesen Dingen gleichgültig gegenüber. Leider. Ich bin überzeugt, daß wir keinen Groschen bekämen, wenn wir eine Sammlung für die Contras veranstalten würden. Eine erstaunliche Sorglosigkeit!

Erklärt sich das Verhalten der Westeuropäer nicht damit, daß die Leute mit derartigen Aktivitäten nicht einverstanden sind?

Nein, die Westeuropäer sind für das Weltgeschehen einfach gleichgültig. Die meisten begreifen nicht, daß die Strategie global ist, daß zwischen der Sicherheit Europas und den Vorgängen, sagen wir, in Lateinamerika ein Zusammenhang besteht. Ich persönlich würde nicht behaupten, daß in Nicaragua unter Somoza Demokratie herrschte. Unter den Sandinisten ist es aber noch schlimmer. Nehmen Sie doch die Geschichte mit den Miskito-Indianern! In den Zeitungen erschienen Fotos, die zeigten, wie Sandinisten diese Menschen peinigen. Kann man über so etwas hinwegsehen?

Gestatten Sie mir den Einwand, daß Ihr Beispiel nicht zutrifft. Westliche Kollegen von mir haben die Fälschung bereits nachgewiesen. Die Fotos wurden zur Zeit Somozas gemacht und haben nicht das geringste mit den Sandinisten zu tun.

Das ist mir neu, aber schließlich kann ein Mensch nicht alles auf der Welt wissen.

In Luxemburg sagte Desmaretz: "Den Kommunismus muß man weiter auffassen. Er kann indirekte Formen wie den Umweltschutz, den Pazifismus und Neutralismus annehmen." Soll das besagen, daß die Liste Ihrer Gegner länger geworden ist und daß Sie beabsichtigen, Ihre Aktionen auszudehnen!

Nicht nur Senator Desmaretz, auch ich habe wiederholt hervorgehoben, daß außer der militärischen Rivalität ein Kampf der Ideen im Gange ist. Bei Ihnen lehrt man das Volk, seine Heimat zu lieben. Das gleiche versuchen wir auch. Grundsätzlich bin ich nicht gegen Antikriegskundgebungen, wenn sie nicht nur bei uns sind. Gegen Ende der 30er Jahre marschierten Pazifisten in Frankreich, England und anderen Ländern Europas, und im Dritten Reich marschierten die Soldaten. Hitler dachte schließlich, seine Nachbarn hätten ihre Entschlossenheit zur Vaterlandsverteidigung eingebüßt, und er fing den Krieg an. Wenn Repräsentanten der von Ihnen genannten Bewegungen von einem schleichenden Neutralismus befallen werden, wenn sie sagen, besser rot als tot,

dann sehen wir in ihnen Gegner und wollen sie bekämpfen.

Und wie verhält sich die WACL zu den neutralen Ländern und ihren Spitzenpolitikern?

Ich habe nichts gegen die staatliche Neutralität, sagen wir, Österreichs, der Schweiz oder Schwedens.

Könnten Sie etwas zu der Meldung sagen, daß der schwedische Ministerpräsident Palme von Mitgliedern Ihrer Organisation ermordet worden ist?

Das ist eine hanebüchene Verleumdung. Sie ist von unseren Gegnern kurz vor Eröffnung der Luxemburger WACL-Tagung in Umlauf gesetzt worden.

Die Meldung kam aber vom französischen Fernsehen, das Sie, soviel ich weiß, nicht zu Ihren Gegnern zählen.

Die Falschmeldung ist von den Franzosen für bare Münze genommen worden. Wir werden sie nicht verklagen, denn wir wissen, was sie entgegen werden: daß sie die Nachricht aus schwedischen Kreisen bekommen haben, aus was für welchen, das weiß niemand.

Und nun meine letzte Frage: Vor zehn Jahren schrieben Sie ein Buch, in dem Sie behaupteten, russische Panzer könnten in 48 Stunden in Belgien sein. Glauben Sie das noch heute?

Ich habe nie gesagt, daß das geschehen wird oder daß Sie beabsichtigen, uns morgen oder in ein paar Jahren zu überfallen. Ich sagte und sage auch jetzt: So etwas ist möglich. In der Geschichte passiert so allerhand. Wenn Sie vor dem Krieg gesagt hätten, daß Deutschland Frankreich in sechs Wochen niederwerfen wird, dann hätte man Sie für verrückt erklärt oder eingesperrt. Frankreich kapitulierte aber wirklich in anderthalb Monaten. Warum sollen wir also jetzt eine derartige Möglichkeit von der Hand weisen?

Schon deshalb, weil es die Sowjetunion war, die Hitler in den Arm fiel. Sonst könnten faschistische Panzer noch jetzt in Belgien stehen.

"Die WACL ist gefährlich"

Reisen von Land zu Land, beim Herstellen falscher Papiere, beim Waffentransport usw. zu tun bekommen. Der WACL stehen die Erfahrungen der lateinamerikanischen Diktaturen zur Verfügung (denken wir an die Ermordung Leteliers); ebenso die der westeuropäischen Ultras und Neofaschisten. Wie die französische Fernsehgesellschaft meldet, hat die schwedische Polizei bei der Fahndung nach den Mördern Olof Palme eine Spur zur WACL gefunden.

Wen zählt die WACL zu ihren Todefeinden? Zweifellos die Kommunisten, aber nur sie? WLADIMIR SOKOLOW, Korrespondent der Presseagentur Nowosti in Luxemburg, beobachtete in unserem

Auftrag den Verlauf der jüngsten Konferenz der WACL.

Das Gelände um das "Novotel" sieht wie eine belagerte Festung aus. Da sind Polizisten, Gendarmen, Privatdetektive und Leibwächter, 200 WACL-Delegierte aus 19 Ländern (von vielen wird sorgfältig geheimgehalten, wer sie sind). Die Delegierten sind gekommen, um, wie die Konferenzdevise lautet, "friedlich für die Freiheit zu wirken".

Die Redner hatten aber für das Wort "Frieden" nicht viel übrig. Die Konferenz rief zur Verstärkung der NATO und zur Gründung neuer regionaler Militärorganisationen auf. Nichts von den "hinderlichen" kernwaffenfreien Zonen. Rückhaltlose Zustimmung zur Weltpolitik der USA.

Eine der wichtigsten Reden hatte das Thema "Mittelamerika — der Schlüssel zur Sicherheit des Westens". General a. D. Singlaub betonte, daß die Contras

stets auf die materielle, physische und moralische Unterstützung der WACL rechnen könnten. Auf der Konferenz war auch von der "herrlichen Zukunft" des blutigen Pinochet-Regimes die Rede. Besonders rege war Suzanne Labin, die Leiterin der französischen WACL-Abteilung. In einem ihrer Bücher heißt es: "Die Vorgänge in Chile haben uns Franzosen deutlich gezeigt, daß es berechtigt ist, mit beliebigen Mitteln gegen das kommunistische Joch anzukämpfen." Unter den französischen Delegierten waren Abgesandte der "Nationalen Front" Le Pens.

Desmarests, ein belgischer Senator, ge-"Stimme Amerikas" und "Freies Europa" tatkräftigere Unterstützung und gab die Bildung noch eines Wühlersenders, genannt "Freies Mocambique", bekannt.

Zum Präsidenten der WACL ist Jose Desmarests, ein belgischer Senator, gewählt worden. Er hat folgendes erklärt: "Afghanistan, Kambodscha, Polen, Angola, Äthiopien, Nahost, Nicaragua und Lateinamerika sind Weltgegenden, in denen — als ginge es um unsere eigenen Länder — über das Geschick eines jeden von uns entschieden wird." Den Kommunismus nannte er das schlimmste aller Übel. Er präziserte, den Kommunismus fasse er im weiten Sinne des Wortes auf und zähle "indirekte Formen wie die Beschäftigung der Grünen mit dem Umweltschutz, ferner die Pazifisten und die Anhänger der Neutralität" dazu.

Zum Schluß eine Tatsache, die Ihnen bei Ihrer Untersuchung nützen kann: Die Delegierten der WACL-Konferenz haben entrüstet bestritten, etwas mit dem Mord an Olof Palme zu tun zu haben. Journalisten ist aber eingefallen, daß unter den Teilnehmern der vorjährigen WACL-Konferenz einige schwedische Ex-Generale waren, die ihre Mißbilligung für die Politik Palmes, eines überzeugten Verfechters der Neutralität, unverblümt äußerten.

Zwei Jahre vor den Schüssen in Stockholm war die Welt über die Ermordung Indira Gandhis erschüttert. Der Prozeß hat schon stattgefunden, das Urteil ist gefällt. In den Akten des Untersuchungsverfahrens fand unser Korrespondent LEONID SHEGALOW eine Erwähnung der WACL.

Eine gemütliche kleine Villa im Süden Delhis. Darin hat die WACL ihren Sitz. Auf dem Schild am Eingang steht "Asiatisch-Pazifische Antikommunistische Liga" und etwas tiefer: "Indische Abteilung". Ich bitte die Sekretärin, mich zum Präsidenten vorzulassen. Sie schweigt kurz und wirft mir einen verwunderten Blick zu:

"Ja, wissen Sie denn nicht..."

"Überhaupt weiß ich... Aber vielleicht ist ein neuer gewählt worden?"

"Wieso denn? Wir alle glauben immer noch, daß er freigelassen werden wird. Man hat ihn verleumdet. Wissen Sie, das Land wimmelt von marxistischen und kommunistischen Agenten."



GENERAL a. D.
JOHN SINGLAUB

der Position der Stärke aus" und "Amerikanischer Sicherheitsrat".

Bald darauf Leiter des "Amerikanischen Rates für Weltfreiheit", der WACL-Filiale in Nordamerika, und danach der ganzen WACL.

EX-DIREKTOR-
STELLVERTRETER
DER CIA
RAY CLINE

1984--1986 WACL-Präsident. Vorsitzender des Amerikanischen Rates für Weltfreiheit [Zweigstelle der WACL].

In den 40er Jahren beim US-Amt für Strategische Dienste [dem Vorgänger der CIA] tätig. Er hielt Kontakte von US-Ämtern zu Chang Kaishi aufrecht. Während der US-Aggression in Vietnam Leiter der Geheimoperationen.

Ende der 70er mußte Singlaub den Posten des Befehlshabers der US-Truppen in Südkorea niederlegen, nachdem er Präsident Carter öffentlich für seine Absicht verurteilt hatte, die US-Truppen aus diesem Land abziehen.

In den Ruhestand getreten, wurde Singlaub sofort leitender Funktionär der reaktionären nichtstaatlichen Organisationen "Koalition für Frieden von

In den 40er Jahren diente Ray Cline ebenso wie Singlaub beim US-Amt für strategische Dienste. Als angeblicher Diplomat gehörte er 1955 zur US-Delegation in Genf. 1958 begleitete er den CIA-Direktor Allen Dulles auf einer Inspektionstour zu Agentenzentralen. Wie es in dem Buch "In der Liga" (USA) heißt, hatte Cline, der 1958 CIA-Agent auf Taiwan war (und über Geld dieses Spionageamtes verfügte) bei der Gründung der Antikommunistischen Weltliga seine Hand im Spiel.

Auf Taiwan leitete er das Einschleusen von Sabotageagenten in China und die Aufklärungsflüge der US-Maschinen U-2. Die Publizisten A. Guerin und J. Varin (Frankreich)

sagten auch, daß er im Frühjahr 1958, im Rahmen der CIA-Operation gegen den Präsidenten Indonesiens, Sukarno, B-26-Bomber für einen Überfall auf die indonesischen Truppen von Taiwan aus schickte.

Später diente er sich zum Direktorstellvertreter der CIA für Aufklärung hinauf. Doch Mitte der 60er Jahre wurde er zum CIA-Agenten in Frankfurt a. M. degradiert. 1969 verließ er die CIA und wurde bald darauf Direktor des Büros zur Verarbeitung von Spionagemeldungen für das State Department. Im Herbst 1980 beteiligte er sich als Experte für internationale Fragen an Bushs Wahlkampf. Damals prägte er in der Assemblée des Verbandes ehemaliger Agenten die Formel: "Hinter allen Terrorakten steckt die UdSSR", die später von der Regierung Reagan übernommen wurde. Nach dem Regierungsantritt der Republikaner wurde Cline folgerichtig "ehrenamtlicher" Berater des Präsidenten "für Terrorismus".

Jetzt ist er bei der strategischen und internationalen Forschungszentrale der Universität Georgetown tätig.



Stinkendes Geld

Wenn die WACL monatlich bis zu 500 000 Dollar

nur an die nikaraguanischen Contras zahlt und an die kroatischen Terroristen über 3 Mio Dollar zahlt, so hat sie wahrscheinlich eine ständige, reichlich fließende Geldquelle.

Bekanntlich finanzieren sie reaktionäre Multimillionäre der USA, Südkoreas, Taiwans, Saudi-Arabiens und Japans. Das Geld für die WACL-Konferenz in Japan (1970) gab beispielsweise der früher als Kriegsverbrecher verurteilte Industriemagnat Ryoichi Sasagawa. Das ist aber noch längst nicht alles.

Die Zeitung "Nacional" (Venezuela) schrieb, daß der paraguayische Diktator

Stroessner nicht nur ein "Ehrenpräsident auf Lebzeiten" der WACL, sondern auch einer ihrer Hauptfinanziers ist. Die WACL bekommt den Erlös aus dem Rauschgifthandel. Domingo Laino, ein Führer der Opposition Paraguays, hat erklärt, daß Stroessners Regime schon in den 50er Jahren Verbindung mit der amerikanischen Mafia aufnahm und die Rauschgiftlieferung in die USA in die Wege leitete. Laino zufolge reisen viele führende Rauschgifthändler Paraguays mit Papieren der WACL als deren Abgesandte durch die Welt.

In dem Buch "Waffen-Rauschgift" von dem

Dänen Henrik Krüger ist nachgewiesen, daß die WACL eine derartige Operation auch in Pakistan durchführt, von wo Heroin nach Westeuropa und in die USA befördert wird. Hierbei wird die WACL von der CIA kontrolliert, unter deren Schutz die das Heroin herstellenden afghanischen Reaktionäre stehen und die an Geldern für antiafghanische Operationen interessiert ist, für die nicht abgerechnet zu werden braucht. Anfangs (1980, 1981) stellte die CIA sogar Kriegsschiffe für den Herointransport. Jetzt wird diese Operation von der WACL und der Mafia fortgesetzt.

Ende September v. J. veranstalteten Gennungsgenossen Rama Swarup im Flughafen Palam in Delhi einen prunkhaften Empfang. Der Präsident der indischen Abteilung der Asiatisch-Pazifischen Antikommunistischen Liga kehrte aus Dallas zurück, wo er an einer Konferenz der WACL teilgenommen hatte. Anfang November wurde der 53jährige Swarup wegen Spionage verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß der "ehrenwerte Geschäftsmann und Kulturpolitiker" ein Agent der CIA war und bei den CIA-Agenten in Delhi unter der Codenummer 72 figurierte. Bei der Haussuchung fand man beim Rädelsführer der dortigen Antikommunisten geheime Schriftstücke des Verteidigungs- und des Außenministeriums und noch andere, die die Staatssicherheit Indiens betrafen.

Auch Abzüge von Schriften der Thakkar-Kommission wurden entdeckt. Diese Regierungskommission wurde nach der Ermordung Indira Gandhis zur Untersuchung des Verbrechens in weiterem Kreise gebildet. Eine Mittäterschaft ausländischer Kräfte war nicht ausgeschlossen. Warum zeigte Swarup, ein Agent der USA, wie es in der Anklageakte heißt, so reges Interesse für die Tätigkeit der Kommission? Weil er — wird in hiesigen Kreisen geantwortet — eine Bestätigung über bevorstehende Enthüllungen über die CIA finden wollte.

In diesem Sinne ist folgende von der Untersuchungsinstanz aufgedeckte Tatsache bedeutungsvoll: Rama Swarup übergab dem in Indien bekannten antikommunistischen Rechtsanwalt Lekhi 48 000 Rupien, die er von Amerikanern erhalten hatte. Lekhi verteidigte vor Gericht einen Mörder Indira Gandhis. Nachdem er das Geld erhalten hatte, reiste er — angeblich in Sachen des Prozesses — nach Genf. Dort traf er sich mit einem gewissen Felix Armacor.

Gleich darauf brachte Lekhi im Prozeß die Lesart vor, Indira Gandhi sei bei einem Familienstreit von ihren eigenen Verwandten ermordet worden.

In der Anklageakte hieß es, daß sich Rama Swarups Spionage gegen "das Wohlergehen, die Souveränität und Sicherheit Indiens" gerichtet habe.

Richter Kudal, der Vorsitzende der Regierungskommission, die gegen von der CIA für Wühlakte gegen Indien benutzte "gesellschaftliche Organisationen" eine Untersuchung eingeleitet hat, sagte in einem Interview für uns:

"Außer dafür, Spionageinformationen zusammenzutragen, benutzte die CIA Swarup als 'Beeinflussungsagenten' in politischen und gesellschaftlichen Kreisen Indiens. Er steckte hinter antisowjetischen Pressekampagnen, bewirkte im gleichen Sinne Interpellationen im Parlament und leitete von der CIA erhaltenes Geld — natürlich im Namen der Antikommunistischen Liga — an die in Delhi befindlichen afghanischen Emigranten weiter, die der Demokratischen Republik Afghanistan feindlich gegenüberstehen. In allen diesen Fällen", so betont unser Gesprächspartner, "geriet Swarups Aktivität in Widerspruch zur Politik der indischen Regierung und war darauf gerichtet, die Freunde unseres Landes in Mißkredit zu bringen. Folglich verstieß sie gegen die staatlichen Interessen Indiens."

...

Dieses Material lag schon zum Druck vor, da traf der bekannte amerikanische Publizist Charles Allen, Verfasser vieler Schriften über die der Strafe entgangenen Kriegsverbrecher des Dritten Reichs, zur Konferenz "Die Lehren von Nürnberg" in Moskau ein. Wir setzten uns mit ihm in Verbindung, weil wir wußten, daß er mit Ray Cline in Berührung gekommen war. Wir fragten ihn:

Mr. Allen, sagt Ihnen der Name Ray Cline etwas?

Mit dem habe ich einmal in Ted Koppels Fernsehprogramm "Nightline" heftig gestritten. Es ging um die Nazi-verbrechen des Wissenschaftlers Rudolph, der in den USA bei der Ausführung ihres eigenen Raketenprogramms benutzt wurde. Cline behauptete, das sei völlig berechtigt und gar nicht amoralisch.

Es liegen Angaben darüber vor, daß die Initiative zur Gründung der WACL auch von ihm ausgegangen ist.

Ich weiß nur, daß Cline 1984 an der WACL-Konferenz in San Diego teilnahm, auf der vom Terrorismus die Rede war.

Zur WACL gehörten und gehören noch jetzt viele Personen, die unmittelbar in Ihren Interessenkreis fallen, sagen wir einmal, Stezko. Was halten Sie von der WACL? Manche Leute glauben ja, sie sei nichts als ein Haufen Schwätzer, Man brauche sie nicht ernst zu nehmen, und sie sei erst recht nicht gefährlich.

Die WACL ist bestimmt gefährlich, jetzt sogar sehr. In meinem jüngsten Buch habe ich sie die wichtigste internationale faschistische Organisation höchster Ebene genannt.

Man hat uns mitgeteilt, daß sie Rauschgifthandel verübt...

Das kann durchaus sein.

... und daß sie individuelle Terrorakte anstiftet.

Das kann durchaus sein. Ich wiederhole, die WACL ist sehr gefährlich.

Zusammengestellt von L.JELIN, A. BELTSCHIKOW und N. TOPURIDSE

Fotos aus: "L'Humanite" (Frankreich), "Der Spiegel" (BRD) und dem Buch "Waffen-Rauschgift"

Die Uruguay-Runde

In Genf beginnt eine neue Runde der multilateralen Handelsgespräche im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT). Die Vereinbarung über deren Aufnahme wurde in Punta del Este (Uruguay) erreicht, wo vom 15. bis zum 20. September 1986 eine Sondertagung der GATT-Länder stattfand. Die auf der Tagung verabschiedete Deklaration eröffnete die achte Runde der multilateralen Gespräche, die Uruguay-Runde. Für deren Organisation und Führung wurde in Punta del Este ein Ausschuss für Handelsgespräche, dessen erste Tagung Ende Oktober in Genf eröffnet wurde, gebildet.

Tagesordnung für vier Jahre

Die Uruguay-Runde der multilateralen Gespräche soll zu einer weiteren Liberalisierung und Ausweitung des Welthandels durch verbesserte Bedingungen für den Zugang zu den Märkten, die Senkung und Aufhebung der tariflichen und nichttariflichen Beschränkungen beitragen; ferner geht es darum, die Rolle des GATT-Systems im Welthandel und dessen Fähigkeit zu stärken, auf Veränderungen der Weltwirtschaftslage zu reagieren sowie den Entwicklungsländern bei der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen zu helfen.

Ausgehend von diesen allgemeinen Aufgaben ist vorgesehen, Probleme zu behandeln wie die Liberalisierung des Handels mit Agrarerzeugnissen, tropischen Produkten u. a., mit Textilien und Kleidung. Geplant ist, ein Abkommen über Schutzmaßnahmen im Handel sowie verbesserte Normen und Prozeduren für die Regelung von Handelsstreitigkeiten zwischen den GATT-Ländern zu erarbeiten. Überdies sollen die kommerziellen Aspekte des Rechts auf intellektuelles Eigentum, einschließlich des Rechts auf Warenzeichen, und mit dem Handel verbundene Probleme der Investitionspolitik der GATT-Länder erörtert werden.

Erstmals in der Geschichte des GATT wurden Fragen der Regelung des Welthandels mit Dienstleistungen (Verkehr, Tourismus, Versicherungswesen, Bankoperationen, Bauvorhaben im Ausland und internationaler Transfer von Computerinformationen) auf die Tagesordnung der Runde gesetzt. Ebenfalls erstmals werden solche Gespräche mit internationalen Währungs- und Fi-

nanzproblemen verknüpft, vor allem mit der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer. Von großer Bedeutung ist auch die von den GATT-Ländern eingegangene Verpflichtung, während des gesamten Verhandlungszeitraums keine neuen Importbeschränkungen zu verhängen und allmählich jene Handelsbeschränkungen abzubauen, die den GATT-Regeln nicht entsprechen. So umfaßt die Uruguay-Runde den in der Geschichte des GATT weitesten Kreis internationaler Handelsprobleme, und ihre Ergebnisse werden die Regeln und Normen für den Welthandel bis zum Jahre 2000 bestimmen.

Die Dauer der neuen Runde wurde auf vier Jahre beschränkt. Doch angesichts der Kompliziertheit der Probleme und der akuten Widersprüche zwischen den Verhandlungsteilnehmern wird sie offenbar bedeutend länger dauern. Das lassen insbesondere die bei ihrer Vorbereitung entstandenen Differenzen zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den Entwicklungsländern über die Bedeutung und die Priorität verschiedener Tagesordnungspunkte vermuten. So wurden unter dem Druck der USA Fragen des Dienstleistungshandels auf die Tagesordnung gesetzt. Dagegen wandten sich die Entwicklungsländer, insbesondere Indien und Brasilien. Der in Punta del Este erzielte Kompromiß sieht parallele Verhandlungen vor — über den Waren- und über den Dienstleistungshandel. Formell werden sie nicht miteinander verknüpft sein, wenn sie auch organisatorisch vom gleichen Organ, dem Komitee für Handelsgespräche, kontrolliert werden sollen. Die Entwicklungsländer ihrerseits bestanden darauf, daß sich die Teilnehmer der Runde zu einem Moratorium für neue Importbeschränkungen und einem Abbau der bestehenden Handelsbeschränkungen verpflichten sollten. Die Entwicklungsländer messen ferner der Verknüpfung der Probleme des Welthandels mit ihrer Auslandsverschuldung große Bedeutung bei.

Politische Voreingenommenheit

Davon ausgehend, daß viele handelspolitische Fragen, die bei den multilateralen Verhandlungen erörtert werden, auch unsere Außenwirtschaftsinteressen berühren, erklärte die Sowjetunion im August 1986 ihr Interesse an einer Teilnahme. Inoffizielle Konsultatio-

nen über einen Beobachterstatus im GATT hatte die Sowjetunion seit 1982 mit den Teilnehmerländern und dem GATT-Sekretariat.

Bei diesem Schritt ließ man sich in Moskau von den Erfahrungen vieler anderer Länder leiten, die, bevor sie gleichberechtigte Mitglieder des GATT wurden, anfangs als Beobachter teilgenommen hatten. Das ist übrigens sowohl durch die Regeln als auch die Traditionen des GATT vorgesehen. Die UdSSR, die eine Annäherung an das GATT einleitete, gedachte von Anfang an nicht, sich auf den Übergangsstatus eines Beobachters zu beschränken, und betrachtete ihn nur als ersten Schritt.

Die Teilnehmer der GATT-Tagung in Punta del Este wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß sich die UdSSR dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen unter abgestimmten Bedingungen als gleichberechtigtes Mitglied anschließen wolle.

Den GATT-Ländern wurden ferner die Ziele der Teilnahme der UdSSR an den Verhandlungen erläutert: die Förderung besserer handelspolitischer Bedingungen für den Welthandel, darunter in dessen einzelnen Bereichen und bei der Ausarbeitung der entsprechenden Beschlüsse; die Ausweitung des Handels zwischen der UdSSR und den GATT-Ländern, die Festigung von Zusammenarbeit und Vertrauen zwischen ihnen; der Erwerb von Erfahrungen einer Teilnahme am GATT im Zusammenhang mit den geplanten Veränderungen im Leitungsmechanismus des sowjetischen Außenhandels im Rahmen der allgemeinen Umstellung des Wirtschaftsmechanismus.

Doch auf das UdSSR-Gesuch an das GATT erfolgte keine positive Antwort. Wie die westliche Presse betonte, verhinderten westliche Länder, besonders die USA, eine Teilnahme der UdSSR an der Uruguay-Runde. So darf die UdSSR nach den Bedingungen dieser Runde nicht an ihr teilnehmen, da in Punta del Este der Kreis der Verhandlungsteilnehmer begrenzt wurde — ohne Berücksichtigung der Interessen der UdSSR und anderer, dem GATT nichtangehöriger Länder. Eine solche Entscheidung ist ein Rückschritt, da die vorhergehende Runde von Tokio allen interessierten Ländern zur Teilnahme offenstand. Deutlich ist auch, daß die USA und einige andere GATT-Länder eine Annäherung der UdSSR an diese Organisation aus politischen Motiven blockierten.

Doch in Moskau meint man, daß die Weigerung, die Sowjetunion zur Uruguay-Runde zuzulassen, nicht das letzte Wort dieser internationalen Organisation ist. Der Prozeß unserer Annäherung an das GATT ist in der heutigen ungünstigen internationalen Lage nicht einfach,

verlangt beiderseitige Anstrengungen und eine Klärung der Positionen.

Kurzichtige Haltung

Die Gegner einer Annäherung der UdSSR an das GATT behaupten, das sowjetische Wirtschaftssystem entspreche nicht den Prinzipien, Regeln und der Praxis des GATT. Aus diesem Grunde sei die UdSSR angeblich nicht in der Lage, die entsprechenden Verpflichtungen des Abkommens zu erfüllen. Diese Argumente sind offensichtlich von politischen Vorurteilen diktiert.

Erstens regelt das GATT nicht die Wirtschaftssysteme, die ausschließlich auf der Grundlage der nationalen Souveränität der Staaten und durch die freie Entscheidung ihrer Völker bestimmt werden. Am GATT nehmen bereits Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung teil, darunter sozialistische Staaten und Entwicklungsländer. Zudem kann nicht übersehen werden, daß die sozialökonomischen Strukturen selbst in den kapitalistischen Industrieländern nicht voll identisch sind.

Zweitens, was die Erfüllung der GATT-Verpflichtungen angeht, so nehmen z. B. die westlichen Länder selbst

eine unterschiedliche Haltung gegenüber jedem neuen Anwärter ein. Die Frage der Verpflichtungen des Anwärterlandes ist also Gegenstand von Sonderverhandlungen. Um so mehr ist die Sowjetunion, die ihre Absicht erklärte, sich in Zukunft dem GATT als Vollmitglied anzuschließen, natürlich bereit, alle Regeln, Prozeduren und Traditionen des GATT zu beachten.

Auch die Argumente, unsere Teilnahme am GATT werde zu dessen Politisierung führen, halten einer Kritik nicht stand. Die Sowjetunion ist ein bedeutender Handelspartner. Die Außenwirtschaftsbeziehungen spielen eine große Rolle in unserer Wirtschaft. Ihre Bedeutung bei der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung wird noch größer werden nach der Umstellung des Außenwirtschaftsmechanismus und der Durchführung radikaler Wirtschaftsreformen in der UdSSR. Bei dieser Umstellung erhalten die Produktionsvereinigungen und die Betriebe größere Selbständigkeit in den Geschäftsbeziehungen zu ausländischen Partnern. Ferner wurde die Aufgabe gestellt, sie auf volle Eigenfinanzierung und wirtschaftliche Rechnungsführung

umzustellen. Ist ja das Ziel unserer Reformen, die Volkswirtschaft in Zukunft nicht durch administrative Maßnahmen, sondern durch wirtschaftliche Hebel zu leiten. All das wird sich auch auf die Qualität der Teilnahme der UdSSR an der internationalen Arbeitsteilung, auf unsere größere Einbeziehung in das multilaterale Handelssystem auf der Grundlage der Prinzipien und Regeln des GATT auswirken.

Im Grunde haben die Gegner unserer Teilnahme am GATT selbst dieses Problem politisiert, wobei sie ein offenkundig irrealer Ziel verfolgen — die UdSSR von internationalen Verhandlungen zu isolieren, bei denen die Zukunft des Welthandels erörtert wird. Eine solche kurzichtige Haltung kann nicht zur Entwicklung eines vielseitigen und freien Welthandels, zu einem Verzicht auf politisch bedingte Handelsdiskriminierung beitragen. Die negative Haltung einiger westlicher Länder gegenüber einer GATT-Teilnahme der Sowjetunion ist kurzichtig auch mit Hinblick auf die Aussichten für den Ausbau der wirtschaftlichen Ost-West-Zusammenarbeit, die zu einem dynamischen Faktor des Welthandels werden könnte.

V. SOLOTUCHIN

UNSERE INFORMATION

Was ist das GATT?

Das seit 1948 geltende Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen bestimmt die Rechte und Pflichten der Staaten im Welthandel. Zur Kontrolle über die Einhaltung dieser Vorschriften bestehen im Rahmen des GATT verschiedene zwischenstaatliche Organe und ein Sekretariat, das sich in Genf befindet. Auf diese Weise ist das GATT faktisch eine ständig wirkende internationale Organisation und zugleich ein Forum für multi- wie bilaterale Verhandlungen und Konsultationen über alle Fragen der Außenhandelspolitik seiner Teilnehmerländer.

Nach dem Stand vom November 1986 waren 92 Länder, darunter solche sozialistischen Staaten wie die CSSR, Kuba, die SR Rumänien, die Ungarische VR, die VR Polen sowie die SFRJ Vollmitglieder des GATT. In verschiedenen Formen nehmen 152 Länder am GATT teil. Die Sowjetunion nimmt nicht an der GATT-Tätigkeit teil.

Grundlage des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens bildet eine Zusammenfassung der Prinzipien und Regeln für die Gestaltung des Welthandels. Zu seinen Hauptprinzi-

prien gehören: Meistbegünstigung im Handel; Nichtdiskriminierung; Gegenseitigkeit der Handelszugeständnisse; Gleichheit der Rechte und Pflichten; Anwendung des nationalen Regimes gegenüber ausländischen Waren; Transparenz der Außenhandelspolitik der Teilnehmerländer; Anerkennung des Zolltarifs als Hauptform zum Schutz des Binnenmarktes; Lösung der Streitfragen durch bi- wie multilaterale Verhandlungen und Konsultationen.

Die GATT-Regeln werden auf Bereiche des Welthandels ausgedehnt wie die Zollsätze der Teilnehmerländer und die angewandten quantitativen Importbeschränkungen (Quoten, Kontingente und die Lizenzierung des Imports); die Bedingungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr (einschließlich verschiedener Methoden für die Einschätzung des Wertes der Importwaren zur Festlegung der Zollsätze oder der Einfuhrsteuer); die Festlegung der Außenwirtschaftsstandards; die Regelung für Maßnahmen gegen das Dumping (den Verkauf von Waren zu künstlich gedrückten Preisen) und gegen die staatliche Exportsubventio-

nierung; sogenannte Schutzmaßnahmen der Teilnehmerländer, d. h. die von den GATT-Vorschriften erlaubten Beschränkungen für den Zugang von Importwaren zu den nationalen Märkten; das Präferenzregime, d. h. Vorzugsbedingungen im Handel mit den Entwicklungsländern.

Die GATT-Regeln werden heute auf mehr als 85 Prozent des Welthandels ausgedehnt. Das GATT-Abkommen beruht darauf, daß die Mitgliedsländer anerkennen: Die Entwicklung des Außenhandels muß durch ökonomische Faktoren, nicht aber durch administrative Methoden und Beschlüsse bestimmt werden.

Im Rahmen des GATT wurden sieben Runden multilateraler Handelsgespräche durchgeführt. Die ersten sechs Runden waren vor allem Fragen der Senkung der Zollsätze gewidmet. Infolgedessen wurden die Zolltarife in den Teilnehmerländern um etwa zwei Drittel gesenkt. Neben einem Abkommen über eine weitere Senkung der Zölle wurden im Ergebnis der siebten Runde, der Tokio-Runde (1973-1979), insbesondere multilaterale Abkommen über Standardisierung, die Lizenzierung des Imports und die Exportsubventionierung sowie über die Bedingungen des Handels mit einigen Agrarprodukten und ziviler Flugtechnik geschlossen.

Im Zeichen der fünf Ringe

Vitali SMIRNOW

Also das spanische Barcelona und das französische Albertville. Diese Städte wurden als Austragungsorte der Olympischen Sommer- bzw. Winterspiele 1992 benannt. So wurde es auf der kürzlichen 91. Tagung des Internationalen Olympischen Komitees in Lausanne (Schweiz) in geheimer Stimmabgabe beschlossen. Dabei nahm IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch an der Abstimmung nicht teil, um, wie er erklärte, den Komiteemitgliedern die Möglichkeit zu geben, einen unvoreingenommenen Beschluß zu fassen.

Der Kampf um die Austragungsorte war überaus hart. Für die Sommerspiele hatten Belgrad, Amsterdam, Brisbane, Barcelona, Birmingham und Paris ihre Kandidatur angemeldet, für die Winterspiele — Sofia, Lillehammer, Anchorage, Falun, Albertville, Cortina d'Ampezzo und Berchtesgaden. An der Spitze der Delegationen "ihrer" Städte waren der Regierungschef Spaniens, Felipe Gonzalez, der Premierminister Frankreichs und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, der schwedische Prinz Bertil in Lausanne eingetroffen... Drei von den fünf Tagen des Forums waren der Vorstellung der Kandidatenstädte und der Abstimmung gewidmet.

Auf der Tagung wurde das Treiben verurteilt, hervorgerufen durch die Bewerbungen so vieler Anwärtler, die mit allen Mitteln die IOC-Mitglieder beeinflussen wollten. Um den besten Eindruck zu hinterlassen und eine Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen, gaben die Vorbereitungskomitees eine Unmenge von Geld für Ausstellungen, die Herausgabe von Prospekten, Büchern und Broschüren und für Protokollveranstaltungen aus. Einzelne Anwärtler für die Sommerspiele ließen

Der Vorsitzende des Staatskomitees der RSFSR für Körperkultur und Sport, Vitali Smirnow, nahm an der 91. IOC-Tagung teil. Vitali Smirnow war stellvertretender Vorsitzender des Organisationskomitees der Olympiade '80 in Moskau und IOC-Vizepräsident. Er ist Mitglied des IOC-Exekutivkomitees, leitet den IOC-Ausschuß für das Programm der Spiele.

sich das bis zu 20 Mio Dollar kosten, Kandidaten für die Winterspiele 2,5 bis 3 Mio Dollar.

Der IOC setzte einen Ausschuß ein, der bis zur kommenden Tagung, d. h. bis zum Mai 1987, die Vorschläge für eine Neuregelung der Nominierung der Kandidaturen, für den Umfang und den Charakter der Werbung vorbereiten soll, um die Ausgaben auf ein Mindestmaß zu verringern und unnötige Veranstaltungen zu vermeiden.

Interessant ist die Idee für eine Neuregelung der Spiele. Die Tagung beschloß, nach der Olympiade '92, ab 1994 die Winter- und die Sommerspiele getrennt, nicht im gleichen Jahr, zu veranstalten. Die Winterolympiade wird 1994, die Sommerolympiade 1996 usw. stattfinden. Der Vierjahreszyklus für jede der Olympiaden bleibt bestehen. Der Austragungsort für die Winterspiele '94 wird 1988 bestimmt werden. Eine Ausweitung des Programms der Sommerspiele wurde beschlossen. Ab 1992 werden Feder- und Baseball zum Programm gehören.

Die 91. IOC-Tagung wird in die Geschichte der olympischen Bewegung eingehen, da in Lausanne Fragen angeschnitten wurden, die ihre eigentliche Grundlage berühren, darunter das dringendste Problem der Professionalisierung und Kommerzialisierung der Spiele.

Die Haltung der Sportfreunde in aller Welt zur Teilnahme von Profisportlern war stets eindeutig: "Offene" Spiele werden abgelehnt, Profis haben bei den Olympiaden nichts zu suchen. So hieß es im Schlußdokument des Olympischen Kongresses 1981 in Baden-Baden. Nichtsdestoweniger begannen die internationalen Sportverbände unter dem Druck der TV-Gesellschaften und von Firmen, die Sportartikel erzeugen und an deren Reklame durch Profis interessiert sind, sowie einiger westlicher Länder "gemischte" Wettkämpfe zuzulassen und auf der Olympia-Teilnahme von Profis zu bestehen. Das soll mit der Notwendigkeit erklärt werden, die Telegenität zu vergrößern, so mehr Fernseh Zuschauer zu gewinnen, die Olympiaden in eine "Quintessenz des Weltsports" zu verwandeln usw.

Stimmen wurden laut, die Zulassung von Profis werde ein "gerechtes Gleichgewicht" von Sportlern westlicher und sozialistischer Staaten schaffen. Das Gleichgewicht ist hier nur ein Vorwand. Hinter den Versuchen, Profis in den Amateursport einzuschleusen, verbirgt sich vor allem das Streben des Big Business nach Profiten aus den Wettkämpfen, nach einer verstärkten Kommerzialisierung des Sports.

Weiter. Jetzt sind vor der olympischen Flagge mit den fünf Ringen, die die fünf Kontinente symbolisieren, alle gleich — große und kleine Länder, Industriestaaten und Entwicklungsländer. Die Teilnahme von Profis an den Olympischen Spielen aber wird die Mannschaften der Länder der dritten Welt in eine unvorteilhafte, ungleiche Lage gegenüber den in sportlicher Hinsicht stärksten Ländern bringen.

Doch es gibt Kräfte, die für eine Zulassung der Profis plädieren. Die Anhänger einer Professionalisierung der Olympischen Spiele verdrängen dabei die Devise des Begründers der Spiele der Neuzeit, Pierre de Coubertin: "Das Wichtigste ist nicht der Sieg, das Wichtigste ist die Teilnahme."

Die Profisportler entziehen sich im Grunde der Kontrolle der Sportverbände und gelangen in vollständige Abhängigkeit von den Firmen, von den Bedingungen der geschlossenen Kontrakte. Das kommerzielle Fernsehen, das enorme Profite aus der Übertragung der Olympischen Spiele und der populärsten Weltmeisterschaften schlägt, beginnt seine Bedingungen zu diktieren, insbesondere eine für sich selbst, nicht aber für die Sportler bequeme Veranstaltungszeit der Wettkämpfe aufzuoktroyieren. Ebendeshalb ist geplant, eine Reihe der Wettkämpfe der Olympiade '88 in Seoul nicht zur gewohnten Zeit abends durchzuführen, sondern am Tag oder sogar morgens, damit die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC Direktübertragungen in den (nach Ortszeit in den USA) beliebtesten Stunden vornehmen kann.

Wir haben uns im Grunde schon daran gewöhnt, daß Stadien und Sporthallen, wo Wettkämpfe stattfinden, Reklametafeln diverser Firmen aufweisen. Nun ja, die Einnahmen daraus werden in vielen Fällen sinnvoll verwandt, z. B. für die Entwicklung des Breitensports. Doch die olympischen Arenen konnten bislang vor Aufschriften bewahrt werden, die mit dem Sport nichts zu tun haben. Man möchte hoffen, daß dies auch in der Zukunft gelingen wird.

Viele Delegierte unterstrichen auf der Tagung, daß die Professionalisierung den Prinzipien der olympischen Bewegung abträglich ist und die Gefahr einer Kettenreaktion schafft. Die überwiegende Mehrheit der IOC-Mitglieder

sprach sich gegen einen "Athletenkodex" aus, der den Profis breiten Zugang zu den Olympischen Spielen gegeben hätte, und dieses Papier wurde zurückgezogen. Als mangelhaft wurden die Vorschläge zur Veränderung der Regeln, die für den Amateurstatus gelten, abgelehnt.

Nichtsdestoweniger faßte die Tagung einen Beschluß, der den Profis erweiterten Zugang zu den Spielen gibt. Diese Entscheidung betrifft einige Verbände, die Amateure wie Profis vereinen. Begründet wurde das damit, die "heutigen Realitäten" müßten berücksichtigt werden.

An den Sommerspielen '88 können ebenso wie an den beiden vorhergehenden Olympiaden Profifußballer teilnehmen, außer jenen, die (das gilt nur für Mannschaften aus Lateinamerika und Europa) an der Weltmeisterschaft, einschließlich Ausscheidungskämpfen, teilnehmen. Doch wohl kaum kann das als ernsthafte Einschränkung gelten. Gibt es ja z. B. in solchen europäischen Ländern wie Italien, Frankreich und Großbritannien eine große Zahl von Profifußballklubs.

Zum Hockey. Hier ist ein weiterer

Schritt zu einer Professionalisierung zu verzeichnen. In Sarajevo nahmen bekanntlich nur ehemalige Profihockeyspieler teil. An der Winterolympiade '88 kann sich ein beliebiger Profihockeyspieler beteiligen. Offenbar wird der Internationale Eishockey-Verband diesbezügliche Gespräche mit der Nationalen Eishockey-Liga, die die Profis in Kanada und in den USA vereint, aufnehmen — obwohl kaum zu erwarten ist, daß die stärksten Spieler der Nationalen Eishockey-Liga auf dem Höhepunkt ihrer Meisterschaft die Klubs verlassen und nach Calgary eilen werden, um die Farben der Mannschaften Kanadas und der USA zu verteidigen.

An den Olympischen Wettkämpfen in Leichtathletik und im Reitsport dürfen von nun an Ex-Profis teilnehmen, bei der Leichtathletik auch aktive Profis anderer Sportarten, z. B. Vertreter des American Football.

Eine besondere Lage entsteht im Tennis. Nach langjähriger Unterbrechung wurde diese Sportart in das Programm der Spiele 1988 aufgenommen. Der Internationale Tennis-Verband steckt voller Profispieler und hat zudem keine Regeln, die den Status eines Amateur-

tennisspielers klar bestimmen. Seinerzeit hatte das IOC verlangt, die Olympiadeteilnehmer sollten Amateure sein. Doch der Verband schlug weiterhin zur Teilnahme am olympischen Turnier die am besten bezahlten Tennisspieler vor. Der Verband stellte sich taub, und das IOC erwies sich in der Lage des Bittstellers.

Die Profitennisspieler haben sich für die Zeit der Spiele sozusagen in Amateure zu verwandeln, d. h. sie müssen für die Dauer der Olympiade auf bezahlte Turniere verzichten und dürfen keine Gelder auf Kontraktbasis erhalten. Werden sich Profis, die gewohnt sind, nur für Geld zu spielen, dazu bereit erklären?

Die Tagung von Lausanne sprach sich für eine härtere Haltung gegenüber dem Tennisverband aus, verlangte von ihm ein konstruktives Herangehen. Sonst sei die Olympia-Teilnahme von Tennisspielern überhaupt in Frage gestellt.

So sahen die IOC-Beschlüsse aus, die zu einer Verstärkung der Positionen der Profis im olympischen Sport führen.

Ein anderes, nicht weniger akutes Problem, das die Sportwelt bewegt, ist das Doping.

Das IOC leistet eine große Arbeit, um die Doping-Kontrolle nicht nur bei den Olympischen Spielen und anderen internationalen Wettkämpfen einzuführen und zu erweitern, sondern auch bei nationalen Wettkämpfen.

Gegenwärtig gibt es weltweit 18 beim IOC akkreditierte Laboratorien, die über alles verfügen, um beliebige verbotene stimulierende Präparate zu ermitteln, wenn sie ein Sportler genommen haben sollte. Diese Labors werden in der Regel von hochqualifizierten Ärzten geleitet. Eines dieser Zentren, an dessen Spitze das Mitglied der medizinischen Kommission des IOC, Vitali Semjonow, steht, befindet sich in Moskau.

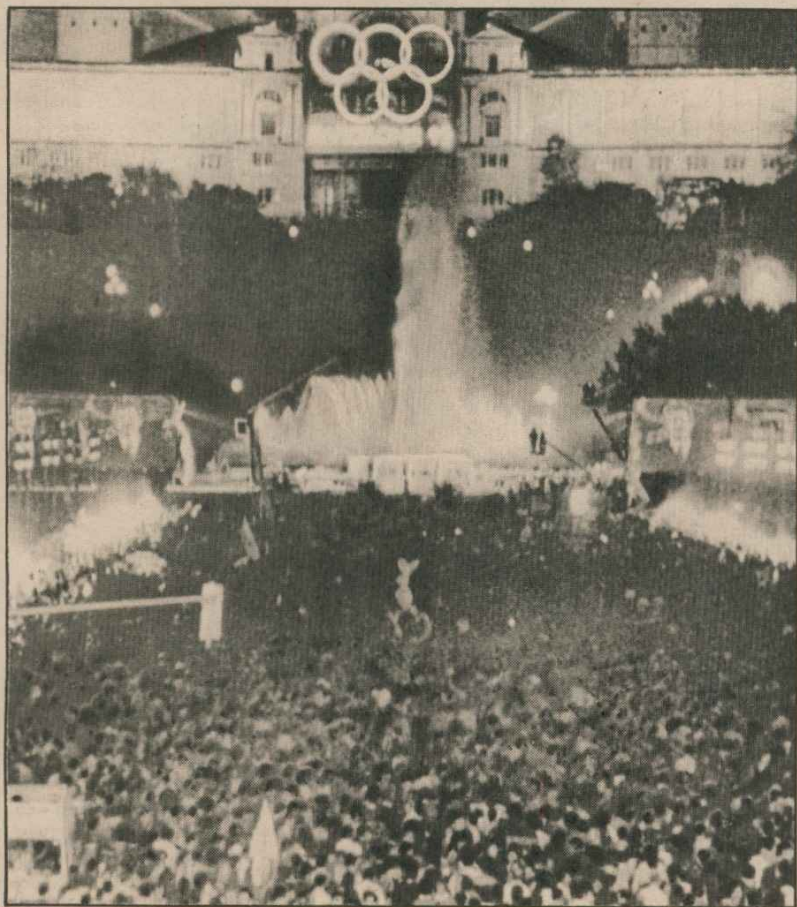
Auf der 91. Tagung wurde die Liste der verbotenen Präparate erweitert. Zu ihnen gehören jetzt auch Diurätika, die Sportler einnehmen, um schnell abzunehmen oder um Anabolika aus dem Organismus herauszubekommen. Noch stärker begrenzt wurden die erlaubten Koffeindosen.

Über die Sommerolympiade '88 ist noch nicht alles endgültig geklärt. Und daß nicht nur, weil die politische Lage in Seoul instabil bleibt. Wie Samaranch erklärte, prüft das IOC weiter, ob olympische Wettkämpfe im Süden und im Norden Koreas durchgeführt werden könnten, Gespräche mit führenden Sportfunktionären der KDVR und Südkoreas stehen noch bevor. Als letzten Zeitpunkt für die Beschlußfassung nannte der IOC-Präsident den September 1987, d. h. ein Jahr vor Beginn der Spiele. In Seoul möchte man, daß diese Frage bereits bis Mai geklärt ist.

Und noch etwas. Auf der Lausanner Tagung wurden drei neue Mitglieder in das IOC aufgenommen, und jetzt vereint die olympische Familie 164 nationale olympische Komitees.

Begeistert nahmen die Einwohner von Barcelona die Nachricht auf, daß ihre Stadt zum Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 1992 gewählt wurde.

Foto: Reuter-TASS



Der erste afrikanische Schriftsteller,
der den Nobelpreis erhalten hat,
ist der Nigerianer Wole Soyinka

Stets unterwegs

Zum erstenmal sah ich ihn in diesem Frühjahr in Moskau, wo er als Präsident des Internationalen Theaterinstituts auf Einladung der Unions-Theatergesellschaft war. Die Ausstrahlung des Gastes, sein Esprit, sein weiter Horizont als Künstler und Denker haben ihm viele Sympathien eingebracht.

Soyinka ist eine legendeumwogene Persönlichkeit. Sein Leben wird von bewunderndem Geflüster und schmutzigen Lügen begleitet. Ihm werden internationale Preise zuerkannt (nun auch der Nobelpreis!), und er wird ins Gefängnis geworfen. Man fürchtet ihn und begeistert für ihn. Er, der Politikaster haßt, stürzt sich in die Politik. Von ihm heißt es: Als Lyriker, Dramatiker und Schauspieler könne er nicht umhin, das eigene Leben zu einem Drama auszubauen und darin die Titelrolle zu spielen. In der Tat ist sein Leben voll von dramatischen Ereignissen, aber er mag nicht darüber sprechen. Vielmehr gehen sie in seine Werke ein, und bisweilen hat man das Gefühl, daß Soyinkas Biographie eines seiner Werke sei.

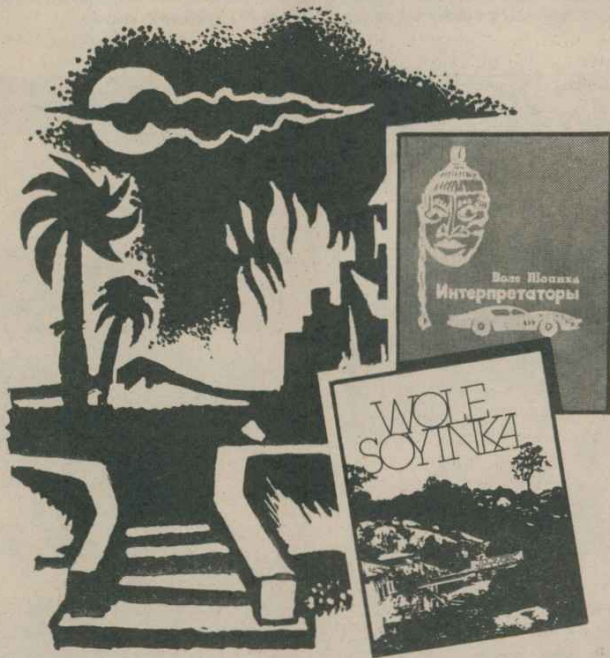
Ein bedeutender Schriftsteller des heutigen Afrika, hat er viel vom Feuer und Ungestüm des Kampfes gegen den Kolonialismus, von der Entschlossenheit zum Sieg über ihn, viel von der Anspannung und Zugespanntheit der ersten Jahre der Unabhängigkeit, vom Brodeln und Grimm der Krisenzeit seiner Heimat Nigeria an sich.

Akinwande Oluwale Soyinka ist am 13. Juli 1934 bei Abeokuta (Westnigeria) geboren. Abeokuta gehört zu den wenigen nigerianischen Städten, die bis heute charakteristische Züge eines traditionellen Zentrums der Yoruba aufweisen.

1952 bezog er das in Nigeria berühmte Regierungs-College, heute die Universität Ibadan, an der junge Menschen aus dem ganzen Land studieren, reiste jedoch 1954 nach Großbritannien und ließ sich an der Abteilung Englische Sprache und Literatur der Universität Leeds immatrikulieren. Hier entdeckte der Student seine Liebe für das Theater. Neben häufigen Theaterbesuchen las und studierte er Fachliteratur und die neuesten Richtungen in der Dramatik, der Schauspiel- und Regiekunst. Ende der 50er Jahre beginnt Soyinkas eigene schöpferische Tätigkeit als Schauspieler, Dramatiker und Lyriker.

Anfang 1960 kehrte er in die Heimat zurück und lebte kurze Zeit in der Hauptstadt Lagos. Ihn fesselte jedoch das kulturelle Leben Ibadans, und dort konnte er schließlich seine eigene Truppe, "The 1960 Masks", aufstellen. Zu ihr gehören junge Universitätsabsolventen, die den Gedanken an ein modernes Theater begeistert aufgriffen und ihren begabten Leiter vergötterten.

Als erstes Stück führten sie Soyinkas "Tanz des Waldes" auf. Die Kritik war befremdet, aber das Publikum begeistert.



Ebenso wie das Stück selbst, war die Aufführung der Ausrufung der Unabhängigkeit Nigerias am 1. Oktober 1960 gewidmet. Die Zuschauer erwarteten, daß das Stück ihrer freudigen, festlichen Stimmung entsprechen würde, doch Soyinka "betrog" sie und zeigte eine Tragödie, worin Dramatisches Elemente einer Farce nicht ausschließt. Er geißelte die koloniale Vergangenheit mit ihren blutigen Untaten und forderte die Zuschauer auf, ihr Urteil darüber zu fällen. Der Tag der Unabhängigkeit hatte die

Erneuerung und die geistige Befreiung nicht nur vom Kolonialjoch, sondern auch von allen Verbrechen an der Moral und Menschlichkeit zu sein.

Das war das Morgenrot von Nigerias unabhängiger Entwicklung. Doch fühlte der Schriftsteller schon damals, daß die Bürokratie und die Feudalherren nach der Macht gierten. Er befürchtete die Errichtung eines antidemokratischen Regimes, unter dem Freiheit nur ein klingendes Wort, nur Vorwand für pompöse Feierlichkeiten sein würde, bei denen die Stützen der "neuen Gesellschaft" einander ihre neuen Gewänder, weiße Rosse und schöne Phrasen vorführen. Am meisten sympathisiert Soyinka mit Menschen, die sich freiwillig aufopfern und die Sünden anderer zu sühnen bereit sind, nur um einen Bruderkrieg zu verhindern. Am häufigsten verkörpert Soyinka einen solchen Menschen in seinen Werken in der Gestalt eines Künstlers, weil er im Künstler auch im allgemeinen eine Hauptfigur der neuen Gesellschaft sieht: Der Künstler sei ein Prophet und Kritiker, Narr und tragischer Held. Er spreche die

Wahrheit allen ins Gesicht und gehe in den Tod — um der Menschen willen, die ihn häufig belächeln.

Die Aufführung des "Tanzes der Wälder" macht Soyinka als Dramenautor, Regisseur und Schauspieler (er wirkte im Stück mit) in ganz Afrika bekannt. Sein Ruhm wächst mit jeder neuen Veröffentlichung und jeder neuen Aufführung. Soyinka experimentiert, inszeniert seine Stücke in verschiedenen Sprachen, u. a. in seiner Muttersprache, in Yoruba.

Doch entscheidet er sich letzten Endes

für Englisch, um die Werte und Reichtümer der Kultur seines Volkes zu popularisieren.

Mitte der 60er Jahre spitzte sich die Situation in Nigeria zu. Eine politische Krise jagte die andere. Ein Funke genügte, um in dieser gewittergeladenen Atmosphäre einen Brand auszulösen. Viele empfanden das, Soyinka noch intensiver als andere. Seine bedeutendsten Werke jener Zeit — das Drama "Die Straße" und der Roman "Die Interpreten" — atmen Unruhe und düstere Vorahnung.

In "Die Straße" herrscht eine Atmosphäre von Chaos, beinahe absurder Grausamkeit und Unverständnis. Aber das Stück enthält auch ein anderes Motiv: einen Versuch, den Tod vom philosophischen und künstlerischen Standpunkt aus zu erfassen. Seine von der politischen Entwicklung im Lande motivierten philosophischen Überlegungen über den Sinn des Daseins stehen in Relation nicht nur zu Systemen des westlichen Denkens, sondern auch zu den mythischen Anschauungen der Yoruba, worin eine vertiefte Auffassung von der Rolle und Stellung des Menschen im All zu finden ist.

Vom nahenden Sturm gezeichnet ist der Roman "Die Interpreten" (in der UdSSR 1970 herausgegeben). Die Wirklichkeit dringt in die intimsten Erlebnisse seiner Helden ein, sie leiden, peinigen sich selbst und andere. Korruption, Kriecherei vor Ausländern, Eigennutz, Karrierismus, Frömmerei und Heuchelei — gegen all das kämpfen Soyinkas Helden. Einige von ihnen halten die Anspannung des ungleichen Kampfes nicht aus.

Die politische Situation im Lande spitzte sich immer mehr zu, in der Ostprovinz kam es zu einem Putsch. Die Verschwörer, Marionetten der westlichen Erdölmonopole, proklamierten in dieser Provinz die Republik Biafra und gaben deren Lostrennung von Nigeria bekannt. Um dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten, rief Soyinka durch die Presse die Öffentlichkeit im In- und Ausland an, dann begab er sich zu den Putschisten, unter denen er viele Freunde gehabt hatte. Im August 1967 wurde der Schriftsteller, wie er selbst sagt, aus Biafra auf das gemeinste "herausgelockt", verhaftet und ohne jeden Grund des Hochverrats und der Spionage für die Putschisten beschuldigt. Fast zwei Jahre verbrachte er im Gefängnis. Doch seine überbordenden Kräfte wurden nicht gebrochen. Im Gefängnis hatte er zwar Schreibverbot, dennoch gelang es ihm, dort viele Gedichte, ein Theaterstück und den Beginn eines neuen Romans zu schreiben.

Im Oktober 1969 wurde Soyinka anlässlich des Jahrestags der Unabhängigkeit Nigerias amnestiert. Der Bürgerkrieg war mittlerweile beendet, und der Schriftsteller stürzte sich in die Arbeit. Noch 1967 hatte man ihm die

Leitung der Abteilung Drama und Theater an der Universität Ibadan angetragen. Nunmehr nahm er an.

Die erste Aufführung nach der Entlassung aus dem Gefängnis war das dort angefangene Drama "Verrückte und Spezialisten". Er unternahm darin den Versuch, nicht so sehr den Verlauf wie vielmehr den Sinn und die Bedeutung des Bürgerkrieges, seinen Einfluß auf die Gefühle und Gedanken der Menschen in der Nachkriegszeit künstlerisch darzulegen. Andere Werke erschienen, voller Unruhe und Pein, sämtlich ein schmerzliches Sich-Besinnen auf den vergangenen Krieg und das geistige Tief der ersten Nachkriegsjahre.

Später reiste Soyinka viel in Europa und Amerika, wo er Dramen inszenierte und Bücher veröffentlichte. Nach seiner Heimkehr erlebt er wieder Staatsstreiche, Korruption, kapitalistische Räubersitten. So beginnt eine neue Stufe seiner künstlerischen Reife. Seinen Niederschlag fand das in Drama "Der Tod und des Königs Reitknecht" (1975) und in der autobiographischen Erzählung "Ake. Meine Kindheitsjahre" (1981). Nein, Soyinka hat nichts von seinem Temperament eingebüßt, aber schon blendet ihn ein kurzer Wutausbruch nicht, er sieht klarer und weiter. Die Reife ist gekommen, ohne jedoch daß die schöpferische Unrast erschläft.

Die Straße, der Weg ist eines der Lieblingsbilder des Schriftstellers. "So weit ich mich zurückerinnern kann, bin ich stets unterwegs", sagte er lächelnd seinen Gesprächspartnern in Moskau. Gewunden war sein Weg schon zu

Beginn und wird wohl noch mehr als nur eine Biegung aufweisen. Durch sein Schaffen zeigt Soyinka gleichsam: Wer sich fortbewegt, kommt häufig von einer Chaussee ab, betritt einen Pfad, verläßt ihn und sieht sich im dichten Wald, in den er sich vertieft, um schließlich wieder auf das Ziel hinzugehen. Er wandert barfuß über taufrisches Gras; fährt, in einen Smoking gesteckt, einen Wagen; steigt in ein Boot und fährt stromaufwärts. Selbst in einer Einzelhaft steht diese Bewegung nicht still. Hier wird er zu einer "Fähre im Dunkel", wie ein Sammelband seiner Gedichte aus dem Gefängnis heißt.

Wole Soyinka erzählt gern von seinen "Reiseeindrücken". Sein Talent läßt Millionen den Weg genauer sehen. Wer sich für Soyinkas Weg interessiert, kann seinen Blick davon nicht mehr abwenden.

In der UdSSR wurden Soyinkas Gedichte, Dramen und Prosawerke übersetzt und in zahlreichen Sammelbänden, Jahrbüchern und Zeitschriften gedruckt sowie als Einzelausgaben herausgegeben. Im Jahre 1987 wird im Moskauer Raduga-Verlag in der Folge "Meister der Gegenwartsprosa" ein großer Soyinka-Band erscheinen. Das Buch wird auch Lyrik und Dramen enthalten und dem Leser so eine vollständige Vorstellung von seinem Schaffen vermitteln.

Wir gratulieren Wole Soyinka zum Literatur-Nobelpreis und sind sicher: Das ist ein weiterer Markstein auf seinem schöpferischen Weg.

Y. BEJIS

PERSONALIEN

Botschafter der UdSSR

in Irland

Gennadi Wassiljewitsch

URANOW



G. W. Uranow, Russe, geboren am 22. September 1934 in Moskau. Seit 1961 Mitglied der KPdSU. Er absolvierte 1958 das Moskauer Staatliche Institut für internationale Beziehungen beim Außenministerium der UdSSR. Jetzt Dr. phil., Historiker.

Nach Abschluß des Studiums Mitarbeit im Außenministerium der UdSSR. 1959–1961 Mitarbeiter der UdSSR-Botschaft in Belgien, 1961–1967 im zentralen Apparat des Außenministeriums der UdSSR. 1967–1972 Botschaftsrat der UdSSR in Italien, 1972–1975 verantwortungsvolle Arbeit im Außenministerium der UdSSR, 1975–1978 Gesandtschaftsrat an der UdSSR-Botschaft in Italien.

1978–1982 Botschafter der UdSSR in der Republik Gabun. Seit 1982 ist er stellvertretender Vorsitzender und verantwortlicher Sekretär der UdSSR-Kommission für UNESCO-Angelegenheiten. UNESCO-Exekutivratsmitglied.

Ihm wurden die Orden "Völkerfreundschaft" und "Ehrenzeichen" sowie Medaillen der UdSSR verliehen.

Ich kann nicht glauben, daß Linda Evans aus New York ehrlich ihre eigene Meinung sagt, wenn sie die Nuklearexplosionen in Nevada und die "Sternenkriege" Reagans gutheißt. Können denn die Amerikaner nicht einsehen, daß es nach einem Kernwaffenkrieg kein Leben mehr geben wird! Wollen sie auch weiterhin ganze Berge nuklearer Waffen aufstürzen!

T. BOIKOWA

Kamyschin, Gebiet Wolgograd, RSFSR



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Felix GORJUNOW

Vor Tatsachen darf man die Augen nicht verschließen. Meinungsumfragen besagen, daß rund 60 Prozent der Amerikaner wie Linda Evans denken.

Warum befürworten sie die Fortsetzung von Nukleartests und die "Strategische Verteidigungsinitiative" Präsident Reagans? Weil sie Angst vor einem Kernwaffenkrieg haben. Ihn zu verhüten (suggerieren die Washingtoner Politiker), sei der USA-Präsident, der alles auf seine "Verteidigungs"initiative setzt, bestrebt.

Jedoch bieten die von der UdSSR vorgeschlagene Einstellung des Wetrüstens und der Verzicht, es auf den Weltraum auszudehnen, eine bedeutend bessere Methode, die Sicherheit der USA zu gewährleisten. So etwas dürfe man aber nicht tun, behaupten die "Falken", denn "die Sowjets" seien "aggressiv und tückisch", sie verstünden keine andere Sprache als die der Gewalt. Viele fallen auf dieses "Argument" herein, weil ihnen bereits von klein auf eingetrichtert wurde, die Sowjetunion sei Amerikas Erzfeind. Man

Siehe NZ 38/86.

sollte daher nicht anzweifeln, daß die Amerikaner, die die Politik der Stärke Washingtons billigen, tatsächlich ihre eigene Meinung sagen. Inwieweit ihr Standpunkt den Interessen der wahren Sicherheit der USA entspricht und ob ihre Zweifel am Friedenswillen der UdSSR überhaupt einen Grund haben, ist etwas anderes.

Stereotype Vorstellungen über die sowjetischen Menschen (sie seien äußerst militant, dächten bloß daran, andere Völker zu unterwerfen) bilden heute eines der ernstesten Hindernisse auf dem Wege zu gegenseitigem Vertrauen und zur Einstellung des nuklearen Wetrüstens. Diesen Gedanken habe ich mehrmals gehört, als ich mit einer Delegation des Sowjetischen Friedenskomitees unterwegs im Bundesstaat Massachusetts war. Wir folgten einer Einladung der gesellschaftlichen Organisation "USA-UdSSR. Brücken zum Frieden", einer der vielen friedensfördernden Organisationen, die in jüngster Zeit in den USA entstanden sind und sich das Ziel gesetzt haben, die gegenseitige Verständigung zwischen unseren beiden Ländern voranzubringen.

Während der Massachusetts-Reise konnten wir Dutzende Menschen sprechen, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser und Kirchen besuchen. Unterkunft boten uns meist Amerikaner, die schon in der UdSSR waren oder aber sich auf andere Weise überzeugen konnten, daß die sowjetischen Menschen keinesfalls "böse und unbarmherzig" sind, wie es im US-Fernsehen immer heißt. Alle Menschen, mit denen wir sprachen, waren uns freundlich gesinnt und bemüht, uns zu zeigen und zu erläutern, wie sie leben, sowie uns über unsere Lebensweise auszufragen. Bei sämtlichen Begegnungen und Gesprächen kamen wir immer überein, daß Unterschiede der Gesellschaftssysteme kein Grund für Feindschaft und schon gar nicht für die Vorbereitung des nuklearen Selbstmordes sind.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Sie sehen, es gibt verschiedene Amerikaner. Die einen sind sich noch nicht dessen bewußt, daß ihre Sicherheit von der Sicherheit der Sowjetmenschen nicht zu trennen ist, und erhoffen sich einen imaginären technologischen Vorsprung, durch den ein undurchdringlicher kosmischer Schirm für die USA geschaffen werden könnte. Die anderen sind aber überzeugt: Man muß die Berge bereits angehäufter nuklearer Waffen vernichten, keine verheerenden Rüstungen entwickeln, sondern Brücken zur gegenseitigen Verständigung und zum Frieden schlagen. Dieses Bewußtsein regt sie zu Aktionen an. Sie ziehen im Friedensmarsch durch das ganze Land.

Bemerkenswert ist, daß die Friedensbewegung in den USA von den "Wurzeln der Gräser", d. h. aus der Mitte des Volkes, ihren Anfang nahm — das betonten uns gegenüber die Teilnehmer dieser Bewegung. Politisch ist sie noch zu schwach, um das Weiße Haus zu zwingen, auf seinen Konfrontationskurs gegenüber der UdSSR zu verzichten. Die heutige Administration kann inzwischen aber auch nicht mehr darüber hinwegsehen, daß es zu einem Aufschwung der Antikriegsstimmungen im Lande gekommen ist. Und ganz besonders nach dem Treffen in Reykjavik, das offensichtlich machte: Übereinkünfte über großangelegte Reduzierungen der Raketenkernwaffenarsenale sind durchaus möglich.

Ich bin überzeugt, daß wir uns auch mit Linda Evans hätten verständigen können. Viele Amerikaner, mit denen ich Gespräche führte, empfinden für den Sozialismus keine Sympathien. Nicht nur, weil sie eine völlig verkehrte Vorstellung von ihm haben. Ihnen gefällt eben ihre eigene Lebensweise, und sie sind nicht geneigt, sie zu ändern. Das ist ihre Sache. Sollen doch die Geschichte, unsere Kinder und Enkel darüber entscheiden, wessen Lebensweise besser ist. Heute aber haben wir alle — Sowjetmenschen und Amerikaner — kein wichtigeres und dringenderes gemeinsames Ziel als das: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern eine Garantie der friedlichen Zukunft geben. ■

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

DIE MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“

kommentieren das Geschehen auf allen Kontinenten, berichten über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.
— Association Belgique—URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
— Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite — Ile, B-1070 Bruxelles

BRD (36,00 DM) — Plambeck und Co, Druck und Verlag GmbH, Postfach 920, 4040 Neuss 1.

— W. E. Saabach GmbH, Auslands-Zeitungshandel Postfach 101610 5000 Köln 1

— Kubon & Sagner, Postfach 340108 8000 München 34

— Presse-Vertriebsgesellschaft m.b.H. Börsenstraße 13—15 6000 Frankfurt am Main

DÄNEMARK (132 dkr.)

— „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 Copenhagen
— „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken 800 Aarhus C Denmark

DDR — Alle Postämter

HOLLAND (46 hfl.)

— „Pegasus“ Boekhandel Leidsestraat 25 Amsterdam
— „Swets“ Subscription Service P.O. Box 845 2160 SZ Lisse

JUGOSLAWIEN

— „Jugoslovenska knjiga“, 11 000 Beograd, Terazije 27/11, soba 5.

— Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.

— „Mladost“, OOUR Vanjska Trgovina 41 000 Zagreb, UVOS Casopisa Ilica 30

— „Drzavna Založba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P. O. B. 50-1

— Veselin Maslesa OOUR Jzvoz-Uvoz „Veselin suas lesa“ Ulica Jna 42 71 000 Sarajevo, SFRY
— Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska bb 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

— Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (96 nkr.)

— „Narvesens“ A.S. Literaturtjeneste P. O. Box 6125 Etterstad Oslo

ÖSTERREICH (216 ÖS)

— „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

— „Das Internationale Buch“ Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.

POLEN — Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs.

SCHWEIZ (34,00 sfr.)

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J. Rousseau, Genève.

— Pinkus Froschaugasse 7, 8001 Zürich

— Reiher-Verlag, Postfach 3000, Bern 6.

TSCHECHOSLOWAKEI

— PNS-UED Jindriská 14, Praha 1
— PNS-UED Gottwaldovo nám 6, Bratislava

UNGARN — Alle Postämter

USA (19,00 \$)

— Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852.

WESTBERLIN (36,00 DM)

— „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau/Frl. Fa Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

☐ 1 Jahr ☐ 2 Jahre ☐ 3 Jahre Datum

Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift

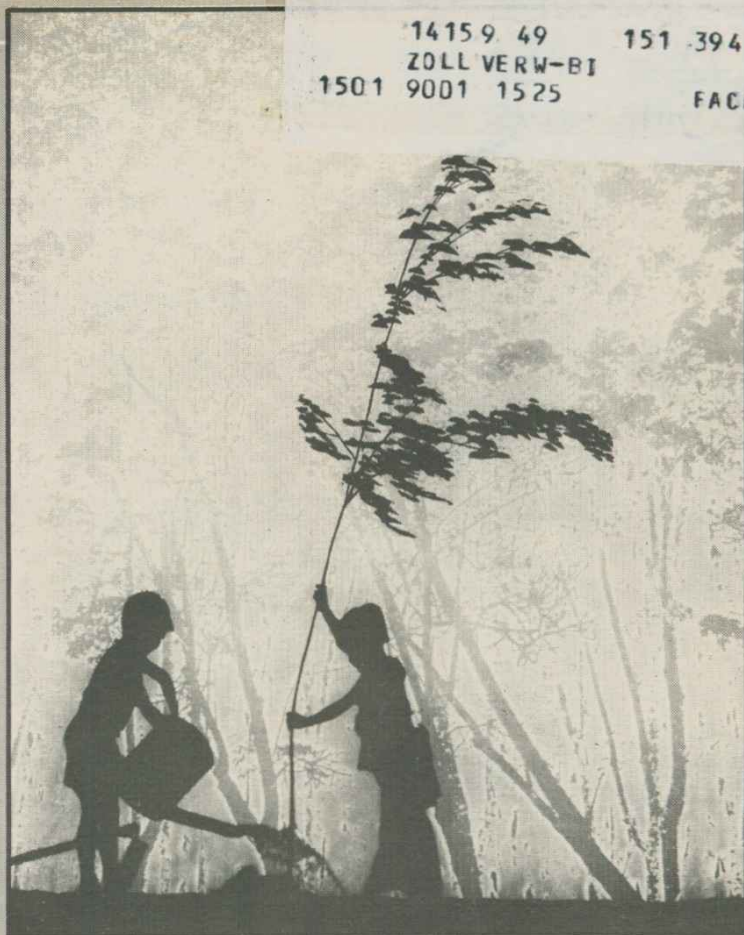
INTERNATIONALER
FOTO- UND
ZEICHENWETTBEWERB
„JAHR DES FRIEDENS“



Fotos aus
Ho-Chi-Minh-Stadt
(Vietnam)

PHAM THI THU:
Reiche Ernte

THO AN:
Einen Baum pflanzen



14159 49 151 394 34
ZOLL VERW-BI
1501 9001 1525 FACH 6